

# de Kéisécker

Auszug aus einer Zeichnung von François Schuiten

Interview mit Paul Helminger



**NEIN zur Atomkraft!**



Interview zum Thema Klimaschutz



Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen



# De Mouvement Ecologique lieweg, kritesch, engagéiert Zesumme méi staark fir d'Emwelt

*Déi maachen eng wichteg Aarbecht...!*

*Gudd, datt et de Mouvement Ecologique gëtt... Ech sinn villäicht nët emmer hiirer Meenung, ma ech fannen awer grondsätzlech, datt se scho vill Guddes errecht hunn...*

Das denkt sicherlich so mancher, der den Mouvement Ecologique kennt. Doch: der Mouvement Ecologique braucht Mitglieder, braucht sowohl die moralische als auch die finanzielle Unterstützung zahlreicher Personen.

Denn, je mehr Leute Mitglied sind, desto stärker kann der Mouvement Ecologique auftreten!

**Dies aus mehreren Gründen:**

- Mehr Mitglieder finden auch in den verantwortlichen politischen Kreisen Beachtung. Es wird durchaus bemerkt, wenn eine Organisation starken Zustrom kennt... Somit: mehr Mitglieder erhöhen die Chance, noch mehr für Mensch und Umwelt zu erreichen.
- Mehr Mitglieder bürgen auch für eine solide finanzielle Basis. Jedes Mitglied erhöht so die finanziellen Möglichkeiten des Mouvement Ecologique, erlaubt ihm, noch aktiver zu werden in seinem Engagement – und stärkt nicht zuletzt auch die finanzielle Unabhängigkeit vom Staat.
- Mehr Mitglieder erlauben aber auch den Service für die Mitglieder auszubauen, dank neuer Mittel.

Je mehr Leute Mitglied sind, desto größer aber auch sind die finanziellen Möglichkeiten um Aktivitäten für Mensch, Natur und Umwelt durchzuführen! Denn der Mouvement Ecologique finanziert sich überwiegend über Spenden und Mitgliedsbeiträge, weniger als 20% des Budgets kommen von staatlichen Subventionen.

Und nicht zuletzt: Ein Zuwachs von Mitgliedern erhöht die **Solidarität**. Es tut gut zu wissen, dass viele Menschen "an einem Strang" ziehen – zu "Ihrem" Mouvement Ecologique stehen, dass man Mitglied in einer Gemeinschaft ist, die in den großen Linien "das gleiche wollen".

Und zudem ermuntern sie auch die aktiven Mitglieder, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und noch vieles zu erreichen.

**Mitglieder des Mouvement Ecologique haben aber auch konkrete Vorteile, die noch ausgebaut werden sollen**

- Mindestens 12-mal im Jahr erhält jedes Mitglied die monatliche Mitgliederzeitschrift "Kéisécker-Info" mit den letzten Neuigkeiten, Bekanntmachungen, Stellungnahmen und Ankündigungen
- 4-mal das Umweltmagazin "De Kéisécker" mit recherchierten Hintergrundberichten und zahlreichen Tipps
- Einladungen zu aufschlussreichen Seminaren, Konferenzen und Vorträgen
- Preisreduzierungen auf den Eintrittstickets zur alljährlichen Oeko-Foire
- Gratis-Zugang zu der umfangreichen Dokumentation des Umweltzentrums.

**Daneben bietet der Mouvement**

- Aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten in Arbeitskreisen, in fachkompetenten Arbeitsgruppen, in den lokalen und regionalen Sektionen
- Eine starke Gemeinschaft bei Aktionen, ein angenehmes Wir-Gefühl bei Veranstaltungen, Naturwanderungen, Ausflügen und Festen.

## Zäitschrëft fir de Mënsch a seng Ëmwelt

erausgi vun dem Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg  
Tel. 43 90 30-1 – Fax 43 90 30-43  
CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000  
e-mail: meco@oeko.lu  
www.oeko.lu  
Mouvement Ecologique asbl

### Vertrieeder vum nationale Vierstand

Präsidentin: Blanche Weber

Vize-Präsident: Paul Ruppert

Secrétaire: Laure Simon

Trésorier: Emile Espen

Sekretariat: 6, rue Vauban (Pafendall) – Lëtzebuerg  
Gréngen Telefon: 43 90 30-1

### Permanence:

Méindes bis Donneschdes 8-12 a 14-17 Auer  
Freides 8-12 Auer, Nomëttes zou

### Fir Mëmber ze ginn:

Per Telefon oder schrëftlech Statuten,  
Dépliant a Bäitrettsformular ufroen.

### Cotisatioun:

40€ Einzelmember,  
60€ Haushaltsmemberschaft,  
20€ Studenten an Aarbechtsloser.  
De Kéisécker an de Kéisécker-Info  
sinn an der Cotisatioun abegraff!

## de Kéisécker 1/2006 April 2006

Oplo: 3.200 – Kënnst am Joer mindestens 4 mol eraus  
Präiss: Einzelnummer 4,46€

Drock: Imprimerie Watgen Luxembourg

Kéisécker Sekretariat / Korrektur: Monique Hoffmann,  
Blanche Weber, Jean Weber, Claudine Zuang

Redaktionsgrupp: Präsidium

Fotoën: Archiv Mouvement Ecologique  
D'Kopéiere vun Texter, Karikaturen a Fotoën ass  
erwënscht, wann d'Quell ernimmt gët, a mir déi  
Publikatiounen zougeschéckt kréien.

Am anere Fall hale mir eis d'Rechter vum Copyright vir.

Reklammen am Kéisécker: et kann een den Tarif vun  
de Reklammen um Gréngen Telefon ufroen: 43 90 30-1

de Kéisécker



## 02 Editorial

## Interview

- 04 "Ech fannen et eng gutt Saach, datt d'Diskussiounen méi lieweg gi sinn", Interview mit Bürgermeister P. Helming

## An der Aktualitéit

- 11 Statt Beliebigeit – authentische Orte mit Charakter und Anziehungskraft

## Klimaschutz

- 22 "Kyoto ist eine Verantwortung für jedes Regierungsglied"

Interview mit Prof. Ewingmann des "Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitutes an der Universität zu Köln" über die Luxemburger Klimaschutzstrategie

## Energie

- 30 20 Jahre nach Reaktorkatastrophe: Nie wieder Tschernobyl: Nein zur menschenverachtenden Atomenergie!

- 36 Für eine neue Energiestrategie

## Umweltpsychologie

- 40 Die Reise in die Zukunft – Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen

## Naturschutz

- 44 Die Naturschutzpolitik wird "salonfähig"
- 48 Ein paar bitterböse Kommentare zu den Kompensierungsmaßnahmen für die Zerstörung des Grünewaldes

## Landesplanung

- 52 IML und Landesplanung: Vom Papiertiger zur politischen Grundlage für Zukunftsgestaltung
- 60 Fallbeispiele einer verfehlten Raumplanung im pulsierenden Dreilännereck

## Internationales

- 65 FoE Korea: Sieg für Saemangeum?

## Initiativ

- 66 Fir de Bësch, fir de Mënsch, fir fairen Holzhandel – den FSC Label
- 70 Stoppt d'Juegd op de Renert!

## Mobilitéit

- 74 Interview mit B. Ensink, Fietsverbond Nederland

## Bicher

- 78 Natierlech Genéissen 2: Erdbeeren in weißer Sauce



### Kyoto ist eine Verantwortung für jedes Regierungsglied

Nun liegt sie endlich vor: die Klimaschutzstrategie der Luxemburger Regierung, erstellt unter der Federführung des Umweltministeriums. Prof. Ewingmann des "Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitutes an der Universität zu Köln" steht verantwortlich für die Erstellung des Luxemburger Allokationsplanes in Sachen Klimaschutz und kommentiert in einem Interview die Luxemburger Politik.

# Sommaire

## Statt Beliebigeit – authentische Orte mit Charakter und Anziehungskraft

In einem Interview beleuchtet Paul Helming, Bürgermeister der Stadt Luxemburg, aktuelle wichtige Projekte der Stadt Luxemburg: von der Stadtentwicklung über die moderne Stadtbahn bis hin zur regionalen Zusammenarbeit



## Statt Beliebigeit – authentische Orte mit Charakter und Anziehungskraft

Die Frage nach dem Erhalt bzw. der Inwertsetzung der Hochofen-Anlage in Esch-Belval steht symbolhaft für eine fehlende Strategie in Sachen Denkmalschutz. Sie zeigt jedoch auch z.B. auf, wie schwer wir uns mit einer Integration von kulturhistorischen Gütern in moderne Zukunftsarchitektur tun, wie untransparent in Luxemburg immer noch Entscheidungen getroffen werden, inwiefern es uns manchmal noch an Visionen mangelt. "De Kéisécker" berichtet und veröffentlicht Interviews mit Fachleuten.

## Die Reise in die Zukunft – Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen

"Fantasieriisen sind kleine Schritte auf der Reise nach Innen. Die Landschaft, durch die gereist wird, ist das Land der inneren Bilder", so beschreibt Monika Walinsky eine pädagogische Methode, die vielfach auch in der Umweltbildung eingesetzt werden kann. "De Kéisécker" berichtet, wie solche Fantasieriisen in der Umweltbildung zum Einsatz gelangen können.

# 56



# Weniger Tripartite – mehr politische

In den letzten Wochen stand die Problematik einer nachhaltigen Entwicklung wiederholt auf der Tagesordnung.

An vorderster Stelle im Rahmen der Tripartite... Als Kriseninstrument erdacht, spielt die Tripartite in der Zwischenzeit eine Rolle, die darüber weit hinaus geht. Auch der fervernteste Befürworter der Tripartite spürt und weiß, dass diese Struktur in einem demokratischen Rechtsstaat nicht der Wahrheit letzter Schluss sein kann. Denn, und an dieser Tatsache kann sich niemand vorbeimogeln, mit der Tripartite-Vorgehensweise wird die wesentlichste Ausdrucksform eines demokratischen Rechtsstaates – nämlich die Abgeordnetenversammlung – auf eindeutige Art und Weise in Frage gestellt und letztlich entmündigt. Doch falsch: Richtiger wäre wohl, zu schreiben, dass letztere sich entmündigt "lässt"...

Sicher, der Abgeordnetenversammlung kommt die "letzte Entscheidung" zu; sie könnte Beschlüsse der Tripartite noch in Frage stellen. Was sie wohl kaum tun wird ... zeigt sie sich doch in der Regel eher als Umsetzungsgehilfe der "Exekutive". Sofort nach Abschluss der Tripartite befürworteten auch diesmal eine Reihe von Vertretern der Mehrheitsparteien ohne Wenn und Aber deren Resultate. Gab es zu diesem Zeitpunkt eine Debatte innerhalb der Parteien? Wohl kaum! Oder kontradiktorische Diskussionen in Kommissionen der Abgeordnetenversammlung?

Nein! Es ist und bleibt unverständlich, dass die Abgeordnetenversammlung sich nicht selbst die Mittel und Diskussionsformen gibt, um wesentliche Zukunftsfragen in ihrem Rahmen zu debattieren! Dass sie sich auf diese Weise zum reinen Erfüllungsgehilfen einer Tripartite macht, ist der Demokratie nicht zuträglich und wohl auch nicht dem Interesse an politischen Entscheidungsprozessen... oder gar dem politischen Engagement.

Völlig unverständlich bleibt darüber hinaus wieso die Dokumente, welche der Tripartite vorlagen, nicht in den Tagen danach sofort und integral per Internet z.B. allen Interessierten zugänglich gemacht wurden. Es kann doch nicht sein, dass hier fundamentale Analysen dem politisch interessierten Bürger vorenthalten werden! Wie bitte sehr, sollen politische Entscheidungen nachvollziehbar sein, wenn Basisdokumente scheinbar nur für "Eingeweihte" bestimmt sind! Wer will auf diese Weise BürgerInnen noch als "mündige" Wesen ansehen? Wer so handelt, der bereitet das Terrain für Populisten! Oder anders ausgedrückt: Verwundert es wirklich, dass sich BürgerInnen vor allem bei der Erhöhung von Autosteuern oder Renten zu Worte melden, wenn sie nicht als "voll" genommen werden? Oder ist dies gar politisch gewollt?

Diese, vielleicht zu pointierte Analyse lässt sich weiter vertiefen am Beispiel der IVL-Debatte. Wenn man sieht, was die Abgeordnetenversammlung in diesem doch so wichtigen Dossier "zustande" brachte bzw. eher nicht, könnte man schier verzweifeln. Man gewinnt tatsächlich den Eindruck, als ob unsere "Chamber" bereits derart geschwächt sei, dass kein Weg an einer Tripartite... vorbeiführt. Das Gleichgewicht zwischen Exekutive und Parlament stimmt nicht mehr! Zwei Aspekte stachen in der IVL-Debatte ins Auge: Der Bericht der zuständigen Kommission der Abgeordnetenversammlung begrenzte sich in wesentlichen Teilen auf eine reine Umschreibung der staatlichen Konzepte. Andererseits schien die Debatte die Abgeordneten im Übrigen nicht sonderlich zu interessieren... sie fand überwiegend vor fast leeren Reihen statt. Dabei wird hinter vorgehaltener Hand von so manchem Abgeordneten bedauert: Die Landesplanung und die IVL riskieren mehr und mehr zu einer Totgeburt zu werden...

Auf diese Art und Weise diskreditiert sich ein Parlament selbst. Und noch ein Aspekt wirkt derzeit befremdend: es scheint, als ob – im Vergleich zu früheren Legislaturperioden – die Abgeordneten nur sehr begrenzt Abänderungen an Gesetzesentwürfen, erwirken... Abgesehen von einigen Nuancen scheinen viele Gesetzesprojekte "tels quels" übernommen zu werden. Ob dies nur durch die Tatsache zu erklären ist, dass wir zur Zeit eine "große Koalition" haben?

# Streitkultur!

Übernimmt so das Parlament noch seinen Auftrag, die Exekutive zu kontrollieren bzw. ein verfassungsmäßig gewolltes Gegengewicht zur Exekutive darzustellen?

Doch die derzeitige Art und Weise wirft weitere Fragen auf: In den rezenten Diskussionsrunden der Tripartite wurden auch Fragen wie der Anschluss Luxemburgs an Cattenom, die Neutralisierung von Umweltabgaben im Index bzw. Aspekte der Klimastrategie behandelt.

Sicherlich: aus der Sicht einer Umweltgewerkschaft sind einige Entscheidungen begrüßenswert. Es bleiben jedoch auch grundsätzliche Aspekte offen und es muss erlaubt sein zu hinterfragen, ob jene Aspekte ausschließlich in einer Tripartite ausbaldowert werden sollen. So bedürfen die Resultate dann auch einer weiteren Debatte: Eine nachhaltige Steuerreform kann und darf so z.B. nicht dazu missbraucht werden, unter dem Deckmantel der Ökologie Steuern und Abgaben zu erhöhen, ohne dass Entlastungen an anderen Stellen (z.B. Reduktion von Sozialbeiträgen usw.) stattfinden. Zumindest wäre eine Debatte hierüber mehr denn wünschenswert gewesen. Dies wird vor allem augenscheinlich, wenn man liest, dass Erhöhungen beim Wasserpreis ebenfalls indexneutralisiert werden sollen. Sollen in Zukunft auch Erhöhungen der Abfallgebühren derart "gemanagt" werden? Oder welche Kriterien spielen hier? ... Es fehlt hier an einem Gesamtkonzept, nämlich dem Rahmen einer nachhaltigen Steuerreform, der nicht nur in einer Tripartite verhandelt werden darf!

Ein Hinweis auf die Rede zur Lage der Nation sowie zur Klimaschutzstrategie sei in diesem Zusammenhang weiterhin erlaubt. Der Premier machte sich (endlich) stark für den Klimaschutz und einen reformierten Wohnungsbaumarkt. Aber: zahlreiche Instrumente sind seit langem bekannt, werden jedoch nicht angegangen. Oder sogar: die Wohnungsbauprämien widersprechen z.T. den Zielen der Landesplanung, weil hier auch Gemeinden, die nicht von der Landesplanung als "zentrale Orte" angesehen werden, Prämien zur Erhöhung ihrer Einwohnerzahl erhalten: Wird hier auf der Ebene der Landesplanung nur noch mit Worthülsen gehandelt? Gleiches gilt für die Klimastrategie! Wäre man "neu im Geschäft", würde man sagen: uff! endlich! Stellt sich jedoch die Frage, ob diese Strategie (eine im Vergleich zu früheren Varianten ausführlichere Form) tatsächlich eine Umsetzungschance hat. Ziehen tatsächlich alle Regierungsglideder mit? Ein Finanzminister darf sich nicht länger taubstellen gegenüber einer nachhaltigen Steuerreform, ein Transportminister muss sich endlich trauen, eine kohärente Mobilitätsplanung auf den Tisch zu legen, ein Wirtschaftsminister darf den Klimaschutz nicht auf dem Altar scheinbarer kurzfristiger Zwänge aufopfern, ein Wohnungsbauminister darf nicht länger eine regelrechte Altbauanierungsstrategie auf interministerieller Basis verzögern...! Die Tatsache, dass verschiedene Maßnahmen, wie jene der Reform der Grundsteuer, bereits seit mehr denn 10 Jahren in Koalitionsprogrammen Erwähnung finden, jedoch nie umgesetzt wurden, verweist auf ein weiteres grundsätzliches Problem: jenes des Vollzugsdefizites auf der politischen Handlungsebene.

Sicherlich wäre es zu simplistisch, die Probleme auf die Rolle der Regierung und die Tripartite zu reduzieren. Wir übernehmen wohl alle unseren Anteil daran, dass die politische Streitkultur in Luxemburg nicht gerade in einer Blütephase steckt. Die Zivilgesellschaft Luxemburgs wusste sicherlich zeitweise offensiver aufzutreten als heute und muss sich Fragen über ihre Rolle stellen... und auch eine Presse ist verstärkt gefordert.

Neben dem Luxemburger Modell, das da auf Konsens aus ist und wenig Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit als sinnvoll erachtet, ist eine regelrechte Relance der politischen Debatte erforderlich. Ihm könnte nur durch eine starke Presse, eine starke Zivilgesellschaft, autonome(re) Parteien und ein starkes Parlament entgegengewirkt werden. Luxemburg braucht im Hinblick auf die Sicherung unserer Zukunftschancen mehr denn je eine verstärkte politische Streitkultur, die weit über den Tripartite-Rahmen hinausgeht und den Rahmen bietet, möglichst viele BürgerInnen an politischen Fragen zu interessieren und sie zu einer Beteiligung an den entsprechenden Prozessen der Meinungsbildung zu beteiligen.

*Blanche Weber*

# "Ech fannen et eng gutt Saach, datt d'Diskussiounen méi lieweg gi sinn"



*Interview mam Buergermeschter Paul Helminger iwwert d'Entwécklung vun der Stad, d'Biergerbe-deelegung, den Tram, hir Zesummenarbecht mat de Nopeschgemengen, de Wunnéngsbau ...*

**Dir hat bei den nationale Wahlen net esou gutt ofgeschnidde wéi bei de Gemengewahlen, wou Dir och perséinlech e besonnesch gutt Resultat hat. Wéi erkläert Dir lech déi Situatioun?**

Paul Helminger: Ech mengen, dat ass wéll e.a. d'Décisioun fir e flächendeckende Parking payant anzeféieren an der Stad nach net richtig verstane gi war. E war nach net richtig zum Droe komm mat deem, wat e Gutts fir d'Leit selwer vun der Stad bruecht huet. Zweetens waren och d'Leit am gesamte Bezierk Zentrum net frou, datt se elo mussen bezuelen. Eng aner Erklärung ass héchstwahrscheinlech, datt ech an der Campagne fir d'national Wahlen, ausser op Wahlversammlungen, guer keng Roll ze spillen hat. Keng Radios- oder Téleesemissioun z.B. Ech hat also emol net d'Geleeënheet fir eng onpopulär Décisioun no bausen ze erklären.

**Géift Dir Är Politik selwer als klassesch DP-Politik bezeichnen? Är Démarche ënnerscheid sech jo z.B. scho vun där vun Ärer Virgängerin. A wéi ass och d'Ënnerstëtzung vun Ärer Démarche bannent der DP?**

Ech géing scho mengen, datt et DP-Politik wär an deem Sënn, datt ech probéieren ouni zevill virgefaasste Meenungen un d'Problemer erunzegoen, déi probéieren ze verstoen a Léisungen zu deene Problemer ze fannen. Déi Virbillen déi ech an der DP hat, déi och de Grond si firwat ech an der

DP sinn, hunn deemols och esou gehandelt. Wéi z.B. de Gaston Thorn, mat deem fir mech ganz vill zesummenhängt. En huet probéiert fir Problemer ze verstoen a Léisungen ze fannen. En huet och net gefaart fir déi Léisungen duerchzuféieren, och wa se net grad esou klassesch waren. Hien huet jo awer deemols um gesellschaftspolitesche Plang an der Koalitioun mat de Sozialisten eng Rei wichteg Reforme gemaach – vun der Doudesstrof bis zum Avortement a Scheedungsrecht – déi jo awer net evident waren, déi och bannent der Partei kontestéiert waren. Hien hat vläicht ee Virdeel par Rapport zu mir, wéll e vill méi e Parteimënsch war. Ech war eigentlech an deem Sënn ni e Parteimënsch an hu vläicht net genuch Wäert drop geluecht fir an der Partei Allianzen ze hunn. Ech hunn do vläicht ëmmer ouni Filet gedantz.

**Den Här Thorn huet jo awer e skeptesche Bléck op d'DP vun haut...**

Mir hate lo rezent Regionalkongress am Zentrum an ech hu fonnt, datt eise neie frësche jonke Parteipräsident eng ganz engagéiert Ried gehalen huet, wéll en ebe gesot huet, mir mussen och zu schwierige Froe méi Profil fannen. Och wann d'Aussoen an enger éischer Etapp net grad gutt ukomme, mussen mer dobäi bleiwen an net de Schwanz bäizéien. Dat ass effektiv eppes wat menger Meenung no der Partei zum Deel gefehlt huet: datt mer no bausen eng kloer Linn hunn iwwert aner The-

men wéi nëmmen d'Fonction publique. An deem Dossier hate mer ëmmer eng relativ kloer Linn. Wann ech d'Wahle kucken, wusst d'Fonction publique ëmmer datt se – wa se eppes vun eis gebraucht huet – et och kriteren. Dann hu se eis och gestëmmt. Ma wa se et dann haten, si se erëm dohinner gaangen, wou se traditionell an hirer Wielerschaft hierkomm sinn. Et sinn awer eng ganz Rei aner Problemer wou et vläicht a leschter Zäit e bësselchen u Profil gefehlt huet. Dat ass méiglech.

**Stinn Är Leit an der Stad och hannert der Iddi fir méi Profil ze weisen?**

Sécher gétt et do lieweg Diskussiounen. Ech fannen iwwerhaupt, datt zënter mer déi nei Koalitioun agaange sinn, d'Diskussiounen méi lieweg gi sinn. Ech fannen dat eng gutt Saach. Wéll de Reproche deen eis gemaach ginn ass war, datt an de laange Joeren mat deemselwechte Partner an der Koalitioun, eng gewësse Routine komm ass. Ech fannen et effektiv gutt fir d'Demokratie an der Stad virun ze bréngen an ze dynamiséieren, datt méi Diskussiounen sinn. Mir mussen eis als Partei deene vläicht och nach méi stellen, wéi mer dat an der Vergaangenheet gewinnt waren. Mä ech gesinn dat awer duerchaus positiv.





*Mir wëllen d'Dynamik och an de wirtschaftlechen Aktivitéiten bäibehalen. Well en Organism, dien net mei weilt wuessen, hätt sech selwer opginn. Ma mir brauchen e besseeren Equiliber tëscht Schaffen a Wunnen*

## Stadentwécklung – IVL

**Als Mouvement Ecologique huet een alt den Androck, wéi wann dat Wuert IVL vun all Mënsch grad esou benotzt géif ginn, wéi et him grad an de Krom passt. Wat heescht Ärer Meenung no den IVL fir eng Stadt Lëtzebuerg?**

D'Grondiddi vum IVL ass jo, datt mer als iwwergeuerdent Konzept an der Landesplanung méi vernetzt denke wou mer wunnen, wou mer schaffen, wéi mer dann op déi Plaze kommen. Den IVL mécht jo positiverweis eng Hierarchiséierung vun de Standuerten, duerfir hu mir als Stad och ëmmer gestriden. Et soll een net mengen, all Gemeng misste kënnen eng wéi déi aner behandelt ginn, d'Bierger kéinten iwwerall dat selwecht erwaarden. Mir hunn eng Haaptstad, eng Rei iwwergeuerdnet Regionalzentren (Nordstad, "Südstad"...). An da gëtt et nach eng Partie méi lokal Zentren. Do huet da jiddferee seng Bedeutung a Funktioun, do gi Clustere mat Entwécklungszieler a Bestëmmunge festgeluet.

D'Stad Lëtzebuerg soll geméiss hirem Cluster ronderëm d'Verwaltung dréinen, haaptsächlech och déi europäesch, Rechtssprechung, d'Banken, d'Finanzen asw. De Cluster vum Süden sinn da jo éischter Technologien, nei Economie, déi Elementer e.a. op de Frichë mat der Pépinière d'entreprise, der Cité des Sciences.

En anert Element ass, datt mer mam Zil vun der Verdichtung/Densificatioun kucken, d'Zersiedlung vun der Landschaft ze begrenzen. Ier mer Bauperimeteren ausweide soll gekuckt ginn, wou an de Stied a Gemengen nach ka gebaut ginn. Dat anert ass d'Mixitéit, wou mer iwwert kuerz Weeër nodenken. Et kann net sinn, datt op deem engen Enn vum Land geschafft an op deem aneren gewinnt gëtt. Da musse mer déi zwee méi no beienee féieren.

Fir d'Stad Lëtzebuerg bedeit dat ee vun den Déséquilibere ugoen, déi mir an eise eegenen Stadentwécklungsplang festgestallt hunn. An de leschten 30 Joer huet sech d'Stad gewaltig vun den Aktivitéiten, vun der Wirtschaft hier entwéckelt, mä am Fong ganz wéineg vun de Leit déi an der Stad wunnen. Quitte datt dat an der Lescht e bëssel-

chen anescht ginn ass. Eis Statistike weisen, datt d'Stad alleng 2005 ëm 2000 Leit gewuess wär. Dat ass enorm an et wär am Trend deen den IVL als Objektiv virgezeechent huet, datt mer sollen am Horizont 2015, 2020 ronderëm 110.000 Leit an der Stad wunnen hunn. Do wëlle mir den Akzent leeën. Well en Organism deen net mei weilt wuessen, hätt sech selwer opginn. Et geet also net drëm fir ze soe mir sabréieren an de wirtschaftlechen Aktivitéiten an der Stad, do wëlle mer d'Dynamik bäibehalen. Ma mir musse gewaltig Efforte maachen um Niveau vum Logement, fir e besseeren Equiliber ze kréien tëscht Schaffen a Wunnen.

**Kuerz Weeër, attraktiv Velo- a Foussweeër, déi an deem Kontext wichteg sinn, gëtt et nach laang net genuch an der Stad ...**

Mir hu wëlles bis zum Enn vum Joer e Konzept vun enger velogerechter Stad do leien ze hunn, dat och dem Foussgänger gerecht gëtt, an eis dat Konzept och zertifizéiere loossen. Mir ginn elo net dervun aus, datt et tëscht alle Punkte vun der Stad separat Velospiste ka ginn, dat ass ondenkbar. Ma et soll awer einfach an agreabel si fir Velo ze fueren.



"Mir wellen an eise Quartieren e gesonden Equiliber tëschent Wunnen, Schaffen a Noversuergung halen"

Mir wëlle de Velo och am Verkéiersbild vun der Stad méi präsent machen, andem mer massiv Veloën verlounen, op der Gare z.B. an op wéinstens enger Dose Plaze soll dat méiglech sinn. A bei eisen neie Concours d'urbanistes an d'architectes – sief et elo op der Gar, oder am Ban Gasperech oder op der Porte de Hollerich – ass virgesinn, datt mir Weër ophaalen oder opmaachen fir Foussgänger a Veloën a richteg gréng Schneisen eraus an eis Noerhuelungsgebidder ze féieren.

An der Stad selwer wëlle mir duerch en Émbau vun de Stroossen, duerch Zone 30 och, et méi agreabel maachen, z.B. fir zum Märeler Park an de Stater Park oder d'Péitruess ze kommen. Da wëlle mer och nach wéinstens een oder zwee Lifter bauen, héchstwahrscheinlech am Pafendall an am Neiduerf, fir dat ee méi bequem vun enger Plaz op déi aner kënnt.

Wa mir elo eise Bebauungsplang frësch maachen, wëlle mer awer och Konzepter iwwerdenken, déi vläicht net méi modern sinn. Am Ablack si geméiss Bauteglement an enger "Zone résidentielle" nach "Commerces de quartier" zouléisseg, also e Bistro, e Bäcker, e Schouster. Mir sinn awer der Meenung, datt haut

eng Rei aner Saachen zu der Noversuergung vun engem Quartier gehéieren. E kleng Comptabel, e Coiffeurssalon oder esouguer e kleng Fitnesscenter, en Architect... Déi mussen awer och kënnen an engem Quartier résidentiel sinn. Mir wëllen also net, datt op eemol z.B. Fiduciairë mat 100 Leit an engem Wunnquartier sinn, ma bei verschiddene Saachen ass en Émdenke noutwenneg, fir datt mer och an eise Quartiere e gesonden Equiliber tëschent Wunnen, Schaffen a Noversuergung halen.

**IVL heescht och Dezentraliséierung vun Arbeitsplazen. Wann een awer Är Stadentwécklungsplanung kuckt, sinn nach eng ganz Rei nei Arbeitsplaze geplangt, nei Fläche ginn ausgewisen. Ass dat net e Widersproch?**

Mir hu jo prinzipiell keng nei Flächen ausgewise fir Büroen a mir brauchen dat och net an der Zukunft. Mir hu Flächen, déi schonn ausgewise waren an déi elo erschloss ginn. Et ginn elo do Infrastrukture geluecht, haaptsächlech um "Ban de Gasperich". Soss gëtt virun allem ëmstrukturéiert. Wa mir op der Gare dee ganze Quartier wëllen an d'Rei bréngen, maache mer do am Fong eng Émstrukturéierung.

Déi grouss Zonen wou mir hunn an déi elo entwéckelt ginn, dat sinn d'"Porte de Hollerich", de "Ban de Gasperech" an d'"Gare". A mir wëlle jo net egal wat fir en Ausbau, mir wëlle virun allem an eise Cluster vun "Verwaltung – Rechtsprechung, Economie – Finanzen" bliewen. Déi ze dezentraliséiere wär a mengen Aen net sënnvoll. Mir verdeedegen eise Cluster, an dat ass en dynamesche Cluster, duerfir wäert deen och an Zukunft wuessen. Mä mir wëllen och déi zirka 80.000 Quadratmeter Wunnfläch an der Stad, déi de Moment fir Büroemëssbraucht ginn, fräi kréien. Och wann ee relativ vill Schëlter gesäit mat "à louer" heescht dat net, datt mer genuch Fläch hunn. Am Ablack si just zirka 8% disponibel – dat ass eng ganz normal Mobilitéit vum Marché vun de Büroen. Mir kommen aus enger Zäit eraus, wou ee kee Büro fonnt huet. Mir hoffen, datt eng ganz Partie Déménagementter aus ale Büro komme wäerten a vill Logementter dobäi fräi ginn.

Dann hu mer eng foudroyant Evolutioun vun den Europäeschen Institutiounen, déi terribel Besoinen hunn. Déi solle jo awer och an der Stad bliewen.



## Wunnraum

Mir verdeedegen also eise Cluster, probéieren ze restrukturéieren a Wunnraum ze liberéieren andeems mer vun der Verfügbarkeet vu Bürostraim profitéieren. Do fehlt eis allerdéngs een Instrument, dat ass datt schlecht genotzte Wunnraum ka besser sanktionéiert ginn.

Beim Logement hu mer de Präiss vum Buedem an die vum Bauen. Et ass de Präiss vum Buedem, deen explodéiert ass. Duerfir wëlle mir do wou mir Propriétaire sinn, Terrainen iwwert de "Bail emphéotique" op de Maart bréngen, wou dann de Käschtepunkt praktesch keng Roll méi spillt. Mer wëllen dat maache wou d'Neyppergeschoul stoung, an der Avenue Pasteur den Areal wou nach de Complémentaire dran ass. Mir maachen och e Baulückekataster mat klengen Terrainen fir 1-2 Haiser, fir och deen Terrain unzebidden. Dobäi läit den Akzent manner um soziale Wunnéngsbau, däers hu mer an der Stad iwwerduerchschnëttlech, mä eischer um erschwengleche Wunnéngsbau fir jongk Familjen.

**Wat erwaart Dir lech do vun der nationaler Logementspolitik, z.B. och datt de Mëssbrauch vu Wunnraum verhënnert ka ginn?**

Dat ass eng Responsabilitéit vun der Legislatioun. E Bautereglement seet elo, wann ech en Haus an enger Strooss X bauen, ass dat fir dran ze wunnen. Wann herno awer Büroen dra gemaach ginn, dann hunn ech als Gemeng eng Klausel am Bautereglement déi seet, datt ech de Propriétaire kann usichen. Da maachen ech em de Prozess, ma déi Strof déi en da kritt ass esou kleng, datt e laacht a se bezillt. Dat ass eng Infraktioun, an duerno fiert e weider säi Loyer ze kasséieren fir Büroen. Do bräichte mir eng administrativ Taxe wéi zu Bréissel, Paräis an an anere Stied. Iwwregens misst et esou eng Taxe och gi fir "Immeubles à l'abandon", d.h. ongenotzte Gebaier. Och do misst de Propriétaire esou taxéiert ginn, datt et fir hien net interessant ass e Gebai eidel stoen ze loossen. Parallel misst een d'Loyergesetz änneren: secherlech ginn et eng ganz Rei Leit déi e sérieuxen Mieterschutz brauchen. Mä et muss sech awer och nach rentéieren fir an de Wunnéngsbau ze investéieren an dann herno net schikanéiert ze ginn.

## Regional Zesummenarbescht

**Wéi gesi Dir d'Planung an der Region Zentrum, Är Zesummenaarbecht mat Gemenge wéi Sandweiler, Bartréng asw.?**

Déi "Région Centre Sud" ass nach wäit ewech, well se ze grouss ass. Ma d'Zesummenaarbecht mat de Gemengen direkt ronderëm d'Stad, wat mir "Agglomération" nennen, gëtt elo formaliséiert. Mir hunn eng Conventioun mat Stroossen, Bartreng, Leideleng, Hesper an dem Landesplanungsministère ënnerschriwen. Do gëtt et e "Comité stratégique" um politesche Plang an en technesche Comité um Niveau vun de Servicer. Déi sinn amgaang un de Punkten ze schaffen, wou mer wëllen zesummeschaffen. Dat geet da vum Ausweise vu Perimetren, vun Affektatiounen, der Mobilitéitsproblematik bis zu gemeinsamen öffentliche Déngschter. Stroossen a Bartreng bauen eng Schwëmm zesummen asw. Do hu mer e Kalenner an en Agenda opgestallt, wou mer eis wëllen zesumme setzen fir déi Problemer an de Grëff ze kréien. Do ass ongeféier all 6 Méint eng Réunioun um politesche Niveau virgesinn, dertëschent gëtt um Niveau vun de Gemengeservicer geschafft.

Et besteet och eng relativ grouss Urgence, wëll mir hunn notament um Plang vum Verkéier eng regelrecht Konkurrenzsituatioun. Beim "Ban de Gasperich" z.B. wëlle mer zesumme mat Hesper Strategien entwéckelen a sinn derbäi, eist Reglement ze iwwerkucken. Mir hunn z.B. virgesinn, datt mir nëmmen

nach 1 Parkplaz fir 125 qm Büro erlaben, ma direkt déi aner Säit bei der Gemeng Hesper ass et e Minimum vun 1 Plaz fir 30 qm. Eis Reglementatioun fir de Verkéier ze berouege bréngt awer näischt, wa d'Gemenge ronderëm (dat selwecht gëllt jo fir Leideleng, Bartreng oder Stroossen), et an deem Ausmooss anescht maachen. Do musse mer iergendwéi zesumme kommen. Mir sinn eis entre-temps bewosst, datt eis Reglementatioun wuel zevill ouni Nuancen ass an duerfir wëlle mir och mat Hëllef vun engem Expertebüro regelrecht "Plans de mobilité" opstellen, an déi och Entreprise sollen agebonne ginn, z.B. op der Cloche d'Or. Mir wëlle kucken, wat sinn hir Besoinen, wat si se elo a wéi entwéckelt sech an Zukunft mat enger Gare périphérique d'Offer am öffentliche Transport. D'Fro ass: wéi eng Moossnahme kann een en attendant den Tram an eng Gare périphérique ergräifen, a wat soll elo gescheien.

Virun allem awer wëlle mer elo keng onglécklech Tatsache schaffen, déi herno net méi kéinte gutt gemaach ginn. E Beispill: eis Beroder hunn duergeluecht, datt dann wann d'Leit eng Parkplaz bei der Schaff hunn – och wann den öffentliche Transport exzellent ass – se awer zu 80% mam Auto kommen. Egal wéi gutt den öffentliche Transport ass! A la limite kënne mer eis virstellen, datt mer elo do wou den öffentliche Transport nach net esou performant ass – wéi op der Cloche d'Or – nach op der Surface provisoiresch e Parking erlaben. Awer mir erlaben nëmme méi e Minimum en sous-terrain, wëll déi bleiwen éiweg.



*D'Zesummenarbeit mat de Gemengen direkt ronderëm d'Stad, wat mir "Agglomération" nennen, ass wichteg a gëtt elo formaliséiert. Mir hunn eng Conventioun mat Stroossen, Bartreng, Leideleng, Hesper an dem Landesplanungsministère ënnerschriwen. Een vun den Themen wou gemeinsam ugange ginn, ass dat vun der Parkraumgestaltung.*



*"Mir hu wëlles bis zum Enn vum Joer e Konzept vun enger velogerechter Stad do leien ze hunn, dat och dem Foussgänger gerecht gëtt an eis dat Konzept och zertifizéieren loossen"*

## Mobilitéit – Tram

**Gleeft Dir drun, dass den Tram kënnt a wéini leien Ärer Meenung no déi éischt Schinnen?**

Ech gleewe schonn, dass e kënnt. Mir hunn et jo awer fir d'éischt mat enger Situation ze dinn, wou déi 4 grouss Parteien alleguer hannert dem Konzept stinn. An d'Urgence ass jo awer grouss genuch. Mir hunn op der Gare am Ablack en Ustuerm vu Frontalieren, déi mat komfortablen a groussen Zich eragefouert ginn, déi mer da ganz einfach mat de Methode vun haut net méi Meeschter gi fir se korrekt weider ze verdeelen. Mer mussen awer bei de Frontalieren de Modal Split vun haut 5% onbedéngt eropsetzen. Do muss eppes geschéien.

**Ass den Tram wéi en elo geplangt ass Ärer Meenung no e Qualitéitsspronk fir de Rescht vum Land oder just fir d'Stad Letzebuerg?**

De fait ass, dass aus enger Rei Grënn den Train-Tram aller Wahrscheinlechkeet no an absehbarer Zäit net ka funktionéieren, e.a. wéinst der Eisebunn. Ma virun allem ass den Train-Tram keng Äntwert op de groussen an immediate Problem vun den Frontalieren. Den Train-Tram hätt ni kënnen iwwert d'Grenz erausfueren, well mer do aus ville Grënn déi grouss classesch Zich brauchen. A wa mer déi Zich da brauchen, kippen déi d'Leit iergendwou aus, an de Problem ass wéi se vun do op hir Aarbecht bruecht ginn.

Duerfir ass de Konzept e ganzt, mat senger "Gares périphériques", well mer se mam classeschen Zuch esou no wéi méiglech un hier Aarbechtsplaz bréngen wëllen. An dat profitéiert dem ganze Land. E Mënsch dee

vun Grouss-Hetteng oder vun Diddeleng schaffe kënnt, gëtt mam Zuch op den Houwald, Zéisseng, Findel, Kierchbiert asw. gefouert. Woubäi ech nach e klengt Fragezeichen zum Kierchbiert hunn, ob a wéi wäit een dohinner soll mam classeschen Zuch fueren.

Wann een elo den Développement vun der Stad mat de "Centres périphériques" déi entsti gesäit, dann ass et sännvoll fir duerch déi 5 Zonen – vum Kierchbiert iwwert d'Aalstad, d'Gare op Hollerech an op den Howald – e Réckstrank ze zéien deen e kamoute Moyen de transport ass, well do nach enorm vill Bewegungen ausweise ginn. Ech menge schonn, dass den Tram am Moment do déi eenzeg méiglech Léisung ass, an dass et och urgent ass. Et stinn iwwerengs op där Stréck eng Rei Aarbechten un, wéi z.B. d'Renovatioun vun der neier Bréck, déi souwisou noutwendeg sinn wou den Tram direkt virgesi ka ginn.

**A wéini a wou leien déi éischt Schinnen?**

Déi éischt Schinne gi wuel um Kierchbiert geluecht. D'Gesetz wat fir den "Train-tram" gestëmmt ginn ass muss elo geännert an un de neie Projet ugepasst ginn. Den Transportministère an d'Stad hu sech jo virgeholl, dass den Tram 2012 wäert fueren. Dat schéngt mer awer am Zentrum vun der Stad éierlech gesot e bësselchen optimistesche ze sinn, well d'Nei Bréck muss och nach virdu restauréiert ginn. Do kënnen mer awer net virun 2008 dermatt ufänken, an et muss evtl. eng Ersatzbréck gebaut ginn ier mer kënnen restauréieren.

D'Fro ass awer och schonn opgeworf ginn, ob déi 2 Brécken – déi al an déi nei – genuch Iwwergäng sinn tëschent de ver-

schiddene Quartiere vun der Stad. Besonnesch wa mer déi nach méi komfortabel wëlle gestalten, och fir Veloen a Foussgänger. Am Ablack gëtt virun allem dru geduecht, ob nët eng drett Bréck noutwendeg wier, déi op der Héicht vum "Bvd Prince Henri" eriwwer op déi aner Säit bei d'Spuerkees soll goen, also ganz no bei der Neier Bréck. Da stellt sech d'Fro ob mer déi dann nët fir d'éischt solle bauen an duerno eréischt d'Restauratioun vun der aler maachen. Da komme mer allerdéngs ganz no bei 2012.

**D'Qualitéit vun der neier Offer duerch en Tram steet a fällt mat de "Gares périphériques". Den offiziellen Dossier vum Tram ass awer net ganz konkret an deem Punkt, e.a. wat d'Finanzen, den Timing asw. betrëfft.**

De Finanzement muss sécher gekläert ginn, d'Regierung misst sech derzou am Kader vun engem Gesamtkonzept engagéieren. Ma egal wéi: den Tram ass u sech sännvoll. Huele mer emol déi schlimmsten Hypothèse un, dass de Bau vun de Gares périphériques laang dauere wäert. Wou kommen dann d'Leit alleguer un? Ma op där Gare déi mer elo hunn. An da gëtt de Problem fir d'Leit vun do aus ze verdeelen nach vill méi dramatesch wéi elo. Ech hätt à la limite verstanen, dass ee seet: Da maacht emol Är Gares périphériques, da brauche mer den Tram vläicht guer net méi. Wëll déi Gares périphériques bréngen par définition eng Dezentraliséierung vun de Verkéiersstréim. An d'Stater Gare gëtt jo mat de Gares périphériques entlaascht. Da wier d'Fro, ob net à la limite de Bus duergaange wier.

Perséinlech sinn ech awer iwwerzeugt, dass mer d'Situatioun mat de Bussen an der Stad aus villen Iwwerleeungen – z.B. Emissiounen – muss radikal zeréckfueren. Dat awer ënnert der Bedingung, dass mer den interne Service vun de Bussen an der Stad vun den Quartieren asw. nach verbesseren, fir dass d'Leit aus der Stad déi wëlle vu Bouneweg op de Lampertsbiert fueren net dräimol mussen ëmklammen.

Déi Etuden huet de Schëfferot schon an Optrag ginn. An enger éischer Etape, déi bis Enn des Joers ofgeschloss soll sinn, gëtt gekuckt, wéi eise Busservice de besoinen vun haut a muer – esou wéi se sech schon aus den Diskussiounen ëm de Stadentwécklungskonzept erginn hunn – soll ugepasst ginn. An enger zweeter Etape, d'Fréijor 2007, soll da gekuckt ginn, wéi dee réorganisierete Busservice an der Perspektive vum Tram misst ugepasst ginn, ouni d'Qualitéit vun der Déngschtleeschung "effentlechen Transport" fir d'Bierger vun der Stad ze verschlechteren.

Mäin Argument ass also, datt déi Gares périphériques onbedéngt musse kommen, mais en attendant ass den Tram nach méi onerlässlech.

### Wéi ass dann déi zäitlech Planung vun de Gares périphériques?

Mir hunn 2 Zäithorizonten. Vun eis aus gesinn wieren d'Gare Houwald an d'Gare Kierchbiérg déi urgentst, well do déi grouss Fluxe sinn a well mer do gesinn, datt ee seier kann ufänken.

Do wou um "Ban de Gasperich" soll gebaut ginn, ass elo eng gréng Wiss. Do kann een elo bauen ouni vill ëmzestrukturieren. Zu Zéisseng hu mir nach all eis Ateliere stoen. Et huet elo kee Wäert eng Gare matzen an eppes eransetzen. Déi Gare ass just sënnavoll, wa mer d'Porte de Hollerich developpieren. Duerfir mussen awer vill Betriber déi do sinn ëmstrukturiert ginn, an dat mécht een nët an 10 Joer.

Ech mengen, datt d'Zéissenger Gare da méi urgent gëtt, wann d'Verbesserung vun der Schinneverbinding Lëtzebuerg – Bréissel – Strossbuerg soll geschéien. Déi Verbindung géing jo optimalerweis iwwert Zéisseng fueren, datt d'Leit net nach géingen op d'Stater Gar fueren, do géinge se 10 Minutte verléieren.

Bei der Gare Howald gëtt et méi Drock, well mir eng Rei Projeten hunn an et och eng Rei Privatpromoteure gëtt, souwuel um Houwald wéi och op der Hesper Säit. Do gëtt et praktesch sprochräif Projeten, wou se gäre géingen ufänken.

An um Kierchbiérg hu mer folgende Problem. Wéi d'Diskussioun war, ob d'Nordstrooss sollt zu Stroossen an d'Autobunn eragoen oder um Kierchberg, ass jo finalement de Kierchbiérg décidéiert ginn. Do war d'Stad Lëtzebuerg ëm hiren Avis gefrot ginn a mir hate gesot: Bon, wann dat Är Décisioun ass, da setze mir awer eng Condition: dat ass, datt beim Débouché vun der Nordstrooss an der Peripherie um Kierchbiérg e grouse Park and Ride kënnt, wéll mer jo e.a. de Boulevard wëllen zréckbauen. Deemols sot den Transportminister, datt si un der Limite ukomm si vun deem, wat si als Gréngfläch kéinte kompensieren. Duerfir géing de grouse P&R net goen, well dat erëm an de Bësch géing goen. Duerfir gëtt de P&R elo beim Cargo-zenter gebaut. Déi Leit, déi elo aus dem Norden iwwert de Kierchbiérg erofkommen an an d'Stad wëllen, fueren duerfir elo emol fir d'éischt erëm aus der Stad eraus op e Park&Ride.

An der Hypothèse vum Train-Tram, dee vum Findel sollt erwer kommen an op de Kierchbiérg fueren, wier dat nët



*"Ech gleewe schon, datt den Tram kënnt. Mir hunn et jo awer fir d'éischt mat enger Situation ze dinn, wou déi 4 grouss Parteien alleguer hannert dem Konzept stinn. An d'Urgence ass jo awer grouss genuch!" (Foto anlässlich vun enger Table Ronde zum Thema, mat e.a. dem Transportminister L. Lux)*

schleem gewiecht. D'Leit wäeren dann dohinner gefuer, hätten den Train-tram geholl a wieren iwwert de Kierchbiérg gefuer. Wann elo den Train-tram net méi fiert a mer fuere wéi elo am Aarbechtspabeier virgesinn – den Tram firt just bis bei d'Luxexpo – da klammen déi Leit, déi iwwert d'Nordstrooss kommen an d'Iddi hätte fir de Park&Ride beim Cargo-zenter ze benotzen, fir d'éischt an den Zuch fir bei d'Luxexpo ze kommen an dann an den Tram fir an d'Stad. An dat maachen déi mat Sécherheet net. Duerfir muss ee sech iwerleeën, wéi een dat mécht.

Déi Fro déi sech effektiv stellt, ass ob een dann awer e Park&Ride um Kierchbiérg baut am Zesummenhank mat der Gare périphérique um Kierchberg. Déi Garë solle jo eng intermodular Ëmschlagplaz ginn, wou d'Leit solle kënne mam Auto, mam Bus, mam Zuch an och mam Tram ukommen a wou ee bequem soll kënne ëmklammen. Oder d'Luxexpo kritt nëmme eng normal Tramshalt a mer fueren mam Tram weider bis op de Findel a mam klas-scheschen Zuch ebe nëmme vun der Gare bis op de Findel, an dat gëtt dann déi eigentlech Gare périphérique.

**Als Mouvement Ecologique si mir am Fong géint weider P&R direkt an der Ëmgéigend vun der Stad Lëtzebuerg, well dat de Gemenge ronderem näischt notzt. Si behalen de ganze Verkéier.**

Dat si mir als Stad och, ma wa mer d'Autoen aus der Stad wëllen hale musse se anzwousch kenne parken. Mir si jo och net glécklech driwwer, datt déi Park and Ride net mei wäit eraus gebaut ginn, dat hätte mir vill léiweger gesinn. Dat ass iwwregens och en Deel vu mobilité.lu fir P&R scho no op de Grenzen vum Land anzeriichten.

**Den Här Juncker huet an engem Interview ugedeit, datt d'Gemeng sech misst substaniell um Finazement vum Tram bedeelegen. Wéi gesi Dir de Finazement vum Tram a wie soll e bauen an exploitieren, do gouf jo d'Iddi vum Public Private Partnership (PPP) avancéiert.**

Et ass jo evident, datt d'Regierung eis net de ganzen Tram bezillt. Déi Ausso vum Jean-Claude Juncker ass eng Reaktioun gewiescht haaptsächlech op eng Ausso déi de François Bausch gemaach hat. Wéi mer eist Koalitionsofkommes virgestallt hunn, sot de François Bausch: wann de Stat den Tram net bezillt, da kréie mer keen. Da seet de Premier elo: dir kritt een an der bezuelt en. Mir wäerten eis elo mol zesummen un den Dësch setzen a verhandelen. Ech ginn dervun aus, datt mir och e raisonable Beitrag wäerte leeschten zu engem nationale Projet. Ma awer net zu aneren Projeten, wou souwisou musse gemach ginn a ganz kloer dem Stat séng Responsabilitéit sinn, wéi z.B. d'Renovatioun vun der neier Bréck an d'Gares périphériques.

**An d'Fro vum PPP?**

Ech mengen dat ass bal eng Saach déi sech opdrängt.

**Fir d'Konstruktioun oder fir d'Exploitatioun?**

Ech géing soe fir alles. Dat do ass en typesche Projet wou ee soll e proppere "Cahier de charges" opstelle wat mer gären hätten, wou mer eng Dëngschtleeschtung beschreiwen an déi dann akafen.





"Mir wëllen eis Aarbechtsgruppen am Kader vum Statéentwecklungskonzept ërem ukuerbelen. Déi Gruppen hate jo Iddien ausgeschafft, a mer wäerten am Ufank vum Fréijoer gemeinsam mat de Leit e Programm fir d'Quartieren opstellen. Parallel derzou musse mer, an do wëlle mer awer och nach am Ausland kucke wéi si dat machen, déi "Stadtteilbeiräte" grënnen. Do muss een awer kucken, wéi mer déi par Rapport zu de Syndikaten kënnen strukturéieren, well bis elo waren si den eenzen Interlocuteur fir de Quartier. Mir wëllen dat och net zerstéieren, well dat an den allermeeschte Quartieren ganz gudd leeft. Duerfir musse mer e Wee fanen, fir dat eent op dat anert ofzestemmen."

## Biergerbedeegung

**Eng lescht Fro: Wéi wollt Dir mat der Biergerbedeegung an der Stad weiderfueren?**

Mir hunn elo zwou nei Saache gemaach. Éischtens, an dat war jo eng relativ eemoleg Geschicht, si mer mat eiser Schäfte-rotserklärung an d'Quartiere gaangen. Dat hat en enormen Erfolleg, méi wéi mer selwer geduecht haten. Mir sinn a grouss Säll gaangen an déi waren zum Deel och strubbelvoll, d'Leit hu flott matgemaach. Mir hunn eis jo virgeholl, datt mer eis Joer fir Joer eng Art Prioritéetprogramm ginn, fir dann och selwer kënnen ze checken wou mir mat eisem Programm dru sinn. An ech kéint mer duerchaus virstellen, datt mer mat eisem Programm regelméisseg – weinstens nach 1-2 Mol – bei d'Leit ginn a soen: voilà, dat do ass dat mat deem mer komm sinn, elo kucke mer wat mer gemaach hunn a wat mer nach kënnen machen.

Dat anert ass eise Beichtstull Dënschdesmueres. No engem éischten Dag wou kee komm ass, waren alt iwuer 60 Leit do, elo huet et sech ob 20 an 30 Leit agependelt. Dat ass ganz ganz wäertvoll, well mer do direkt vun de Bierger gewuer gi wat se an de Quartieren dréckt. Dat wëlle mer och bäibehalen, dat ass wirklech e ganz flotten Exercice.

Dat wat mer erëm wëllen ukuerbelen sinn eis Aarbechtsgruppen am Kader vum Stadentwecklungskonzept. Déi Gruppen hate jo Iddien ausgeschafft, a mer wäerten am Ufank vum Fréijoer gemeinsam mat de Leit e Programm fir d'Quartieren opstellen. Parallel derzou musse mer, an do wëlle mer awer och nach am Ausland kucke wéi si dat maachen, déi "Stadtteilbeiräte" grënnen. Do muss een awer kucken, wéi mer déi par Rapport zu de Syndikate kënnen strukturéieren, well bis elo ware si den eenzeggen Interlocuteur fir de Quartier. Mir wëllen dat och net zerstéieren, well dat an den allermeeschte Quartiere ganz gutt leeft. Duerfir musse mer e Wee fanne, fir dat eent – mat deem mer gutt Erfahrungen gemaach hunn – an dat anert – wat mer wëllen nei a nach besser maachen – propper openeen ofzestemmen.

Déi aner Instrumenter, déi mer elo hunn, wéi de "Comité de prévention local" an den Dialog mat de "Réseauen" déi um soziale Plang schaffen, d'Chantiersréuniounen asw. wëlle mer natierlech beibehalen. An der Schoul wëlle mer jo och e Forum scolaire aféieren, eng "École de parents"... Mir wëllen also scho punktuell zu verschiddeenen Theme Leit ganz staark mat erabezéien.

Merci fir den Interview  
Nathalie Schmit, Blanche Weber







# Statt Beliebigkeit – authentische Orte mit Charakter und Anziehungskraft

Zur Notwendigkeit eines Erhalts  
des Hochofenareals auf Esch-Belval

*Nicht allzu häufig äußert sich ein Mouvement Ecologique in einer Debatte um den Erhalt des kulturel-historischen Patrimonioms. Das Fallbeispiel von Meysembourg zeigt aber auf, dass man Erfolg haben kann – und dasjenige der Hochöfen in Esch-Belval, wie wichtig ein derartiges Engagement ist, auch in Zusammenhang mit der Entwicklung neuer urbaner Siedlungen. Ein Stimmungsbild, über die Entwicklung des Dossiers der "Frichen" in Esch-Belval.*



## Das Engagement für die Inwertsetzung der Hochöfen – die Konsequenz einer langjährigen Arbeit

Das Engagement des Mouvement Ecologique für das Gebiet von Esch-Belval hat eine sehr lange Tradition. Begonnen hat es wohl damit, dass sich noch zu Zeiten der klassischen Stahlwerke für strengere Grenzwerte eingesetzt wurde. So manche Protestveranstaltung prägte während Jahren die Aktionen zu diesem Thema. Weiter gingen die Aktivitäten, als die Betriebsgenehmigungen für die neuen Elektrostahlwerke anstanden. Es ist vor allem auch einem Mouvement Ecologique zu verdanken, dass die Elektrostahlwerke tatsächlich recht strenge Umweltauflagen erhielten (die sie derzeit jedoch nur begrenzt einzuhalten scheinen).

Aktiv war der Mouvement Ecologique aber auch, als es um die Zukunft der Industriebrachen im Süden und u.a. Esch-Belval ging. Zahlreiche Stellungnahmen wurden verabschiedet, in denen dafür optiert wurde, Staat und Gemeinden sollten eine Entwicklungsgesellschaft für die Umnutzung gründen (und der ARBED somit eine weniger prägende Rolle zugestehen), das Areal sollte als "Zukunftsstandort" sozusagen als Aushängeschild für den Süden entwickelt werden u.a.m.. Ja, es war auch ein Mouvement Ecologique, der wohl die erste Besichtigung ins Ruhrgebiet organisierte, um dort vor Ort eine Inwertsetzung einer Industriebrache zu erleben und sich über die notwendigen Strukturen Gedanken zu machen. Es fanden ebenfalls eine Reihe von Rundtischgesprächen mit Politikern und Fachleuten statt, Besichtigungen des Areals... Auch die Altlastensanierung war immer wieder ein Thema, wobei der Mouvement Ecologique sich für weitgehende Maßnahmen einsetzte.

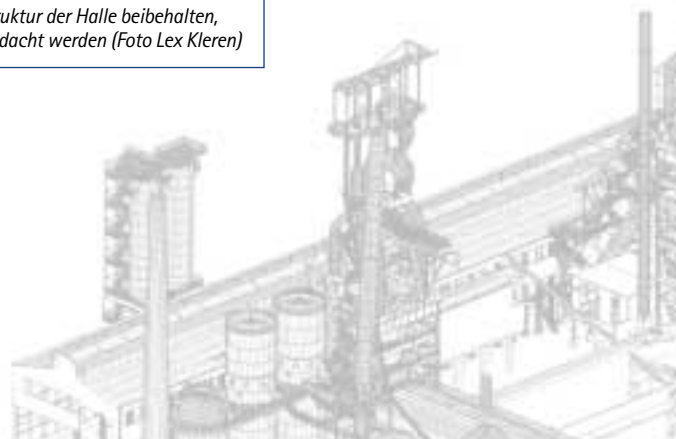
Das Interesse an Esch-Belval ist demnach über Jahre gewachsen. Die Kampagne zu einer denkmalpflegerisch vertretbaren Integration der Hochofenanlage in das lebendige Areal von Belval-West ist somit nur eine rezente Episode eines langen Engagements. Eine besonders spannende jedoch!



*Das Engagement vom Mouvement Ecologique in Sachen Hochöfen hat eine lange Tradition. Hier ein Foto einer Aktion zum Thema Luftbelastungen (Die Verteilung der Schadstoffe sollte mittels Luftballons symbolisiert werden)*



*Ein Beispiel für ein Element der Anlage, das gemäß heutigen Plänen abgerissen werden soll, obwohl dies unverantwortlich wäre, die "Halle de Coulée Haut fourneau B". Hier müssten unbedingt das Volumen und die Struktur der Halle beibehalten, und über Umnutzungen nachgedacht werden (Foto Lex Kleren)*





## Um was geht es konkret?

In gewissen Punkten gibt es einen Konsens zwischen allen Akteuren: vom Staat über die Gemeinden bis hin zu Arbeitnehmern, die an den Hochöfen auf Belval gearbeitet haben oder Organisationen wie dem Mouvement Ecologique: Die Hochöfen sollen nicht gänzlich abgerissen, das Areal rund um die Hochöfen soll in die neue urbane Struktur integriert werden. Entsprechend wurde per Gesetz der Erhalt der Hochofenanlage beschlossen. Damit endet aber der Konsens schon fast.

Stellt sich nämlich die Frage: Wie weitgehend soll der Erhalt der Hochofenanlage gehen? Sollen sie als eine Art rein historische Kulisse, als Schmuckwerk dienen oder aber soll sie im Sinne des Denkmalschutzes "in Wert gesetzt" werden? Wie soll sie in das zukünftige Areal, das direkt u.a. an die "Cité des Sciences" der Uni Luxemburg angrenzt, integriert werden?

Und hier beginnen an sich die Debatten – oder vielmehr auch nicht. Denn eine wirklich offene Debatte über die Entwicklung dieses Gebietes gab es bis dato nicht.

## Von punktuellen Arbeitsgruppen bis zum Alleingang eines "Fonds Belval"

Verantwortlich für die Entwicklung des Gebietes steht der "Fonds Belval". Dieser Fonds, dessen Verwaltungsrat sich aus Vertretern des Staates zusammensetzt, soll die Umnutzung der Gebiete auf Esch-Belval gewährleisten, die sich in staatlichem Besitz befinden. Doch wie es einen "Fonds" in alter Tradition in Luxemburg schon fast "auszeichnet": die Transparenz ist nicht gerade so, wie man es in einem demokratischen Rechtsstaat erwarten würde. Zumindest für einen Außenstehenden...

Abgesehen davon, dass gewisse Abbrucharbeiten erfolgten, welche die staatliche "commission des sites et monuments" nicht gerade begeisterten (siehe Kasten), lässt vor allem die Art und Weise zu wünschen übrig, wie nun über die Integration der Hochofenanlage diskutiert wird.

Wohl fanden seitens des "Fonds Belval" phasenweise Workshops statt, in denen Fachleute (Historiker, Urbanisten...) sowie Gemeindevertreter über die Umnutzung diskutierten. Allerdings wurden die Resultate dieser Workshops (und u.a. die Aussagen ausländischer Fachleute) in der Praxis kaum respektiert.

Ja, der "Fonds Belval" scheint für eine Vorgehensweise zu optieren, die sogar im Widerspruch zu den Debatten z.B. des letzten Workshops aus dem Jahre 2005 stand! Nach dem Motto: Entscheiden tun wir ganz alleine!

Und außerdem: de facto fand schlichtweg gar kein formalisierter und nachvollziehbarer Austausch mit Fachleuten aus dem Denkmalschutz, Historikern und anderen Experten über die Zukunft der Hochofenanlage statt! Was ist unser Ziel aus denkmalpflegerischer Sicht? Welchen Standard setzen wir uns? Welche Elemente der Hochofenanlage müssten aufgrund dieser Zielsetzungen unbedingt erhalten bleiben? Wie hoch sind die Kosten eines Erhalts gegenüber jenen eines Abrisses von Anlageteilen zu werten? Wie verkehrssicher (Publikumszugang) sind welche Elemente der Anlage – wie hoch ist tatsächlich der Sanierungsbedarf? All jene doch so fundamentalen und unerlässlichen Diskussionen und Analysen fanden nicht statt. Wen wundert's dann, wenn nun die vorliegenden Projekte auch aus fachlicher Sicht äußerst umstritten sind.

So wurde bis heute in keiner Form in einem transparenten Fachgremium überlegt – und dies ist angesichts der kulturhistorischen Bedeutung des Areals schlichtweg als Skandal anzusehen – welche Umnutzung von Teilen der Hochofenanlage überhaupt denkbar wäre. Noch bevor man die Köpfe für derartige Ideen "öffnete", wurden Abrisspläne für wesentliche Teile der Anlage entwickelt! Abrisspläne, die nicht auf einer Idee basieren, wie das Areal von morgen aussehen soll. **Nein: Abrissarbeiten als Selbstzweck!**

# 3 Fragen an Experten zur Inwertsetzung der Hochofenanlage in Esch-Belval

## Norbert Mendgen, Hauptkonservator, Leiter der Denkmalhütte "Weltkulturerbe Völklinger Hütte"

Sie haben neulich anlässlich eines Vortrages in einem gewissen Sinne das Areal der Brachen mit jenem der Kirchen verglichen. Inwiefern glauben Sie aus kulturhistorischer Sicht, dass ein derartiger Vergleich sinnvoll ist?

Nach der Säkularisation (Auflösung von kirchlichen Gütern ab 1803) standen auch in unserer Region sehr viele Sakralbauten zum Abbruch zur Verfügung. Nicht wenige wurden als Baumateriallager genutzt.

Es dauerte aber auch nicht lange, bis als Reaktion auf den kulturellen Verlust bedeutende Kreise der Bevölkerung (in Preußen z.B. Schinkel) sich gegen diesen Verlust wehrten. Wie wir alle wissen, war dieses Ereignis auch der Beginn der institutionalisierten Denkmalpflege, mit Gesetzen, die eben einen Verlust unserer von Menschenhand geschaffenen kulturellen Vergangenheit schützen soll.

Wie damals die Erhaltung sakraler Kulturgüter gefährdet war, ist dies heute mit den industriellen Kulturgütern.

Der Vergleich soll zeigen, dass die Geschichte der Denkmalpflege lehrt, selbst anerkanntes Kulturgut erhält sich nicht von alleine und wie wir heute von den Bürgern profitieren, die damals den Verlust des sakralen Kulturgutes aufhielten, müssen wir dies heute für unser industrielles Kulturgut leisten, für unsere Nachfahren.

Sie stehen verantwortlich für die Völklinger Hütte. Müssten Sie nicht im Gegenteil froh sein, wenn in Esch-Belval weniger stark auf den Erhalt des Areals gesetzt wird, dann erhalten Sie keine Konkurrenz?

Die Schlösser an der Loire ergänzen sich zu einem weltweit einzigartigen Ensemble. Sie stehen als Ensemble nicht untereinander in Konkurrenz.

Industriedenkmäler der Montanregion, gewissermaßen die Keimzelle der Europäischen Union, stehen nicht in Konkurrenz, sie ergänzen sich ebenfalls und haben vielleicht noch die Chance, für ein einzigartiges grenzübergreifendes Ensemble.

Deshalb kann ich nur, insbesondere nach dem international beachteten Wettbewerb zur Entwicklung von Belval, die Erhaltung der – wie dort vorgeschlagen – Hochöfen und Industrieanlagen unterstützen. Ein Teilverlust würde nicht nur den Denkmalwert schädigen, sondern auch wesentlich die Unverwechselbarkeit, die Einmaligkeit des Ortes.

# Position der Fondation de l'Architecture et de l'Ingénierie

geschrieben als Einleitungstext zum  
"FORUM INDUSTRIEKULTUR IM URBANEN RAUM 6. APRIL 2006"

Seit den 80er Jahren wurden in Luxemburgs Nachbarländern verschiedenartige Modelle, Strategien und Konzepte für den Umgang mit den industrialisierten Gebieten entwickelt und umgesetzt: von Abriss bis Neubau, von Konservierung bis Umnutzung, von der Musealisierung der Industriekultur bis zur Um-Interpretation des Ortes. All diese Möglichkeiten wurden auch für die Hochofenanlage auf Belval diskutiert, mit dem Ergebnis, dass die Anlage und – sozusagen frei von neuen oder musealen Nutzungen – in das neue Stadtquartier integriert werden soll.

Bei einer solche Integration stellen sich jedoch aus städtebaulicher Sicht diverse Probleme: das sind zunächst der rein industrielle Charakter der verbliebenen Anlage und das Fehlen anderer als industrieller Nutzungen, dann der Maßstab der alles überragenden Hochöfen, der jeden gewohnten städtebaulichen Rahmen sprengt und schließlich die außergewöhnlichen Dimensionen der Anlage, die sich als geschlossener Block neuen Verbindungen auf dem Gelände "in den Weg" stellt.

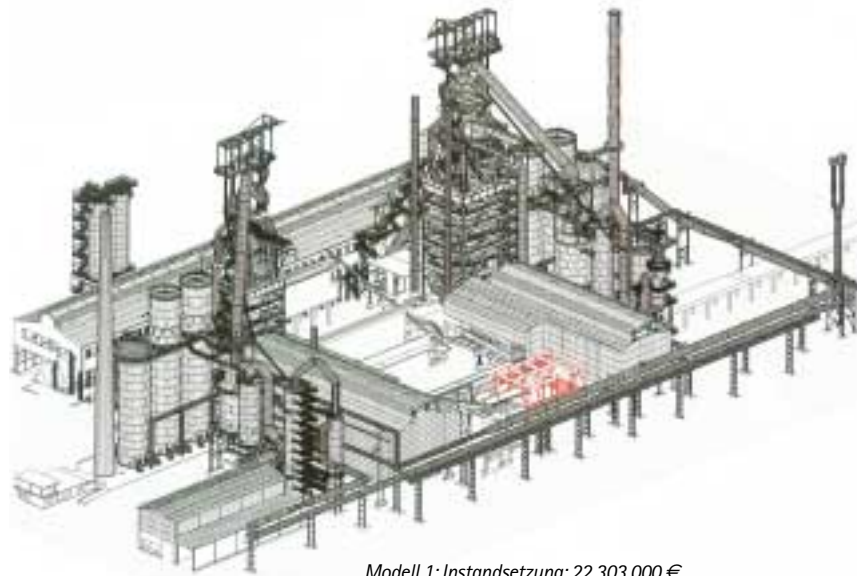
Als Lösung sehen die Verantwortlichen die Anverwandlung dieser Relikte an die Gegenwart: die Industrieanlagen sollen als Landmarken inszeniert werden und als Kulisse für urbanes Leben in einem städtebaulich und architektonisch anspruchsvollen neuen Stadtquartier dienen. Auf der Basis dessen, was dabei wirtschaftlich und technisch realisierbar erscheint, wird festgelegt, was städtebaulich und architektonisch wünschenswert ist: so entsteht das bekannte "Szenario 3", auch als "Kompromiss" bezeichnet.

Auf der Basis dieses "Szenarios 3" wurde nun im Dezember ein internationaler Architektur- und Städtebauwettbewerb ausgeschrieben für die Gestaltung der Hochofenterrasse und den Bau des ersten Universitätsgebäudes. Bevor jedoch daran gegangen wird, gemäß Szenario 3 das Vorhandene scheinbar schichtweise zu beschneiden, bis es "handelbar" wird und in unser Konzept der Gegenwart passt, sollte es jenen Architekten, die eingeladen wurden, sich zum genannten Projekt Gedanken zu machen, erlaubt werden, die Hochofenanlage in ihrem integralen Bestand in ihre Planungen mit einzubeziehen. 12 internationale und nationale Architekturbüros mit ihrer Kreativität, ihrer Erfahrung und ihrem besonderen Denken könnten uns sicherlich neue oder zumindest noch nicht bedachte Möglichkeiten aufzeigen, den Standort Belval, vielzitiert als einstiges "Synonym für Dynamik und Innovation", und seinen ganz besonderen Charakter mit dem ihm inne wohnenden Chancen in die Zukunft zu tragen.

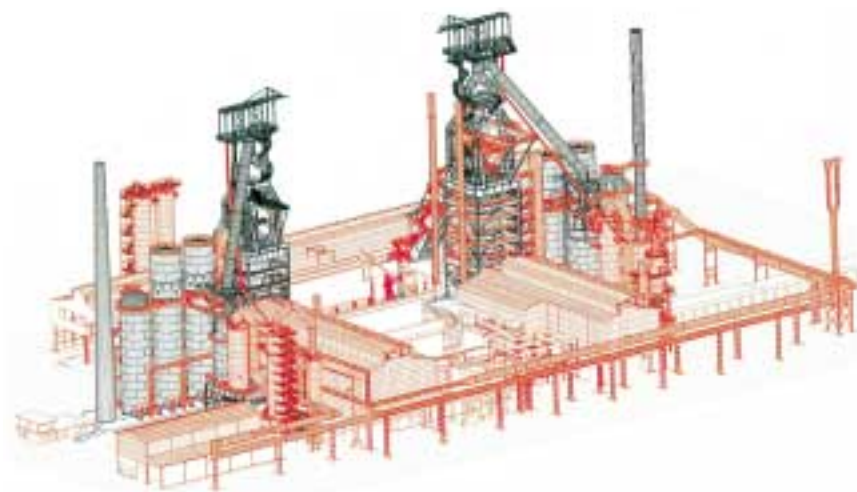
Erst auf dieser Basis sollte nachgedacht werden über einen Kompromiss zwischen dem städtebaulich und architektonisch Wünschenswerten und dem wirtschaftlich und technisch Realisierbaren.

## Die verschiedenen Sanierungsmodelle

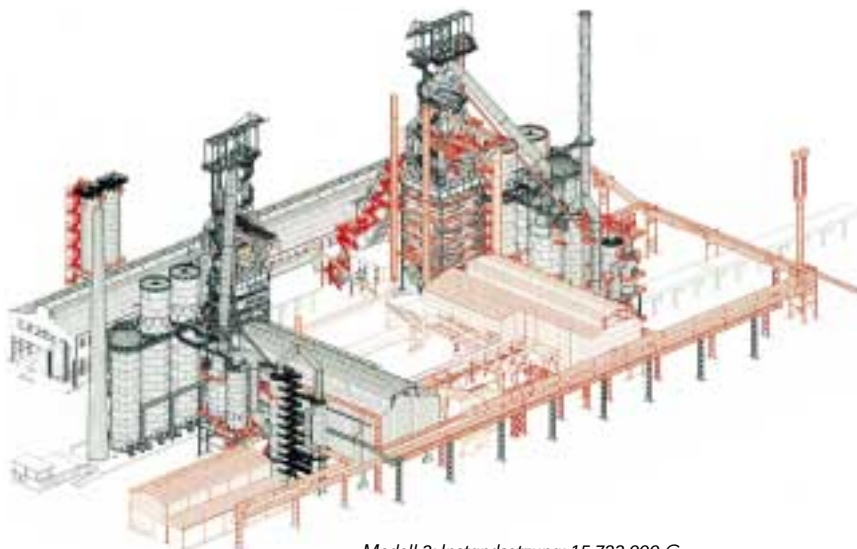
Der "Fonds Belval" ließ folgende 3 Sanierungsmodelle berechnen, wobei nach Ansicht des Mouvement Ecologique noch wesentlicher Diskussionsbedarf besteht. Für den Mouvement Ecologique steht fest: mit weniger Geld muss es möglich sein, mehr Elemente der Anlage zu erhalten. Die Regierung entschied sich für Modell 3. Die Kosten wurden vom "Fonds Belval" wie folgt beanschlagt: (Szenarien aus "magazine" des "Fonds Belval" 01/2006)



Modell 1: Instandsetzung: 22.303.000 €  
Unterhalt während 30 Jahren: 60.055.000 €, Total: 82.358.000 €



Modell 2: Instandsetzung: 12.447.000 €  
Unterhalt während 30 Jahren: 13.929.000 €, Total: 26.406.000 €



Modell 3: Instandsetzung: 15.723.000 €  
Unterhalt während 30 Jahren: 33.127.000 €, Total: 48.850.000 €





### Woher Ihre Leidenschaft auch für das Escher Areal? Wie würden Sie vorgehen?

Ich unterstütze das Projekt Kulturhauptstadt 2007, Luxemburg und die Großregion und halte diese Initiative nicht für eine Einjahresfliege, sondern für den Auftakt einer Idee mit Zukunft.

Der Ort als industrielle Kulturstätte braucht dringend ein Zeichen, ein Zeichen das den Nutzen des Industriedenkmals für "uns" heute beweist.

Als "Monument" zum Anschauen, aber tausendmal besser zum Anfassen.

Zwei Projekte zum Anfassen: Eine Kultur-/Kunst-Aktionshalle für: Ausstellungen, Klang (Musik), Veranstaltungen (Tagungen, usw.) sowie eine Kantine (Casino) für: die neue Bank, o.g. Aktionshalle

Projekte zum Anschauen: verschiedene Technikdokumente mit städtebaulicher Bedeutung.

Es kann nicht sein, dass der "Wert", die Zukunft des industriellen Kulturgutes an keiner Stelle für alle direkt sichtbar wird.



## Von einem vermeintlichen Kompromiss oder aber: Der "Fonds Belval" – ein "Staat im Staat"?

So kam wie es kommen musste: Der "Fonds Belval" beauftragte u.a. Paul Wurth damit, Kostenberechnungen für verschiedene Abrisskonzepte zu entwickeln. Wohlverstanden: hier wurde nicht überlegt: Welche Zukunftsvisionen haben wir für den Standort? Welchen Anspruch an ein Denkmal vom Stellenwert eines Hochofens? Nein, es wurden "ingenieurmäßig" Berechnungen angeführt: was kostet welcher Abriss und was welcher Erhalt?

Eine absolut inakzeptable Vorgehensweise, die an sich jeden Historiker, Denkmalschützer, Urbanisten... aber auch frühere Belval-Arbeiter bzw. allgemein interessierte Bürgerinnen aufwühlt!

Kommt noch folgendes Element hinzu: Paul Wurth ist, bei allem Respekt für dieses Unternehmen, spezialisiert im Bau von Hochofenanlagen. Aber hier handelt es sich wohl nicht um einen Bau, sondern um Instandsetzungen bzw. die Umnutzung von Hochofen-Elementen. Beide Vorgehensweisen setzen wenigstens z.T. ein unterschiedliches Know-How voraus. So wenig wie man Fachleute aus dem Denkmalschutz mit dem Bau eines Hochofens beauftragen kann, so wenig kann

man Experten im reinen Anlagenbau mit der Inwertsetzung eines industriellen Denkmals allein befassen.

Zurück zur Chronik: Der "Fonds Belval" stellte auf Grund der Berechnungen dem Regierungsrat drei verschiedene Szenarien vor – von einem fast integralen Erhalt bis hin zu einem fast kompletten Abriss (siehe vorherige Seite). Es dürfte wohl niemanden überraschen, dass sich der Regierungsrat für einen Mittelweg – einen vermeintlichen Kompromiss entschied und diese Pseudo-Variante des "Fonds Belval" übernahm.

### Kostenberechnungen von verschiedenen Hochofen-Standorten, je nach Nutzungskonzept

Standort	Objekt	Konzept	Instand. Jahr	Instand. Art	Kosten	Bemerkung
Sagunto	1 Hochofen	Denkmal	2001	aktiv	1,1 Mio €	nur Hochofen
Yawata	1 Hochofen + Nebenanlagen	museal	1973	aktiv	0,9 Mio €	Neue Instandsetzung 1998
Neunkirchen	2 Hochöfen	Denkmal	1988	aktiv	0,6 Mio €	Schätzung 1988
Hattingen	1 Hochofen	museal	1998	aktiv	2 Mio €	nur Hochofen
DO-Phönix	1 Hochofen Nr. 5	Denkmal		reaktiv	1,66 Mio €	Begehbarmachung
DO-Phönix	1 Hochofen Nr 6	Neunutzung		aktiv	1,44 Mio €	"Enfeinern" für Nachnutzung
Völklingen	6 Hochöfen	Denkmal	1995-	reaktiv		
DU-Meiderich	3 Hochöfen	Denkmal	1992-	reaktiv		ABM + Fachfirmen
Vitkovice	1 Hochofen + Nebenanlagen	Denkmal		reaktiv	1,17 Mio €	Hochechnung

Die Kosten, die für den Erhalt der Hochofenanlage in Luxemburg berechnet wurden, sind schwer nachvollziehbar. Liegen sie doch um ein Vielfaches über den Werten, die für ähnliche Projekte im Ausland angegeben werden.



## Auszüge aus einem Schreiben der "Commission des Sites et Monuments" vom 30. März 2004 auf die Anfrage, weitere Elemente der Anlage abzureissen:

"La nouvelle demande confirme ce qu'on a pu entrevoir depuis plus d'une année. Par une politique des petits pas et par le biais de demandes successives, AGORA finira par enlever au site protégé une partie essentielle des annexes ayant fait fonctionner les hauts fourneaux. De cette façon, le site sera mutilé dans une mesure qui le rendra finalement méconnaissable.

La chronologie des événements: d'abord, les voies ferrées ayant desservi les hauts fourneaux ont été enlevés même avant la présentation de la demande y relative, créant ainsi le fait accompli. Ensuite, la démolition du magasin a été demandée et accordée pour faire place aux nouvelles archives de l'Etat. La troisième étape prévoit la mutilation de la voie de desserte appelée «high-way» qui sera raccourcie et modifiée du côté Sud et tout simplement démolie du côté Nord. L'étape actuelle consiste donc dans l'enlèvement d'une grue qui servirait à évacuer le gravier des hauts fourneaux. Or, dans l'alignement du socle de la grue se trouve une conduite à gaz. Si la grue fait obstacle à la construction de la nouvelle rue, il est fort probable que la conduite à gaz en fera de même. Il est donc à parler que la prochaine requête de l'AGORA demandera la démolition de ladite conduite à gaz. Et ainsi de suite.

Si l'on considère que le site était protégé bien avant la mise en route du projet de ré-affectation du site de Belval, il aurait dû être possible de développer les idées dans le respect du site protégé. Or, à l'heure actuelle, on peut arriver à la conviction que les auteurs du projet n'ont jamais eu l'intention de lui accorder le moindre respect.

A force d'accorder les autorisations sollicitées étape par étape, nous nous faisons complices de la destruction d'un site protégé auquel nous avions accordé, il n'y a pas si longtemps, une importance primordiale dans la documentation de l'histoire de l'industrie du fer. Nous risquons vraiment de nous ridiculiser.

Afin de couper court aux tendances dévastatrices, nous sommes convaincus qu'il faudra entamer sans délais la procédure de classement du site. Cette mesure de protection aura d'abord un caractère symbolique plus fort que l'inscription à l'inventaire, et elle nous réserve ensuite pour chaque demande un délai de réflexion plus important (6 mois au lieu de 30 jours.)"

und zu einem späteren Zeitpunkt:

"La commission remarque une fois de plus la tactique des petits pas de l'AGORA, qui semble viser en fin de compte une démolition complète du site pour des intérêts commerciaux. Elle constate en outre l'absence du concept de sauvegarde et d'utilisation des éléments protégés, et demande de développer à ce sujet un plan directeur global et cohérent.

En ce sens, la commission regrette vivement que les impératifs de sauvegarde n'aient pas été inclus dans les conditions pour le concours d'architecte des archives nationales et que de fausses informations et arguments soient utilisés pour permettre encore des démolitions de structures typiques pour de telles installations (conduites de gaz p.ex.). La commission constate que le "high-way", à la sauvegarde duquel la commission tient absolument, n'a pas été inclus dans les conditions pour la conception des bâtiments pour l'université de Luxembourg. Or, cette construction pourrait constituer une contrainte urbanistique intéressante, et ainsi recevoir une fonction, faute de laquelle, tôt au tard, la démolition sera demandée.

A défaut d'un plan directeur général, la commission ne pourra que s'opposer à toute autre forme de démolition sur ce site.

Die Schreiben der Kommission blieben ohne Wirkung

Das Problem – neben den bereits skizzierten bei der Erstellung der Konzepte: de facto handelt es sich nicht wirklich um einen Kompromiss, auch wenn dem Regierungsrat scheinbar dieses Bild vermittelt wurde. Nein – nach fast einhelliger Meinung von allen Experten – handelt es sich hierbei schlichtweg um die Zerstörung des Charakters und der Eigenarten der Anlage. Zentrale Elemente sollen abgerissen werden. Die Hochofenterrasse soll zu einer reinen Kulisse mutieren, ja zu einer Art Disney Land-Insel am Rande der "Cité des Sciences" reduziert werden.

In anderen Worten: der Regierungsrat wurde schlicht und einfach "erage-luecht", ohne dass auch nur ansatzweise denkmalgeschützerische Fachgutachten für die vermeintliche Kompromiss-Lösung angeführt wurden!

## Die finanziellen Kalkulationen: von Experten in Frage gestellt!

Die Finanzkalkulationen, die dem "Kompromiss" des "Fonds Belval" zugrunde liegen, sind äußerst umstritten. Geht man doch sage und schreibe von folgenden Beträgen aus: Integraler Erhalt: 82.358.000 Euro – sehr starker Abriss: 26.406.000 Euro – "Kompromiss": 48.850.000.- Euro (die Kosten beinhalten die Abriss- und Instandsetzungsarbeiten sowie die Unterhaltskosten für 30 Jahre). Das obwohl im Ausland bei vergleichbaren anderen Anlagen ganz andere Größenordnungen genannt werden (siehe Kasten). Die Regierung entschied sich bekannterweise für das sogenannte "Kompromiss-Modell".





*Die Gasleitungen: sie stellen das Rückgrad der Anlage dar und müssten unbedingt erhalten bleiben: da sie die Funktionalität der Anlage darstellen und auch ein urbanistisches High-Light sind. Dies zumal die Kosten hierzu sehr niedrig ausfallen (gemäß Berechnungen, die im Auftrag von "sites et monuments" durchgeführt wurden, 200.000 €!). Hier müsste auch die Gemeinde Esch ihre Verantwortung übernehmen. (Foto Lex Kleren)*

Es ist nur begrenzt nachvollziehbar, wie diese Summen zustande kamen. Der Mouvement Ecologique hat dann auch mehrfach nachgefragt, welche Voraussetzungen ("prémises") diesen Berechnungen zu Grunde lagen, erhielt jedoch bis heute keine befriedigende Antwort. Dabei bleiben – wie bereits erwähnt – zahlreiche Fragen offen: Nur zwei kleine "harmlose" Beispiele: Ist tatsächlich alle 7 Jahre – wie scheinbar geplant – ein Kompletanstrich der Anlage notwendig? Ist es tatsächlich sinnvoll, wesentliche Elemente abzurei-

sen, die dazu führen, dass angesichts fehlender Zugänge bei Arbeiten neue Gerüste installiert werden müssen? Weitere Frage: Wenn nun eine Komplettsanierung erfolgt, ist es dann tatsächlich notwendig, in 10 Jahren wieder loszulegen?

Insgesamt sollen hier fast 50 Millionen Euro öffentlicher Gelder investiert werden. Es kann nicht sein, dass ein Betrag dieser Größenordnung bei einem solchen Mangel an Transparenz und ohne fachliche Grundlage, ohne Gegenexpertise "verschleudert" wird! Ohne irgend jemandem etwas unterstellen zu wollen: Es wäre doch unabdingbar, anerkannte Experten mit einer vergleichenden Expertise zu beauftragen!!

## Fragen an Herrn Rolf Hoehmann, Büro für Industriearchäologie in Darmstadt

Sie kennen das Gebiet von Esch-Belval sehr gut und haben große Erfahrungen in den Bereichen denkmalpflegerische Bewertung, Instandsetzung von historischen Industriebauten und Anlagen. Wie hoch schätzen Sie den Investitionsbedarf für eine optimale Inwertsetzung des Gebietes von Esch-Belval?

Eine optimale Inwertsetzung und der damit verbundene Investitionsbedarf sind meiner Ansicht und Erfahrung nach von bestimmten Bedingungen abhängig, die vor einer Untersuchung, der Entwicklung von Erhaltungsmaßnahmen und der daraus folgenden Kostenschätzung geklärt werden müssen. Die wichtigste Frage ist dabei, welcher Erhaltungsstandard erreicht werden soll – im gesamten Spektrum zwischen Neuzustellung zur Wiederinbetriebnahme, nicht betriebsfähigem Neubauzustand, "sauberer" musealer Darstellung, denkmalgerechtem Erhalt eines stillgelegten Hochofenwerkes oder Erhalt von Kernstücken unter Aufgabe, Abriss oder Eingrenzung weniger wichtig erscheinender Anlagenteile.

Eine Wiederinbetriebnahme ist wegen der hohen Kosten und der Sicherheitsprobleme völlig unrealistisch und würde wohl kaum noch genehmigungsfähig sein. Ein nicht betriebsfähiger Neubauzustand erscheint ebenso wenig erstrebenswert, denn er würde einen nur selten und kurzzeitig vorhandenen, wenig authentischen Zustand festhalten, bei dem die wichtigen Spuren der schweren und schmutzigen Arbeit völlig verloren gehen würden – dies gilt ebenso für eine museale Darstellung in einer "gesäuberten" Umgebung. Da Belval als Denkmal der Luxemburger Industriegeschichte gesichert werden soll, müsste allgemeinen denkmalpflegerischen Grundsätzen gefolgt werden – also soviel Originalsubstanz wie möglich erhalten und nur so viel Eingriffe und Veränderungen wie unbedingt nötig zulassen. Nach diesen Grundsätzen werden auch die denkmalgeschützten Hochofenwerke in Duisburg, Völklingen, der Hochofen 5 in Dortmund und auch das Werk in Vitkovice in Tschechien bearbeitet.

Die geplante enge Integration von neuen Nutzungen und weitgehender Zugänglichkeit des Hochofenplateaus von Belval macht die Bearbeitung und Sicherung aller historischen Bauteile des Denkmals notwendig. Zustand und notwendige Maßnahmen sind vom Fonds Belval detailliert untersucht worden, Ziele und Vorgaben bezüglich der Standards sind mir allerdings im Detail nicht bekannt. So sind die Annahmen einer 30-jährigen Lebenszeit der Metallstrukturen und einer 7-jährigen Lebenszeit des Korrosionsschutzes nach meinen Erfahrungen durchaus diskussionswürdig. Ebenso hinterfragt werden sollte, ob es sinnvoll ist, 5 Mio Euro Abrisskosten aufzuwenden, um einen Schrotterlös von ca. 1,5 Mio Euro zu erreichen.

Die größten Widersprüche sehe ich in der Trennung von Instandsetzung und Unterhalt, denn denkmalpflegerisch gesehen ist diese Unterscheidung kaum nachzuvollziehen. Die für die Unterhaltskosten errechneten 33 Mio Euro, verteilt über 30 Jahre, wären auf Grundlage unserer Erfahrungen ein realistischerer Ansatz, um das gesamte heute noch vorhandene Hochofenwerk mit allen Bauteilen erhalten zu können.





*Zukunftsvisionen des bekannten Zeichners "François Schuiten"*

*François Schuiten ist fasziniert vom Areal von Esch-Belval und entwickelte eigene Visionen...*

*Für den Mouvement Ecologique fertigte er eine solche an, die als Plakat in DinA2-Format beim Mouvement Ecologique erhältlich ist (Tel. 439030-1)*





*"Der "Fonds Belval" ist der Allgemeinheit verpflichtet: er sollte seine Kostenberechnungen offen legen – eine Gegenexpertise der bisherigen Kostenschätzungen sollte erstellt werden"*

Bei kleinsten Arbeiten im Privathaus – Anstrich, Schreinerarbeiten – fragt heute fast jeder mehrere Kostenvoranschläge an. Wenn es aber um Beträge von 50 Millionen Euro geht, soll dies nun nicht erfolgen? Steht z.B. die Frage im Raum, ob nicht gar mit weniger Geldern weitaus mehr Elemente erhalten werden könnten... Der Staat demnach Geld sparen könnte... und gleichzeitig die Hochofenanlagen nicht in ihrer Essenz in Frage gestellt werden müsste.

- Der Mouvement Ecologique erwartet, dass
- der "Fonds Belval" als parastaatliches Gremium von der Regierung beauftragt wird, die detaillierten Berechnungen und Vorgaben für die 50-Millionen Ausgabe auf den Tisch zu legen;
  - in einer Gegen-Expertise sowohl die denkmalpflegerische Grundlage als auch die Opportunität bestimmter Ausgaben aus fachlicher Sicht überprüft werden;
  - vor allem auch eine Debatte über die möglichen Nutzungsmöglichkeiten des Areals erfolgt;
  - eine kontradiktorische Debatte in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenversammlung vor irgendeiner Abrissoperation stattfindet.



### Sehen Sie keine Sicherheitsprobleme? Könnte hier auch früheres Personal in die Umnutzung eingebunden werden?

Bei der Diskussion um die Sicherheit wird oft übersehen, dass die Hochofenanlage auch während des Betriebes für die Arbeiter sicher sein musste, d.h. es durften ebensowenig Teile herabfallen und Bühnen, Treppen und Geländer mussten den strengen Anforderungen der Arbeitssicherheit entsprechen. Wegen der Gasgefahr waren sogar zusätzlich doppelte Fluchtwege und Durchrutschsicherungen an den Geländern vorgeschrieben. Diese vorhandenen Installationen lassen sich nach unseren Erfahrungen mit einfachen Mitteln in (nach deutschem Baurecht) verkehrssichere Besucherwege umgestalten.

Die Standsicherheit von Hochofenpanzern und -gerüsten, Cowpern, Hallen, Bunkeranlagen, Rohrleitungen und vielen anderen Anlagenteilen ist wenig gefährdet, da die Beanspruchungen im rauen Hochofenbetrieb um ein vielfaches größer sind als bei einem stillgelegten Werk. Wegen dieser Beanspruchungen sind diese Anlagen statisch überdimensioniert, so dass mit langen Standzeiten gerechnet werden kann. Problematisch werden nach längeren Stillstandzeiten Bauteile mit geringen Materialquerschnitten wie dünne Rohrleitungen, Bleche und Blechverkleidungen, Kabelhalter und viele andere Kleinbauteile, die gesichert oder abgenommen werden müssen.

Gerade für solche Arbeiten bzw. die Entwicklung von detaillierten kleinteiligen Erhaltungskonzepten ist die Erfahrung ehemaliger Verantwortlicher und Arbeiter am Hochofen sehr wertvoll, da sie die Anlagen und ihre Schwachpunkte und Problemzonen meistens gut kennen und die Gefährdungspotentiale einschätzen können. Die sukzessiven Reparaturen in Duisburg-Meiderich werden von einem ehemaligen Thyssen-Instandsetzungsexperten angeleitet, das Instandsetzungskonzept mit Kostenschätzung in Vitkovice wurde von der ehemaligen Stahlbauabteilung des Hüttenwerkes erarbeitet. Wichtig ist hier, dass es sich in beiden Fällen nicht um Neubauabteilungen, sondern um Bauunterhaltungsspezialisten handelt, die ein denkmalgerechtes und Kosten sparendes Reparaturkonzept durchführen können.

### Welche Vorgehensweise würden Sie den Luxemburger Instanzen anraten?

Mir steht es nicht zu, den Luxemburger Instanzen Ratschläge zu geben. Mir scheint aber, dass einige grundsätzliche Fragen noch nicht geklärt sind beziehungsweise in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt gemacht werden konnten:

1. Was soll Belval in Zukunft zeigen?
2. Welcher Erhaltungsstandard wird angestrebt?
3. Wie ist genau die Denkmalzone definiert, was muss in ihr erhalten werden?

Diese Fragen müssten in Fachgremien und öffentlich diskutiert und der Umgang mit dem Hochofenwerk genau beschrieben und festgelegt werden.



## Statt "Gemauschels" einiger weniger hinter verschlossenen Türen – eine kontradiktorische Debatte!

Doch losgelöst von finanziellen Aspekten: Es muss doch möglich sein, in diesem Land darüber zu diskutieren, welche Elemente einer Hochofenanlage tatsächlich aus kulturhistorischer, denkmalschützerischer und auch urbanistischer Sicht erhalten bleiben sollen und welche nicht. Es kann doch nicht sein, dass ein "Fonds Belval" mit einigen wenigen Akteuren über die Zukunft dieser Anlage – und somit de facto auch über die Inwertsetzung eines wesentlichen Teils der Vergangenheit unseres Landes und über das Aushängeschild einer nach vorne gerichteten Region – entscheidet! Nein, als Mouvement Ecologique stellen wir uns entschieden gegen derartige Vorgehensweisen!

Der "Fonds Belval" ist der Allgemeinheit verpflichtet – und muss dieser auch Rechenschaft erstatten und sich eine Kontrolle gefallen lassen. Es ist kein Staat im Staat – es ist kein privatwirtschaftlicher Betrieb...! Es ist kein Gremium, wo einige wenige gigantische Summen öffentlicher Gelder investieren können – und dabei ggf. kulturhistorisches Allgemeingut zerstören!

## Statt Beliebigkeit – Regionen und Orte mit einem kulturhistorisch gewachsenen "genius loci"!

Doch es geht um noch mehr als die Frage des Denkmalschutzes als solchem: Es geht um unsere Vorstellung, wie wir unsere Siedlungsräume von morgen gestalten wollen. Ist tatsächlich ein Kirchberg der Wahrheit letzter Schluss? Mit seiner Verwechselbarkeit, seinem Charakter von



"Wir brauchen Orte mit ihrem eigenen gewachsenen Charme"

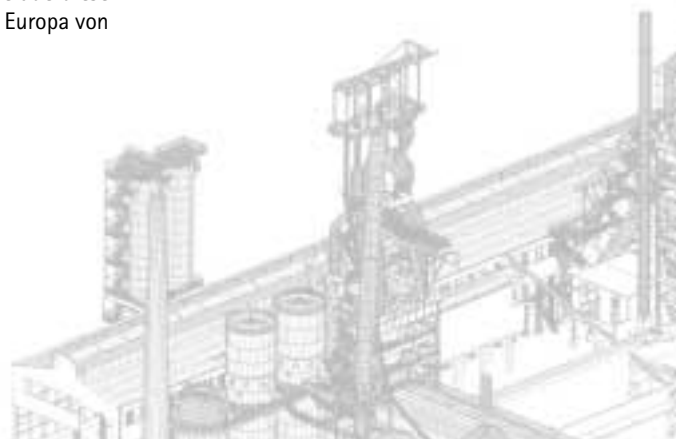
"déjà vu"? Die urbanistische Gestaltung und Teile der Architektur vom Kirchberg könnte man an zig-Stellen in Europa und darüber hinaus finden. Auswechselbarkeit, Beliebigkeit... sind Stichworte, die einem trotz einiger architektonischer High-Lights einfallen. Das Areal der Hochöfen erlaubt es noch, Belval-West einen besonderen Stempel aufzudrücken, ihm einen Charakter, eine nicht nachahmbare Originalität und Authentizität zu verleihen. Unter der Voraussetzung, dass die Hochofenanlage nicht einfach eine Insel wird, sondern sich in die neue Urbanität – in Berücksichtigung der denkmalschützerischen Ansprüche – integriert.

Soll dieser Anspruch auf dem Altar einer vermeintlichen rationalen Planung geopfert werden? Sicher nicht! So wie wir heute wieder Naturwälder wollen, nicht nur kontrollierte begradigte Natur, gesäuberte Landschaften... so sind auch wieder Orte mit ihrem eigenen gewachsenen Charme notwendig. Gerade diese Vielseitigkeit, sollte auch ein Europa von morgen prägen!

## Weitere fundamentale Fragen stehen im Raum

Doch das Dossier wirft zusätzliche weitere Fragen auf:

- Augenscheinlich wird, dass der Denkmalschutz nur einen sehr geringen Stellenwert in Luxemburg hat. Die Gutachten der zuständigen Kommission von "Sites et Monuments" werden schlichtweg ignoriert! Eine Debatte über den Anspruch des Denkmalschutzes bei der Inwertsetzung von wichtigen Gebäuden findet nicht statt! Die Zusammenarbeit zwischen Kulturministerium und der zuständigen Verwaltung von "Sites et Monuments" scheint nur in begrenztem Ausmaß stattzufinden. Eine Bestandsaufnahme des Kulturministeriums, welche kulturhistorische Anlagen und Gebäude Luxemburgs in einem Gesamtkonzept erhalten und in Wert gesetzt werden müssten, gibt es scheinbar noch immer nicht...







*Soll der Standort "Esch-Belval" austauschbar werden – wie der Kirchberg, der vom Prinzip her an zahlreichen anderen Satndorten in Europa sein könnte – oder seine ganz eigene Identität bewahren und somit was "Besonderes" mit Charakter sein?*

Es gilt somit endlich in Luxemburg eine Debatte über den Stellenwert des Denkmalschutzes zu führen und dringend für Kurskorrekturen zu sorgen. Denn es kann doch nicht sein, dass immer wieder, wenn das Kind schon fast im Brunnen liegt, noch eine Art Feuerwehr eingesetzt werden muss, weil es keine Strategie für den Denkmalschutz gibt. Meysemburg lässt grüßen!

- Eine weitere fundamentale Frage ist aber auch gestattet: Es ist die Frage, wie wir den künftigen Generationen die Geschichte unseres Landes vermitteln wollen. Soll sich diese auf Schlösser und Kirchen beschränken? Oder stellt nicht auch die Industriekultur ein zentrales Anliegen in diesem Zusammenhang dar?

Somit steht das Beispiel der Hochofenanlage von Belval

- für grundlegende Fragen der Demokratie in unserem Lande: Welches ist die Rolle eines staatlichen Fonds? Welche Verpflichtungen hat er gegenüber der Öffentlichkeit? Wie muss die Kontrolle seiner Entscheidungen, seiner Strukturen gewährleistet werden?
- für den Stellenwert von Gemeinden bei der Zukunftsgestaltung: Wie stark noch können sie für Ihre Interessen eintreten?
- für die Grundsatzfrage, wie austauschbar oder nicht unsere Regionen von morgen sein sollen!
- wie wir mit unserer Geschichte umgehen, auch im Interesse der kommenden Generationen!
- und ob wir letztendlich für die Zukunft authentische Lebenswelten wollen, oder beliebige ausgeräumte Siedlungsräume haben möchten!

*E Minettsdapp*

Zum Zeitpunkt, da dieser Kéisécker veröffentlicht wird, fand eine weitere Pressekonferenz des Mouvement Ecologique zum Thema statt. Die Infos hierzu finden Sie auf [www.oeko.lu](http://www.oeko.lu)



Aufbauend auf diesen grundsätzlichen Entscheidungen könnten dann weitere Grundlagen erarbeitet werden, wie z. B.: Überprüfung der Standards der erarbeiteten Untersuchung, Abklärung von denkmalverträglichen Nutzungsansprüchen und Nutzungsmöglichkeiten

Komplexe Denkmale dieser Art und Größe erfordern viel Zeit für die Entwicklung von Erhaltungskonzepten, Nutzungsideen, schließlich auch für die Instandsetzung selbst. Man muss diesen Objekten diese Zeit geben, kann Phasen der Konzeptfindung aber auch schon für erste Sicherungsmaßnahmen nutzen, kann sichere Teilbereiche für Besichtigungen und Nutzer öffnen und so mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

Schließlich kann ich nur empfehlen, vorschnelle Abrisse zu vermeiden, denn dabei gehen unwiederbringlich wichtige Dokumente des Denkmalbestandes verloren. Im Übrigen weisen auch die vom Fonds Belval vorgelegten Kostenberechnungen nach, dass trotz des derzeitigen hohen Schrottpreises die Abrisskosten nicht durch den Schrotterlös getragen werden können.

### 3 Fragen an Rolo Fütterer, Architekt, Masterplaner von Belval–West

Sie standen mit verantwortlich für die Erstellung des Masterplans von Esch–Belval. Entspricht Ihrer Meinung nach die jetzige Vorgehensweise, dem erstellten Masterplan?

Bisher noch. Aber wenn die Hochöfen so amputiert werden, wie der Fonds Belval das vorschlägt, dann wird das Herz der Anlage zur Unkenntlichkeit zerstückerl.

Wie würden Sie sich eine Vorgehensweise zur Inwertsetzung des Gebietes vorstellen und welchen Stellenwert soll Ihrer Meinung nach die Hochofenterrasse bei der Revitalisierung des gesamten Standortes einnehmen?

Ideen, Ideen, Ideen sammeln. Und einen Preis dazu... und kompatible Funktionen einbauen. Vielleicht über Wettbewerbe mit interdisziplinärer Besetzung, die sagen können, was man wie zu welchem Preis umnutzen kann.

Als Programm können ja Teile aus dem Universitätsprogramm dienen. So was kann eine coole und einmalige Uni generieren.

Die Hochofenanlage, (sie sehen, ich rede von Anlage, nicht nur von den Hochöfen), ist doch genau das, was von der grünen Wiese und der Belanglosigkeit anderer Gebiete unterscheidet. Für mich ist diese Anlage die "raison d'être", alles andere banal.

Inwieweit lassen sich die "alten" Hochöfen in ein neues Stadtviertel integrieren, was bringen sie diesem?

Niemals würde man Hochöfen und deren begleitende Strukturen in einem städtischen Quartier erwarten. Das gibt Spannung und Einmaligkeit, Unverwechselbarkeit. Kennen sie ein solches Quartier? Früher wäre an deren Stelle die Kirche gewesen, aber die werden ja nicht mehr gebaut. Wir haben hier eine einmalige Adresse. Das unterscheidet und gibt Rückhalt für die Einwohner. Die Menschen müssen stolz sein, hier zu leben.und wir müssen alles dafür tun, dass es gut wird.



# Kyoto ist eine Verantwortung für jedes Regierungsmitglied



*Prof. Ewingmann vom Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstitut an der Universität zu Köln erstellte im Auftrag des Umweltministeriums eine nationale Klimaschutzstrategie und steht verantwortlich für die Erstellung des 2ten Allokationsplanes (Klimaplan für die Jahre 2008-2012, der Luxemburg in Brüssel einreichen muss). "De Kéisécker" führte ein interessantes Interview mit Prof. Ewingmann, wie er die Luxemburger Situation einschätzt.*

*Prof. Ewingmann*



*Luxemburg wird es schwierig haben, auf die kurze Frist den Eindruck zu erwecken, als ob es sich wirklich auf den Pfad von Kyoto gemacht hat*



*Wirtschaftspolitik kann künftig nicht mehr so weiterfahren wie bisher, einfach mehr Angebote an Energien für eine sich ungebremst entwickelnde Nachfrage zu liefern. Das ist für mich der zentrale Paradigmenwechsel, den Kyoto gebracht hat, und das in Verbindung mit einer zusätzlichen Bepreisung dieser Vorgänge.*

**De Kéisécker:** Sie haben im Auftrag des Umweltministeriums eine Bestandsaufnahme und eine Potenzialstudie zur Verbesserung der Kyoto-Bilanz Luxemburg erstellt. Wie beurteilen Sie generell die derzeitige Ausgangslage Luxemburgs zur Erfüllung der Kyoto-Verpflichtung?

**Dr. Ewringmann:** Die generelle Lage ist durchwachsen. Dazu muss man nur einen Blick auf die Emissionsbilanz werfen und auch berücksichtigen, mit wie vielen Regelwerken und Berichtspflichten gegenüber Brüssel und UNFCC Luxemburg im Rückstand ist. Dies alles zusammen ergibt ein Bild, das es schwierig machen wird, auf die kurze Frist den Eindruck zu erwecken, als ob sich Luxemburg wirklich auf den Pfad von Kyoto gemacht hat.

## Der Handlungsbedarf – die verschiedenen Aktionsfelder

Können Sie auf Grund Ihrer Bestandsaufnahme einige klare Pisten nennen, wie Luxemburg seine Kyotoziele erreichen könnte? Gibt es einfache, schmerzfreie Lösungen in diesem Zusammenhang?

Ganz schmerzfrei, in dem Sinne, dass Kyoto gar nichts kostet, das gibt es praktisch nicht. Das hängt mit der Kyoto-Konstruktion zusammen. Kyoto hat letztlich dazu geführt, dass Energie soweit sie aus fossilen Quellen gewonnen wird, mit einem zusätzlichen Preisfaktor – nämlich dem CO<sub>2</sub>-Preis – belegt wird.

Nun muss man sehen, wie man mit diesen zusätzlichen Kosten umgeht.

Wenn man in Luxemburg selbst gar nichts tut für den Klimaschutz und einfach Rechte zukauf, dann kosten die eben etwas. Man muss Budgetmittel dafür aufwenden, man muss letztlich die Steuersätze höher lassen als sie sein müssten, wenn man diese Rechte nicht kaufen würde. Oder man muss andere sinnvolle Ausgaben kürzen, um diese Rechte kaufen zu können. Das heißt, es kann durchaus weh tun.

Die andere Möglichkeit ist, die Rechte, die man nach Kyoto-Protokoll bzw. Burden-Sharing-Agreement zugeteilt bekommen hat, vernünftig zu bewirtschaften, Emissionen abzusenken und dadurch freigesetzte Rechte nachher auf dem Markt zu verkaufen. Das klingt wiederum so, als ob das schmerzfrei wäre, aber das Absenken der Emissionen, das dann die Voraussetzung ist, kostet natürlich auch Geld. Da hat Luxemburg im Rahmen der internationalen Bilanzabgrenzung vorerst nur die Möglichkeit, Erdgas- und Erdölverbrennungen im Inland deutlich zu reduzieren und die Treibstoffverkäufe zu senken. Das betrifft also in erster Linie den Niedrigwärmebedarf in den Gebäuden und den Verkehrssektor. Die Programme, die es bedarf, um den Gebäudesektor energetisch zu sanieren, kosten viel Geld. Da wird aus dem staatlichen Haushalt einiges an Subventionen hineinfließen müssen. Die zweite Piste ist der Unternehmenssektor. Auch dort gibt es Minderungspotenziale technischer Art. Die Vorstellung, dass die Dynamik in solchen von Investitionen bestimmten Produktionsprozessen völlig erschöpft sei, ist falsch. Aber man kann auf Grund der Dauer der bisherigen Kapitalbindung, der normalen Investitionszyklen und der sehr fortschrittlichen Qualität der unternehmerischen Anlagen davon ausgehen, dass dort kurzfristig nur ein sehr geringes Potential erschließbar ist.



*An den Treibstoffverkauf: Da kann man ran, und da muss man ran*



## Der Verkehrssektor – die Mineralölsteuer

Darüber hinaus ist der Verkehrssektor von zentraler Bedeutung, und auch da gibt es durchaus technische Potentiale in dem Sinne, dass man die gegenwärtig relativ intensiv spritfressenden Luxemburger Kfz durch etwas weniger spritfressende Kfz ersetzt. Dazu bedarf es eines mittelfristigen Zeitraums, denn so eine Flotte auszutauschen dauert etliche Jahre. Aber bisher gehen die ganzen Impulse, die von der Steuer ausgehen, in die entgegengesetzte Richtung. Sie haben eine kaum spürbare, viel zu niedrige Kfz-Steuer, die an Hubraum und Gewicht orientierte Tarifstruktur stimmt nicht. Sie haben im Vergleich zum Ausland niedrige Treibstoffpreise, Sie haben noch über die Einkommensbesteuerung eine Begünstigung von Dienstwagen und haben die Kilometerpauschale... Also insgesamt großartige Voraussetzungen für eine überhöhte Nachfrage nach Treibstoff. Da kann man ran, und da muss man ran.

Der Riesenbrocken, nach den neuesten Zahlen für 2005 mit nahezu 45% an den Emissionen beteiligt, ist der so genannte Tanktourismus. Ihn muss man reduzieren. Vor allem aus dynamischer Sicht. Wenn man da nicht ran ginge – das zeigen unsere Prognosen auch unter Berücksichtigung der bereits bekannten Politikentscheidungen in den Nachbarländern – würde sich dieser Prozess noch stärker beschleunigen. Nach unseren Prognosen läge Luxemburg dann 2012 bei einem fast 75%-igen Anteil des Verkehrssektors an den Gesamtemissionen. Das geht einfach nicht. Hier müssen Maßnahmen durchgeführt werden.

Aber um auf die Frage zurück zu kommen: die sind nicht schmerzfrei, das wird Geld kosten. Es gibt eine ganz kleine Erhöhungsstrecke bei der Mineralölsteuer, auf der man auch noch ein bisschen Mehraufkommen gewinnt. Aber dann gibt es einen sehr schmalen Grat, bei dem sich das Aufkommen stabilisiert und leicht zurück geht und dann einen relativ breiten Pfad, in dem es deutlich zurück geht. An die Schmerzgrenze muss man sich in der nächsten Zeit herantasten.

**Es wird von 6 Cent pro Liter Sprit gesprochen. Wird das dann schon soviel ausmachen, dass eine spürbare Senkung des Verbrauchs eintreten wird?**

Da sind die Modellaussagen auch empirisch noch etwas schwach auf der Brust. Hier müssen wir noch etwas weiter forschen, u.a. auch Befragungen an den Autobahnen machen um das noch besser abdecken zu können. 6 Cent würden



*Der Zukauf von Emissionsrechten auf dem internationalen Markt ist Geld – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – was aus der Luxemburger Sicht "in den Wind geschossen" wird. Von diesem Geld ist kein Impact auf die nationale Wirtschaft zu erwarten, außer die Tatsache, dass man so weiter machen kann wie bisher. Minderungsmaßnahmen im Inland haben den großen Vorteil, dass sie ein Teil des Ausgabenstromes und des Mehrwertes der dafür geschaffen wird, im Lande behalten, Arbeitsplätze sichern und etwas zur zur Energieeffizienz und Emissionsminderung im Lande beitragen.*

wahrscheinlich ausreichen um schon einen großen Erdrutsch im Treibstoffverkauf herbeizuführen.

**Vor einer Woche ging der Spritpreis bereits um 2,8 Cent pro Liter in die Höhe, ohne dass das auf irgendeine politische Entscheidung zurückzuführen wäre. Diese Erhöhung blieb ohne große Auswirkungen. Was wäre bei 6 Cent anders?**

Diese Anstiege an den Tankstellen, die auf Grund des Weltmarktpreises zustande kommen, betreffen alle Länder: Luxemburg, Belgien, Deutschland, Frankreich und die übrigen Nachbarländer gleichermaßen. Dadurch wird die Differenz in den effektiven Preisen zwischen den Ländern nicht verändert. Wir haben aber Entwicklungen, die die Preisdifferenz die Luxemburg im Augenblick gegenüber den Nachbarländern hat, deutlich geringer werden lassen, zumindest für den Lkw-Verkehr in Relation zu Belgien.

Im Vergleich zu Deutschland hat Luxemburg auf absehbare Zeit keine Probleme, denn in Deutschland werden im nächsten Jahr nochmals 3 Prozentpunkte Mehrwertsteuer oben draufkommen. Das kann Luxemburg nochmals einen gewaltigen "Schluck aus der Pulle" ermöglichen. Belgien aber – das ist das kritische Land – hat

eine so genannte "atmende" Mineralölsteuer und eine flexible Rückerstattung für den LKW-Bereich. Die machen z.B. die Preiserhöhungen, von denen wir eben noch sprachen, für die Lkw-Transitfahrer gar nicht mit. Durch ein Anpassen der Mineralölsteuer und eine gestaffelte Rückerstattung wird dort eine Preiserhöhung, die vom Markt kommt, nur etwa um 80 % an die Kunden weitergegeben. Während sie in Luxemburg eben voll weiter gegeben wird. Dadurch sind im Verhältnis zu Belgien ganz schwierig auszutarierende und auch ganz schwierig in Prognosen umsetzbare Entwicklungen im Gange.

Ich würde sagen, dass nach den gegenwertigen Kenntnissen 6 Cent Preiserhöhung den Treibstoffverbrauch sogar etwas mehr reduzieren könnte, als wir in unseren Berechnungen drin haben. Auch die 3 Cent sind schon hinreichend, um erst einmal einen anderen Trend in die Entwicklung zu bringen. Ich würde eben deswegen vorschlagen, dass man sich erstmal mit diesen 3 Cent herantastet – die ja nach der europäischen Harmonisierungsrichtlinie eh erhöht werden müssen – und dann aber strikt auf der Basis der dann gewonnenen Erfahrungen weitere Schritte zur Erhöhung einplant.





*Kyoto ist bisher immer als eine Art Luxusveranstaltung für Umweltminister gehandhabt worden. Das ist falsch, so wird es nicht gehen. Kyoto hat eine Gesamtverantwortung der Politik geschaffen und zwar für jedes Mitglied des jeweils agierenden Kabinetts*

## Kyoto – ein Paradigmenwechsel / Kyoto und Wirtschaftspolitik

**In den Arbeitsgruppen wurde auch des öfteren von einem Paradigmenwechsel betreffend die Umsetzung des Kyoto-Vertrages gesprochen. Worauf läuft dieser Vertrag schlussendlich hinaus und welche Veränderungen werden in der Gesellschaft und der Ökonomie stattfinden?**

Das ist etwas, das weder in der Politik noch in der Öffentlichkeit bisher so richtig aufgegriffen worden ist. Oder wenn es aufgegriffen wurde, ist es nicht richtig verstanden worden. Kyoto hat (wenn gleich nicht alle Länder mitmachen und dadurch ein Hintertürchen für eigene Emissionserhöhungen offen bleibt) für die Länder, die mitmachen, einen festen Deckel auf den Emissionstopf gesetzt. Alleine dadurch wird sich die bisherige Entwicklungsphilosophie nicht aufrechterhalten lassen. Die lautet bisher: wir lassen den Energieverbrauch einfach weiter wachsen, wir kümmern uns lediglich um eine effizientere Angebotsstruktur und liefern immer mehr Energie in diesen Nachfrageprozess hinein. Was dann an Emissionen rauskommt, nun gut – darüber muss man sich auch Gedanken machen; aber nur, soweit die Angebotsmenge dadurch nicht berührt wird. Das war bisher die Logik, aber sie funktioniert nach Kyoto nicht mehr.

Jetzt haben wir oben den Deckel drauf, und jetzt kann man nicht mehr sagen: Lass mal die Energienachfrage lustig weiter wachsen, wir richten unser Hauptaugenmerk auf ein störungsfreies Angebot, wollen national Versorgungssicherheit garantieren usw.. Sondern man muss sagen:

Was erlaubt uns das Kyoto-Budget noch an Emissionen? Und welche Konsequenzen müssen wir für den Energienachfragektor ziehen und wie muss man dann die Angebotsstruktur anpassen?

Wirtschaftspolitik kann künftig nicht mehr so weiterfahren wie bisher, einfach mehr Angebote an Energien für eine sich ungebremst entwickelnde Nachfrage zu liefern. Das ist für mich der zentrale Paradigmenwechsel, den Kyoto gebracht hat, und das in Verbindung mit einer zusätzlichen Preisbildung dieser Vorgänge.

**Ist die Kyotostrategie überhaupt mit der Lissabon-Strategie, die ein Wachstumsziel von 4% pro Jahr hat, vereinbar und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?**

Ob es möglich ist, wird sich im Grunde anhand der Innovationsdynamik und des technischen Fortschritts erweisen. Das Lissabon-Ziel erscheint aber zumindest in der bisherigen Grundperspektive nicht erreichbar. Das Wachstum von Lissabon wird nur realisierbar sein, wenn man gleichzeitig den Kyoto-Deckel beachtet, wird also nur möglich sein, wenn gleichzeitig die Effizienz der Energienutzung im Bereich der Energienachfrage und des -angebotes, wenn vor allem die Emissionseffizienz, deutlich stärker wächst als das Sozialprodukt.

Wenn die Effizienz nicht mitwächst, dann ist kein 4%otiges Wachstum möglich. Denn bei den bisherigen Strukturen werden 4 % Wachstum zu 2,5-3% Emissionswachstum führen. Aber die Länder, die beim Kyoto-Prozess mitmachen, haben diese Emissionsreserven nicht mehr.



*Insgesamt eröffnen die eigenen nationalen Maßnahmen einen Pfad für Luxemburg, auf dem auch die andere Seite der Kostenmedaille des Kyoto-Regimes zutage tritt, nämlich die Chancen, die sich mit dem energetischen Innovationsprozess verbinden. Das sind zum einen kurzfristige Beschäftigungseffekte. Das sind zum anderen die großen Langfristchancen, die darin bestehen, dass die wirkliche Transformation einer solchen nationalen Wirtschaft in Richtung "Nachhaltigkeit", in Richtung "Langzeitorientierung" und in Richtung "Energie und Ressourcen sparen" vorangetrieben wird. Diese Energie- und Ressourcenersparnis ist dringend notwendig, um zukünftigen Generationen überhaupt noch einen eigenen Aktionsspielraum zu sichern.*

## Freikauf im Ausland oder Maßnahmen im eigenen Land?

**Luxemburg hat zwei Möglichkeiten seine Gelder zu investieren um kyotogerecht zu werden: entweder wir kaufen uns im Ausland frei, damit wir die Verpflichtungen erfüllen, oder wir investieren Geld in Luxemburg. Wo liegen bei den beiden Varianten die Vor- und Nachteile?**

Es gibt nicht diese klare Alternative. Es wird ein "sowohl als auch" geben müssen, aber die Optionen haben unterschiedliche Wirkungen. Luxemburg wird nicht umhin kommen im Rahmen der flexiblen Instrumente Kyoto-Rechte zuzukaufen und Maßnahmen in Luxemburg durchzuführen.

Der große Unterschied liegt für mich darin, dass der Zukauf auf dem internationalen Markt – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – Geld ist, was aus der Luxemburger Sicht "in den Wind geschossen" wird.

Von diesem Geld ist kein Impact auf die nationale Wirtschaft zu erwarten, außer die Tatsache, dass man so weiter machen kann wie bisher. Es sei denn, das wäre die große Ausnahme, dass sich Luxemburger Unternehmen über die Generierung eigener CDM-Projekte im Ausland an den flexiblen Mechanismen beteiligen und dadurch auch für sich selbst und das Land eine Export- und Entwicklungsperspektive eröffnen. Aber so viele Unternehmen gibt es in Luxemburg nicht, die dafür in Betracht kommen. Allerdings gibt es durch-

aus einige Überlegungen und Anstrengungen in diese Richtung, und die sollte man sicherlich auch unterstützen. Ansonsten ist die Zahlung für den Erwerb von internationalen Kyoto-Rechten letztlich à fonds perdu.

Wenn sie im Inland Minderungsmaßnahmen durchführen, dann sind die meisten zunächst einmal im Vergleich zu dem gegenwärtigen Beschaffungspreis internationaler Rechte teurer. Fast alle Maßnahmen, die sie realisieren können, sind etwas oder sogar viel teurer. Aber: Sie haben gleichzeitig den großen Vorteil, dass sie einen Teil des Ausgabenstromes und des Mehrwertes der dafür geschaffen wird, im Lande behalten, Arbeitsplätze sichern und etwas zur Energieeffizienz und Emissionsminderung im Lande beitragen. Das ist der entscheidende Unterschied.

Zudem gibt es natürlich im Einzelfall sehr starke Wirkungsunterschiede zwischen den verschiedenen Maßnahmen. Man kann z.B. davon ausgehen, dass beispielsweise ein Programm das in den Wohnungsbau geht und Altbauten energetisch saniert, über die damit verbundenen Handwerkerleistungen im Inland einen größeren Wirtschaftsimpuls schafft, als wenn Unternehmen im Augenblick zu einer Neuinvestitionsrunde veranlasst werden. Die großen Anlagengüter kommen sicherlich in erster Linie als Importgüter ins Land.



*Was für die öffentliche Haushaltsplanung eine Selbstverständlichkeit ist – nämlich von jedem Minister bzw. Ministerium Rechenschaft über die finanziellen Auswirkungen der Ressortpolitik zu verlangen, eine klare Budgetbegrenzung vorzugeben und die Einhaltung zu kontrollieren – muss genau so für die Auswirkungen jedes Gesetzgebungs- und Administrationsvorhabens auf das Kyoto-Budget des Landes gelten. Auch dabei gibt es eine klare Knappheit, und daher muss für jede politisch vorgeschlagene Maßnahme unmittelbar erläutert werden, wieviele Emissionen dadurch zusätzlich freigesetzt oder vermieden werden.*

Aber insgesamt eröffnen die eigenen nationalen Maßnahmen einen Pfad für Luxemburg, auf dem auch die andere Seite der Kostenmedaille des Kyoto-Regimes zutage tritt, nämlich die Chancen, die sich mit dem energetischen Innovationsprozess verbinden. Das sind zum einen kurzfristige Beschäftigungseffekte. Das sind zum anderen die großen Langfristchancen, die darin bestehen, dass die wirkliche Transformation einer solchen nationalen Wirtschaft in Richtung "Nachhaltigkeit", in Richtung "Langzeitorientierung" und in Richtung "Energie und Ressourcen sparen" vorangetrieben wird. Diese Energie- und Ressourcenersparnis ist dringend notwendig, um zukünftigen Generationen überhaupt noch einen eigenen Aktionsspielraum zu sichern.

## Kyoto – eine Regierungsaufgabe

**Das geht weit darüber hinaus, was ein Umweltministerium schaffen kann. Müssen da nicht alle Ministerien am gleichen Strang ziehen? Welche Veränderungen sind Ihrer Meinung nach auf Regierungsebene notwendig, damit konsequente Klimaschutzpolitik überhaupt möglich ist?**

Das ist das zentrale Problem. Kyoto ist bisher immer als eine Art Luxusveranstaltung für Umweltminister gehandhabt worden. Das ist falsch, so wird es nicht gehen. Kyoto hat eine Gesamtverantwortung der Politik geschaffen und zwar für jedes Mitglied des jeweils agierenden Kabinetts. Das, was beispielsweise jetzt im Rahmen der kurzfristig anstehenden Nationalen Allokationsplanung geschehen muss, ist eine klare Zuordnung und Aufspaltung der Emissionsverantwortlichkeit auf die einzelnen Ressorts. Letztlich muss jedes Ministerium bei jeder Politikentscheidung, die es zu vertreten hat und die mit Emissionen verbunden sein kann, direkt oder indirekt, einen Nachweis führen, zu welchen Gesamtwirkungen kurz- und mittelfristig sie für das Nationale Kyoto-Budget führt. Sonst ist ein Monitoring und ein Annähern an den Kyoto-Pfad überhaupt nicht möglich, weil der Umweltminister alleine überhaupt keine Chance hat, die Abweichungen der anderen Ministerien zu erkennen, zu sanktionieren und zu kontrollieren.

Was für die öffentliche Haushaltsplanung eine Selbstverständlichkeit ist – nämlich von jedem Minister bzw. Ministerium Rechenschaft über die finanziellen Auswirkungen der Ressortpolitik zu verlangen, eine klare Budgetbegrenzung vorzugeben und die Einhaltung zu kontrollieren – muss genau so für die Auswirkungen jedes

Gesetzgebungs- und Administrationsvorhabens auf das Kyoto-Budget des Landes gelten. Auch dabei gibt es eine klare Knappheit, und daher muss für jede politisch vorgeschlagene Maßnahme unmittelbar erläutert werden, wieviele Emissionen dadurch zusätzlich freigesetzt oder vermieden werden.

**Wie machen andere Länder das? Gibt es da eine horizontale Kompetenz?**

Die Denkmodelle sind unterschiedlich. Das eine ist, horizontale Kompetenzen zu schaffen, mit einem für die Nachhaltigkeit zuständigen Ministerium. Ich persönlich glaube aber nicht, dass sich das auf Dauer durchsetzen kann. Man wird die politischen Kompetenzen in ihrer traditionellen Struktur beibehalten müssen.

Aber wir haben in einigen Ländern erste Ansätze für ein Erfolg versprechendes Monitoring- und Kontrollinstrument. Das kann sich eher fachspezifisch an Nachhaltigkeitsindikatoren orientieren. Das kann aber auch an Rechnungs- und Kontrollsysteme angebunden werden, die es für Planung und Kontrolle öffentlicher Finanzen schon gibt. Im Hinblick auf die Verschuldungskriterien von Maastricht wird z.B. genau bilanziert, ob man nicht zu hohe Lasten auf künftige Generationen verlagert. Und genau so muss reflektiert und kontrolliert werden, wie mit öffentlichen Umweltressourcen umgegangen wird. Durch Verbrauch natürlicher Ressourcen tritt auch eine Lastverschiebung in die Zukunft ein. Weniger finanzielle Verschuldung, aber mehr Ressourcenverbrauch, kann für künftige Generationen eine höhere Belastung darstellen, als wenn man die finanziellen Verschuldungsgrenzen überschreitet, aber mit dem öffentlichen Geld Ressourcen schonende Maßnahmen finanziert, die zur Erweiterung zukünftiger Dispositionsspielräume beitragen. Letztlich muss ein Berichtswesen geschaffen werden, das in der täglichen Arbeit von Regierungen zwingend beachtet werden muss.

Ich habe mir eigentlich vorgestellt, dass eine gemeinsame Geschäftsordnung für alle Ministerien erlassen wird, die genau regelt, welche Informationen bei Maßnahmen von Umwelt- und Emissionsrelevanz bereit gestellt werden müssen, wie die Entscheidungsprozeduren aussehen und wie die Ergebnisse beim Regierungsrat oder Umweltministerium zu einer laufenden Erfolgskontrolle verdichtet werden.

**Sie kennen ja jetzt etwas die Datenlage in Luxemburg. Sind wir schon an einer solchen Bilanzierung oder noch etwas weiter weg?**

Davon ist man in Luxemburg noch weit weg.



Wir haben als Mouvement Ecologique vorgeschlagen, es solle eine task-force zwischen Ministerien geschaffen werden, die die Umsetzung der Klimaschutzstrategie begleitet und auch Projekte kritisch hinterfragt. Erachten Sie ein derartiges Instrument als sinnvoll?

"Task force" ist ja eine Gruppe, die kurzfristig etwas bewegen soll, was sonst nicht passiert. Und ich fürchte, dass durch gut gemeinte von außen kommende Vorschläge – z.B. von Wissenschaftlern – nicht so viel passiert, als wenn man eine "task force" mit einer klar umrissenen Aufgabe und einem festen Zeitfenster installiert. Sie muss dann anschließend auch der Öffentlichkeit, dem Parlament und allen gesellschaftlichen Gruppen Bericht erstatten und genau darlegen, was sie zustande gebracht hat. Insofern würde ich das unterstützen. Es ist eine zusätzliche institutionelle Hilfe, um das zu machen, was eigentlich aus der parlamentarischen und aus der Regierungsverantwortung ohnehin initiiert werden müsste.

## Einsparpotenziale nutzen

Wie können in Luxemburg jetzt konkret die Einsparpotenziale ausgeschöpft werden? Welche Aufgaben stehen in den nächsten Wochen und Monaten an?

Es sind zwei unterschiedliche Arten von Potentialen betroffen.

Zum einen die technischen Potentiale, also die Potentiale, für die man vor allem Investitionen in emittierende Anlagen tätigen muss. Diese Maßnahmen brauchen für die Umsetzung üblicherweise relativ viel Zeit. Sie setzen an bestehenden Anlagen an: an Gebäuden, Maschinen, Fahrzeugen... Bis man die aufgepeppelt, umgerüstet und modernisiert oder gar ersetzt hat, vergeht Zeit. Man kann auch von der Kapazität her in jedem Jahr nur eine bestimmte Menge dieser Investitionen durchführen. Insofern muss morgen mit solchen Maßnahmen begonnen werden, und vor der Sommerpause muss die gesetzliche Basis dafür geschaffen werden. Damit diese Maßnahmen entweder noch im Jahre 2006, das wäre sehr optimistisch, oder zumindest ab Januar 2007 in Kraft getreten sind und umgesetzt werden können. Es muss z.B. ein Programm verabschiedet werden, das ein Budget für ein Altbausanierungsprogramm festsetzt, und zwar deutlich höher als das bisher der Fall war. Es müssen gleichzeitig die Energiekennwerte in der Wärmeschutzverordnung für neue Gebäude bis dahin festgelegt sein, am besten nach einer längeren Über-



*Es gibt zwei unterschiedliche Arten von Potentialen von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Zum einen die technischen Potentiale, also die Potentiale, für die man vor allem Investitionen in emittierende Anlagen tätigen muss. Diese Maßnahmen brauchen für die Umsetzung üblicherweise relativ viel Zeit. Sie setzen an bestehenden Anlagen an: an Gebäuden, Maschinen, Fahrzeugen... Zum anderen muss kurzfristig die Besteuerung von Mineralölen und Automobilen erhöht werden*

gangszeit auch für Altbauten. Es müssen rechtlich die Übergangszeiten geregelt werden und wie in der Übergangszeit die Förderung aussehen soll. Das alles muss in diesem Jahr abgeschlossen sein, wenn es für die Kyoto-Bilanz nennenswerte Ergebnisse bringen soll. Wir haben ja nur noch zwei, drei Jahre Zeit. Alles, was man von dem hohen Emissionssockel nicht bis 2010 reduziert hat, muss in den Folgejahren überproportional reduziert werden, weil man ja nur ein durchschnittliches Budget für die Gesamtperiode 2008-2012 zur Verfügung hat.

Was für die privaten und öffentlichen Gebäude gilt, trifft auch für die Produktionsanlagen der Unternehmen zu. Hier gibt es aber wahrscheinlich kein Zeitproblem. Der größte Teil der Emissionen wird bis Mitte des Jahres im zweiten Nationalen Allokationsplan genau geregelt werden müssen. Die Unternehmen werden dabei an international fortschrittlichen Benchmarks gemessen. Für andere Betriebe müssen die bestehenden Vereinbarungen nachverhandelt und ergänzt werden. Ich würde auch die Energiebesteuerung erhöhen, vor allem eine Erdgassteuer einführen.

Zum anderen muss kurzfristig die Besteuerung von Mineralölen und Automobilen erhöht werden. Vor allem an der Realisierung eines Teiles des strategischen Potenzials, das in der Verdrängung von

Tankvorgängen ins Ausland besteht, führt kein Weg vorbei.

**Sie kennen seit 2, 3 Jahren die Politikgestaltung in Luxemburg. Können Sie uns eine persönliche Einschätzung geben?**

Politik erfolgt nach meinem beschränkten Überblick hier in Luxemburg nicht in wesentlich anderer Art als in Deutschland auch. Dort habe ich das über viele Jahre etwas näher kennen gelernt. Als ich hier in Luxemburg anfang, hatte ich eine etwas weitergehende Vorstellung, nämlich, dass man wegen der Kleinheit des Landes und der sehr geringen personellen Ressourcen, die Probleme wesentlich effizienter angehen würde als in Deutschland. Da scheine ich mich ein wenig getäuscht zu haben. Es sind offensichtlich übergreifende Politik- und Institutionenrestriktionen, die ein schnelleres Reagieren oder gar ein vorsorgendes Agieren verhindern. Es ist hier auf keinen Fall effektiver und effizienter als ich das gewohnt war.

Was mich erstaunt, ist die Tatsache, dass es so wenig Reflex in der Öffentlichkeit gibt und dass auch so wenig von der Öffentlichkeit an Druck auf Politik und Verwaltung ausgeübt wird, um sich mit diesen Dingen stärker auseinander zu setzen.

Danke für das Interview

Paul Ruppert, Blanche Weber



# Erhöhung der Autosteuer: Element einer nachhaltigen Steuerreform – Einnahmen integral dem Klimaschutzfonds zuführen!

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm der Regierung reagierte der Mouvement Ecologique wie folgt auf die geplante Erhöhung der Autosteuer

Das Klimaschutzprogramm, das an diesem Dienstag in der Abgeordnetenkammer diskutiert wird, weist zahlreiche positive Maßnahmen auf, die – wenn sie denn umgesetzt werden – mit Vorteilen auch für den Einzelnen verbunden sind: Von energieeffizienten Bauweisen über ein attraktiveres Angebot des öffentlichen Transportes. Doch auch auf wirtschaftlicher Ebene, z.B. betreffend den Erhalt oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eröffnen sich gerade für kleine und mittlere Unternehmen neue Chancen.

Diese Klimaschutz-Maßnahmen kosten Geld, doch können sie bei richtiger Umsetzung des Programms einen Mehrwert für unser Land, für die kommenden Generationen bringen und vor allem sind sie unerlässlich, wenn man den Klimawandel in Grenzen halten will.

Der Mouvement Ecologique begrüßt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Erhöhung der Autosteuer. Ein Mouvement Ecologique erachtet es als selbstverständlich, dass die Autosteuer in Luxemburg nach dem Verursacherprinzip ausgestaltet und in diesem Zusammenhang auch erhöht wird. Denn die heutige Autosteuerstruktur setzt in der Tat die falschen Akzente, indem umwelt- und auch gesundheitsbelastende Fahrzeuge nicht höher besteuert wurden als andere. Auch wenn die jetzt geplante Erhöhung der Steuer das Kaufverhalten wohl nur in begrenztem Ausmaß ändern wird, ist der Steuerbeschluss doch ein wichtiger Schritt in Richtung einer kohärenten Steuerpolitik, die nicht blind ist für die nachhaltige Entwicklung.

Die Autosteuerreform macht aber auf Dauer nur Sinn, wenn sie mittelfristig einen ersten Schritt im Rahmen eines Umbaus der bisherigen Steuerstruktur darstellt:

- Die Autosteuer muss deshalb bewusst **in den Kontext einer nachhaltigen Steuerreform** gesetzt werden: und zwar einer Reform, die den Faktor Arbeit entlastet und den Faktor Umwelt- und Ressourcenverbrauch stärker belastet. Die grundsätzliche Diskussion über die Realisierbarkeit einer solchen Reform, die schon wiederholt in Koalitionsabkommen angekündigt wurde, muss endlich vom Finanz- und Umweltministerium in die Wege geleitet werden.
- In diesem Zusammenhang muss das Aufkommen aus Umweltsteuern – auch das aus der Autosteuer – letztlich dazu dienen, **Steuern und andere Abgaben zu senken, die den Faktor Arbeit und die wirtschaftliche Entwicklung belasten**. Das Mehraufkommen sollte nicht einfach im allgemeinen Staatsbudget verschwinden und die Regierung von den Sanierungsnotwendigkeiten auf der Ausgabenseite befreien.
- Solange es aber noch kein Steuerreformkonzept in diesem Sinne gibt und auch keine konkreten Pläne für kompensatorische Steuersenkungen, sollten ökologisch motivierte Steuern zweckgebunden für die Verbesserung der Umwelt und für eine nachhaltige Entwicklung verwendet werden. Ist dies nicht der Fall, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Steuererhöhung von der Allgemeinheit lediglich als Instrument zur Aufstockung des Staatshaushaltes angesehen wird. Der Mouvement Ecologique tritt demnach mit Nachdruck dafür ein, die Gelder aus der Erhöhung der Autosteuer **integral dem Klimaschutzfonds zuzuführen**.

- Im Rahmen der Tripartite wurde vorgeschlagen, gewisse Umweltabgaben bzw. -steuern indexneutral zu gestalten. Wenn eine nachhaltige Steuerreform jedoch eine Chance haben soll, dürfen nicht einzelne Umweltsteuern als isolierter Vorwand zur Abänderung des Index dienen. Es kommt vielmehr darauf an, eine wirkliche Strategie zu entwickeln, und zwar im Rahmen eines Steuerreformkonzepts. **Welche Oeko-Steuern (und welche anderen mit Lenkungszwecken verbundenen Abgaben) sollen tatsächlich neutralisiert werden, welche aber nicht?** Und wie kann durch Entlastungen des Sozialsystems u.a. dafür Sorge getragen werden, dass sinnvolle neue Steuern oder Steuererhöhungen nicht für ein weiteres Wachstum der Staatsausgaben verwendet werden, sondern tatsächlich der Allgemeinheit rückerstattet werden, z.B. via Reduktion der Beitragszahlungen am Sozialsystem. Das sind die Fragen, die endlich in den Mittelpunkt der Steuerdiskussion gerückt werden müssen.

Politik braucht Glaubwürdigkeit – auch eine Klimaschutzstrategie ist hierauf angewiesen!

*Mouvement Ecologique asbl., Mai 2006*





# Natur pur

Fotos von Marc Weis\*



\* Marc Weis ist Mitglied der "Lëtzebuenger Naturfotofrenn"  
[www.lnf.lu](http://www.lnf.lu)

20 Jahre nach der  
Reaktorkatastrophe:



Tschernobyl wird  
auf ewig ein  
Mahnmal gegen  
die Atomkraft sein

# Nie wieder Tschernobyl Nein zur menschenverachtenden Atomenergie!

Die Katastrophe von Tschernobyl steht für die Erkenntnis, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist, weder technisch noch gesellschaftlich. Die Nutzung der Atomenergie ist verbunden mit erheblichen gesundheitlichen, sicherheitstechnischen, ökologischen, friedenspolitischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Risiken.

20 Jahre nach Tschernobyl scheint diese Erkenntnis jedoch mehr und mehr verdrängt. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist z.B. in Deutschland, auf EU-Ebene bzw. international in Frage gestellt. Zudem wächst die atomare Gefahrenlage ständig, da zivile von militärischen Nutzungsoptionen kaum zu trennen sind. Auch in Luxemburg "outen" sich erneut Politiker, oder solche die es werden möchten, mit der Forderung "billigen" Atomstrom verstärkt einzukaufen.

"De Kéisécker" nimmt Stellung zur aktuellen Entwicklung, wobei sich weitgehend an einem Beitrag von Bettina Dannheim und Regina Richter orientiert wurde.



LA LIBERTE DE LA FRANCE S'ARRETE LA  
OU CELLE DE SES VOISINS COMMENCE

Ree STROUM  
vu CATTENOM  
och net via ARLON





*In Luxemburg mobilisierten sich über die Jahre tausende von Menschen gegen die Atomkraft: gegen das geplante Atomkraftwerk in Remerschen – gegen Cattenom. Dieser Widerstand ist ungebrochen*

## Die gesundheitlichen Folgen einer Reaktorkatastrophe

Eine von der Organisation "Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges" (IPPNW) und der Gesellschaft für Strahlenschutz am 6. April 2006 veröffentlichte Studie belegt das katastrophale Ausmaß des Reaktorunfalls in Tschernobyl vor 20 Jahren. Die Analyse (1) mit dem Titel "Gesundheitliche Folgen von Tschernobyl - 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe" stützt sich auf zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, Einschätzungen von Fachleuten und offizielle Angaben von Behörden. In dieser Arbeit wurden Studien ausgewertet, die plausible Hinweise auf Gesundheitsschäden infolge der Katastrophe von Tschernobyl enthalten. Die Autoren der vorliegenden Arbeit legten Wert auf die Auswahl von methodisch sauberen und nachvollziehbaren Analysen.

Angesichts der aktuellen Verharmlosung der Atomenergie durch eine Reihe von Politikern, hier einige Daten, die der Kurzfassung der Studie entnommen sind:

Russischen Angaben zufolge sind über 90 Prozent der Liquidatoren die direkt nach dem Unfall "reinigen" mussten, (400.000 bis 900.000) Invaliden (krank und arbeitsunfähig). Liquidatoren altern vorzeitig. Sie erkranken überdurchschnittlich u.a. an verschiedenen Krebserkrankungen. Menschen, die in belasteten Gebieten leben, werden zu einer Belastung künftiger Generationen führen, deren Umfang man überhaupt noch nicht abschätzen kann.

Die Säuglingssterblichkeit hat in mehreren europäischen Ländern nach Tschernobyl zugenommen. Die vorliegenden Studien ergeben für Europa Tschernobyl-bedingte Todesfälle unter Säuglingen in der Größenordnung von 5.000.

Auch genetische Schäden und Fehlbildungen haben in mehreren Ländern Europas signifikant zugenommen. Allein in Bayern kam es nach Tschernobyl zu 1.000 bis 3.000 zusätzlichen Fehlbildungen. Es ist zu befürchten, dass es in Europa strahlenbedingt zu mehr als 10.000 schwerwiegenden Fehlbildungen kam. Das ganze Ausmaß der genetischen Schäden infolge der Tschernobylkatastrophe lässt sich nur vage abschätzen. Internationalen Studien zufolge kommt man auf 12.000 bis 83.000 mit genetischen Schäden geborene Kinder in der Tschernobylregion und etwa 30.000 bis 207.500 genetisch geschädigte Kinder weltweit. In der ersten Generation findet man nur 10 Prozent der insgesamt zu erwartenden genetischen Schäden.

In Belorussland erkrankten seit der Katastrophe über 10.000 Menschen an Schilddrüsenkrebs. Einer WHO-Prognose zufolge werden allein im belorussischen Gebiet Gomel mehr als 50.000 Kinder im Laufe ihres Lebens Schilddrüsenkrebs bekommen. Auch andere Krebserkrankungen und Leukämie haben nach Tschernobyl zugenommen. Besonders betroffen sind die Liquidatoren und die Einwohner höher belasteter Gebiete. Frauen erkranken in Belorussland schon in jüngeren Jahren verstärkt an Brustkrebs. In der Ukraine hat die Zahl der Kinder mit bösartigen und gutartigen Tumoren des Zentralnervensystems beunruhigend zugenommen. Besonders stark ist die Zunahme dieser Tumoren bei Kleinkindern. In der Ukraine und in Belorussland gab es auch in verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine deutliche Zunahme der Neuerkrankungen an Leukämie.

In höher belasteten Gebieten Süddeutschlands gab es eine signifikante Häufung eines sehr seltenen Tumors bei Kindern, des so genannten Neuroblastoms. Zu signifikanten Anstiegen der Leukämieerkrankungen kam es in Deutschland, in Griechenland, in Schottland und in Rumänien. Allein in den Falloutgebieten Nordschweden kam es bis 1996 zu 849 zusätzlichen Krebserkrankungen. Es ist zu befürchten, dass sich die sonstigen Krebs- und Leukämieerkrankungen nach Tschernobyl auf mehrere Zehntausend belaufen.

## Die Klima-PR der Atomlobby hält den Fakten nicht stand

Angesichts der gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl wirken eine Reihe von aktuellen Aussagen zur Atomkraft wie ein Hohn. Mit Aussagen wie "Atomkraftwerke produzieren keine Emissionen", "Atomenergie [...] saubere, nachhaltige Energie, um die Kyotoziele zu erreichen" versucht die Atomlobby in der

Tat zurzeit die verrufene Atomkraft wieder salonfähig zu machen. Atomkraft=Klimaschutz, so lautet die einfache Formel.

Dem Klimawandel durch Ausbau der Atomkraft begegnen zu wollen, hieße aber, ein Risiko durch ein anderes – noch größeres – zu ersetzen. Denn Atomkraft ist und bleibt die gefährlichste Art Strom zu erzeugen. Die Atomkraft stellt uns vor schier unlösbare Probleme: Es gibt auf der ganzen Welt kein Endlager für den noch Millionen Jahre strahlenden Müll. Eine radioaktive Verseuchung durch einen Atomunfall kann nicht ausgeschlossen werden. Die Verlängerung der Laufzeiten existierender Atommeiler erhöht sogar noch das Risiko von Unfällen durch Materialermüdung. Jede weitere neu gebaute Anlage erhöht das Risiko eines atomaren Super-GAU.

Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2012 im Vergleich zum Jahr 1990 21 Prozent weniger Klimagase auszustoßen. Das noch von der rot-grünen Bundesregierung vorgelegte "Nationale Klimaschutzprogramm" sieht eine Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 vor. Sollte der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Strombereich innerhalb der nächsten 15 Jahre ausschließlich durch Atomenergie um diese 40 Prozent gesenkt werden, müssten allein in Deutschland im gleichen Zeitraum mehr als zehn neue Atomreaktoren gebaut werden. Dabei rechnen Experten schon in Frankreich, einem Land, in dem die Atomkraft wesentlich unkritischer gesehen wird als in Deutschland, mit einer Zeitspanne von neun Jahren zwischen Bauentscheidung und Inbetriebnahme eines Atomkraftwerkes. Schon rein zeitlich kann also der Neubau von Atomkraftwerken nicht bei der Erreichung der Klimaschutzziele helfen.

### Atomenergie – eine "kapitalintensive und reaktionslahme Großtechnologie"

Schon um nur 10 Prozent der fossilen Energie im Jahr 2050 weltweit durch Atomstrom zu ersetzen, müssten mehr als 1.000 neue Atomkraftwerke gebaut werden. Dabei gehen realistische Prognosen davon aus, dass ein nennenswerter Zubau an Atomkraftwerken, wenn überhaupt, nur im asiatischen Raum (Südkorea, China, Indien) zu erwarten ist. Als im Bau befindlich kennzeichnet das "International Journal for Nuclear Power" 22 Kraftwerke. Knapp die Hälfte der geplanten Neubauprojekte entfällt auf Indien, weitere Bauprojekte werden aus Argentinien, China, Iran, Japan, Rumänien, Russland und Taiwan gemeldet. Die Ukraine kündigte

den Bau von elf weiteren Reaktoren bis 2030 an.

Welche volkswirtschaftlichen Gefahren ein Ausbau der Atomkraft birgt, zeigt der Blick auf Brasilien und Argentinien. An dem Atomkraftwerk Atucha 2 in Argentinien wird seit 1981 gebaut. Zur Verschuldung des Landes hat das Projekt bereits enorm beigetragen, zur Stromversorgung allerdings noch nichts, da es nach wie vor nicht fertig gestellt ist. Fertig geworden ist das Kraftwerk Angra 2 in Brasilien. Es ging im Jahr 2000 ans Netz, nach fast 25 Jahren Bauzeit und mit geschätzten Kosten von 7-10 Mrd. US-Dollar, womit es für annähernd 5 Prozent der brasilianischen Auslandsverschuldung verantwortlich ist. Dies zeigt eines der gravierendsten Probleme, sofern dem Klimawandel mit Atomkraft begegnet werden sollte: Atomkraft ist extrem kapitalintensiv und eine "reaktionslahme" Großtechnologie, die auf vorhandene Stromnetze angewiesen ist. In Entwicklungsländern bindet sie Mittel, die nicht für andere, flexiblere Energieformen eingesetzt werden können. Sie kann zudem nur in Ländern zum Einsatz kommen, die bereits über ein ausgebautes Stromnetz verfügen, was bei weitem nicht in allen sog. Entwicklungsländern der Fall ist.

### Auch Uranreserven sind begrenzt

Ein massiver Ausbau der Atomenergie ist aber ohnehin sinnlos, da die weltweiten Uranreserven begrenzt sind. Uran muss z. B. aus Kanada, Südafrika, Niger oder Australien importiert werden. Vom heutigen Uran-Verbrauch ausgehend (rund 68.000 Tonnen jährlich), reichen die Reserven noch für ungefähr 40-60 Jahre. Die heute bekannten Uranvorräte werden also noch vor dem Jahr 2050 erschöpft sein. Würde die Atomkraft aus Klimaschutzgründen tatsächlich massiv ausgebaut, wären die Reserven entsprechend früher am Ende. Sollen Atomreaktoren dennoch dauerhaft betrieben werden, müssten die die Umwelt verseuchende Wiederaufarbeitung und die riskante Brütertechnologie in großem Stil ausgebaut werden. Brutreaktoren gelten jedoch selbst bei den meisten Atomlobbyisten aus sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Gründen als gescheitert. Und auch die Wiederaufarbeitung ist keine Erfolgsgeschichte: Der britische Staat hat im März 2005 184 Mio. Pfund für die Wiederaufarbeitung in Sellafield gezahlt. Der privatisierte Betreiber der Atomkraftwerke (British Energy) konnte diese Summe selbst nicht aufbringen, ohne die eigene Wirtschaftlichkeit zu gefährden. Mit anderen Worten: Sellafield ist pleite. Gleichzeitig wurde die Anlage im



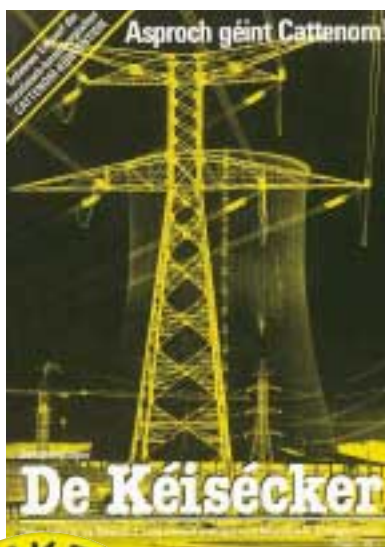
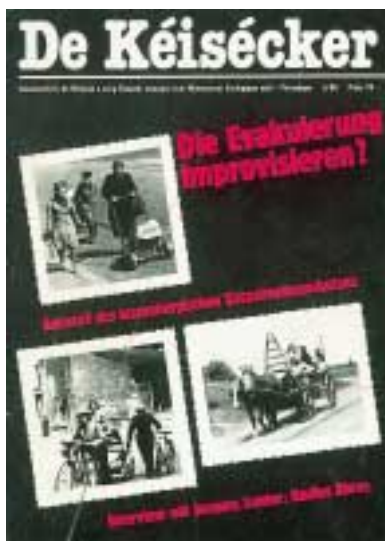
"De Kéisecker" begleitet das Thema Atomkraft seit Jahrzehnten

April 2005 wegen eines Lecks geschlossen, die Wiederaufnahme des Betriebs ist ungewiss.

### Atomkraft bindet Kapital für wirkliche Lösungen und ist nicht CO<sub>2</sub> frei

Der Versuch, dem Klimaproblem durch Atomkraftnutzung Herr zu werden, setzt auf eine einzelne, rein "technische Lösung". Es wird eine Stromerzeugungsart gewählt, die enormes Kapital bindet und damit anderen Optionen der Energieerzeugung die Chance nimmt. Die notwendigen CO<sub>2</sub>-Reduktionen von 80-90% in den Industriestaaten sind nur durch ein Maßnahmenbündel zu erreichen. Atomkraft legt die eingeschlagenen Energiepfade für sehr lange Zeiträume fest. Sie bringt nicht die Flexibilität mit, die notwendig ist, um auf die sich wan-





delnden Anforderungen des Klimawandels zu reagieren. Zudem erlaubt die Nutzung von Atomkraft nur eine ungünstige Energieausbeute: Sie ist ausschließlich in großen, zentralen Anlagen möglich, in großem Abstand zu Städten. Die Nutzung der bei der Stromerzeugung entstehenden Wärme ist damit nicht möglich. Die Wärme geht verloren, der Wirkungsgrad von Anlagen liegt deshalb bei nicht mehr als etwa 33 Prozent.

Deutlich bessere Wirkungsgrade können hingegen mit Blockheizkraftwerken (BHKW) erreicht werden. Diese kleinen, dezentralen Anlagen können nah am Verbraucher herstellen, weshalb die entstehende Wärme direkt von Haushalten genutzt werden kann. Der Wirkungsgrad liegt damit deutlich höher und durch die Einsparung der meist fossilen Energie, die sonst zur Herstellung der Wärme benötigt

wird, wird CO<sub>2</sub> eingespart. Natürlich könnte man auch Wärme durch Strom aus Atomkraft herstellen: in den 1970er Jahren wurde dies mit Nachtspeicherheizungen bereits probiert. Diese Heizungen waren jedoch unflexibel, und Wärmezeugung aus Strom hat ebenfalls einen extrem schlechten Wirkungsgrad. Die Antworten auf den Klimawandel liegen daher statt in der Atomkraft im Ausbau der erneuerbaren Energien, in effizienteren Kraftwerken, dezentraler Stromerzeugung mit geringeren Transportverlusten, gut isolierten Gebäuden und weniger Verkehr.

Tatsächlich setzt die reine Erzeugung von Atomstrom kaum CO<sub>2</sub> frei. Die Herstellung der benötigten Brennstäbe jedoch erfordert viel Energie, die keineswegs CO<sub>2</sub>-frei zu haben ist. Da ohne Brennstab kein Kernkraftwerk funktioniert, müssen diese Emissionen eingerechnet werden. Würde tatsächlich die Atomkraft ausgebaut, müssten schon bald deutlich schlechtere Uranquellen ausgebeutet werden. Dies bedeutet, dass die Bereitstellung von Brennstäben noch mehr Energie benötigen und somit höhere CO<sub>2</sub>-Emissionen produzieren würde.

Eine ironische Anmerkung: Atommeiler sind selbst anfällig für die Klimaveränderung: Dies zeigte der heiße Sommer 2003. Da Atomkraftwerke enorme Mengen Kühlwasser benötigen, mussten zahlreiche Reaktoren heruntergefahren oder vom Netz genommen werden: Wegen Niedrigwasser, das zudem aufgeheizt war, konnten die Kraftwerke nicht mehr ausreichend gekühlt werden. Im Süden Frankreichs konnte das Wasserdefizit der Flüsse bisher nicht ausgeglichen werden, und im Sommer 2005 stiegen dort die Temperaturen wieder in so schwindelnde Höhen, dass bereits im Juli damit gerechnet wurde, dass einige Kernkraftwerke ihre Stromerzeugung würden drosseln müssen.

### Der Kampf gegen eine menschenverachtende Atomenergie geht weiter!

Der Klimawandel gilt zu Recht als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die weitere Nutzung oder gar der Ausbau der Atomenergie wird nachweislich nicht zu einer signifikanten Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit führen.

Die Diskussion um die Atomkraft als Klimaretter bleibt vor allem eins: der clevere Versuch der Atomlobby, ihr Produkt wieder gesellschaftsfähig zu machen und sich die Staatskassen erneut für Subventionen zu erschließen.

Dieser Versuch beginnt auch sogar in Luxemburg seine Früchte zu tragen. Neben einigen Politikern wie Lucien Thiel (CSV), Claude Meisch (DP) und Patrick Santer (CSV), die per RTL ihre Bereitschaft für den verstärkten Einsatz von Atomstrom auch in Luxemburg darlegten, konnte sich der Wirtschafts- und Sozialrat in seinem Jahresgutachten 2006 nicht auf eine einheitliche Meinung für einen verstärkten Einsatz von Atomstrom einigen. Wir zitieren: *"Si le CES comprend les craintes quant à l'utilisation de l'énergie nucléaire, une partie des membres du CES ne cautionne cependant pas le refus absolu de ce type d'énergie, qui, par ailleurs, est promu sur le plan européen à côté des sources d'énergie dites renouvelables. Ces membres pensent que la sécurité d'approvisionnement doit primer toute d'autres considérations et une fois cette sécurité atteinte, tout effort de réduire une dépendance trop grande vis-à-vis de l'énergie nucléaire doit être soutenu, afin de développer, dans une action concertée sur le plan européen, des sources alternatives"*



Weltweit macht die Atomkraft sogar derzeit nicht mehr als 3% der Energieversorgung aus. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien

*moins polluantes. Ils constatent qu'en attendant que ces sources alternatives permettent la sécurité d'approvisionnement à des conditions économiquement acceptables, l'énergie nucléaire jouera un rôle important dans le système de production d'énergie. Ce point de vue n'est cependant pas partagé par d'autres membres du CES qui estiment que le nucléaire n'est pas pour de multiples raisons, tant économiques qu'écologiques une solution de rechange, même pas de façon transitoire, pour la politique énergétique tant nationale qu'européenne."*

Der Kampf gegen die Atomenergie, muss Jahrzehnte nach der politischen Auseinandersetzung um Remerschen und Cattenom, erneut aufgenommen werden. Es gibt weiterhin durch gute Argumente Luxemburgs historische Weichenstellung zu bekräftigen.

Das gilt u.a. auch für die LSAP als Regierungspartei (bzw. ihren Wirtschaftsminister), die mit dem Beschluss ihres Kongresses vor 30 Jahren ein Moratorium für das Projekt Remerschen durchsetzte.

*garrulus*

#### Bibliographie:

(1) <http://www.ippnw.de>  
Kurzfassung der Studie "Gesundheitliche Folgen von Tschernobyl - 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe"

(2) [http://www.oekonews.at/index.php?m\\_doc\\_id=1012585](http://www.oekonews.at/index.php?m_doc_id=1012585)  
Bettina Dannheim (Robin Wood) / Regina Richter (Urgewald): Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz

(3) <http://www.ces.etat.lu/Avis2006.pdf>  
Evolution économique, sociale et financière du Pays 2006 - Avis

**Werden Sie jetzt aktiv!**

**ATOMKRAFT?  
NEIN DANKE**

**Geben Sie Ihre Stimme ab  
gegen Atomkraft!**

[WWW.MILLION-AGAINST-NUCLEAR.NET](http://WWW.MILLION-AGAINST-NUCLEAR.NET)

## 1 Million Europäer gegen Atomkraft!

Stimmen Sie online ab: Petition "1 Million Europäer gegen Atomkraft": [www.million-against-nuclear.net](http://www.million-against-nuclear.net). oder schicken Sie uns die untenstehende Petitionsliste an Mouvement Ecologique, 6, rue Vauban, L-2663 Luxemburg

Weitere Infos zum Thema : [www.oeko.lu](http://www.oeko.lu)

In Umfragen auf EU-Ebene spricht sich deshalb immer noch eine große Mehrheit der Befragten gegen Atomkraft und für die Erneuerbaren aus. Um dieser Überzeugung ein größeres politisches Gewicht zu verleihen, haben Umweltschutzverbände aus ganz Europa die Unterschriftenkampagne "1 Million Europäer gegen Atomkraft" lanciert. Auch der Mouvement Ecologique hat sich dieser Aktion angeschlossen.

Europaweit sollen 1 Million Unterschriften für den Atomausstieg von Menschen aus möglichst vielen europäischen Staaten gesammelt werden. Denn auch zwei Jahrzehnte nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ist Europa weit von einem Atomausstieg entfernt. Zwar fördert die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten nicht aktiv die Atomenergie, dennoch leistet sich die EU mit EURATOM eine Organisation, die durch eine überdimensionierte Forschungsförderung (auch mit deutschen Steuergeld) und günstige Kredite für AKW-Neubauten aktiv die europäische Nuklearindustrie unterstützt.

In Finnland und Frankreich gibt es konkrete Pläne für AKW-Neubauten, und in Deutschland wird laut über Laufzeitverlängerungen nachgedacht. Schluss damit! Europa muss endlich die Lehren aus Tschernobyl ziehen!

Schließen Sie sich mit Ihrer Unterschrift diesen Forderungen an. Die gesammelten Stimmen werden im Herbst in Brüssel öffentlichkeitswirksam an die verantwortlichen Politiker übergeben.

**WWW.MILLION-AGAINST-NUCLEAR.NET**



# ed[it]ion 4

Perfektion x 4 in Holz/Alu

## Komfort der Superlative

- 1 Hervorragender **Wärmeschutz** bis  $U_w=0,81$   $W/m^2K$
- 2 Sensationeller **Schallschutz** von 43 dB bereits im Standard
- 3 integrierter **Sonnenschutz** durch im Scheibenzwischenraum geschützt eingebaute Jalousie
- 4 dadurch auch **Sichtschutz** vor unerwünschten Einblicken

Spezial für  
Niedrigenergie-  
Passivhäuser

**Internorm**  
Autorisierter Stützpunktpartner

Besuchen Sie unsere neue Website  
**WWW.COPLANING.LU**

Z.A.C. Langwies  
L-6131 Junglinster  
Tel. 10 03 521 72 72 12-1  
Fax 10 03 521 72 72 14

**Öffnungszeiten:**  
Mo.-Fr.: 8-18 Uhr (durchgehend)  
Sa.: 9-16 Uhr (durchgehend)  
Sonntags: 14-17 Uhr

# NATURATA

Fair a kooperativ mat de Bio-Bauern

## Äre Spezialist fir Bio- an Demeter- Liewesmëttel

- Rollingergrund  
Tél.: 44 78 77-33
- Dudelange  
Tél.: 51 47 69
- Ettelbrück  
Tél.: 81 74 22
- Munsbach (OIKOPOLIS)  
Tél.: 26 15 17 33
- Hupperdange (Schanck-Haff)  
Tél.: 99 75 08
- Foetz  
Tél.: 26 54 01 51

**www.naturata.lu**

# Topsolar

Zenter 10 Joer äre Fachbetrieb

Schoul Heischend 10 kWp/80m<sup>2</sup>

- Iwer 300 Solaranlagen am ganze Land
- Gratis Devis a Berechnung vum Gewinn
- Interessant Finanzeierung

TOPSOLAR SA 5, L-8838 WAHL  
Tel 88 82 41 [www.topsolar.lu](http://www.topsolar.lu)

# Für eine neue Energiestrategie

*Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l. setzt sich seit 2001 für erneuerbare Energien ein, und das auch öfter in Zusammenarbeit mit dem Mouvement écologique oder mit dem Klimabündnis Lëtzebuerg. Im folgenden Beitrag legt „Eurosolar“ dar, wie die Vereinigung eine neue Energiestrategie der Luxemburger Regierung aussehen sollte.*



*Sogar innovative fischfreundliche Kleinstwasserkraftwerke müssen zuerst massive administrative Hürden umschiffen bevor sie bezuschusst werden*

## Wir benötigen ein radikale Wende in der Energiepolitik!

Diese radikale Wende muss auf zwei Pfeilern beruhen:

### 1. Aufbau eines dezentralen Netzes

In der der aktuellen Diskussion um Kioto und Tanktourismus werden wieder einmal nur Teilaspekte der Problematik berücksichtigt. Es ist aber nötig eine Gesamtstrategie zu entwickeln. Dazu muss man das Problemfeld der Energieversorgung richtig verstehen und es müssen einige einfache technische Details beachtet werden. Leider schalten viele Politiker ab, wenn sie das Wort Technik hören. Dabei sind diese Zusammenhänge wesentlich zum Verständnis und auch für Laien einfach zu verstehen.

Der Energieverbrauch kann in grober Form folgendermaßen aufgeteilt werden:

- **Transport:** Die einzige Lösung in diesem Bereich ist das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel und die Verlagerung des Warentransports auf die Schiene. Bioenergien und elektrischer Strom werden die fossilen Stoffe ablösen. Wasserstoff kann als Sekundärenergie, d.h. als Zwischenspeicher, nur eine untergeordnete Rolle spielen.
- **Heizen:** Wärmeenergie ist die unedelste Energieform, da sie bei jeder Umwandlung als Verluste sowieso auftritt. Es macht, wie wir weiter sehen werden, keinen Sinn diese Energie durch Verbrennung bereitzustellen. Durch Isolierung und systematische Nutzung thermischer Solarenergie kann ein großer Teil dieser Energie eingespart werden.

- **Elektrische Energie:** Die edelste Energieform da mit ihr alle anderen Energieformen mit hohem Wirkungsgrad erzeugt werden können. Leider ist ihre Herstellung mit großen Verlusten verbunden, wenn sie nicht mit erneuerbaren Energieträgern erfolgt.

Momentan wird die elektrische Energie in Großkraftwerken (Kohlekraftwerke, Gaskraftwerke, Atomkraftwerke) hergestellt. Kohlekraftwerke und Atomkraftwerke haben einen Wirkungsgrad zwischen 30 und 40 Prozent (Rechnet man den Abbau des Brennstoffes und die Transportverluste mit ein, dann ist der Wirkungsgrad noch geringer!).







Mit dem neuen Reglement werden voraussichtlich keine neuen Windkraftwerke mehr errichtet. Die Gelder des "fonds de compensation" gehen zu großen Teilen an schon abgeschriebene BHKWs

Dies bedeutet, dass z.B. vom verbrannten Uran nur ein Drittel in Form von Strom gewonnen werden kann, die restlichen zwei Drittel, eine ungeheure Energiemenge, wird in Form von Wärme an die Umwelt abgegeben (zum Beispiel über die Kühltürme von Cattenom). Könnte man diese Wärme zum Heizen nutzen, wären keine Heizungen mehr nötig und wir würden einen großen Teil der benötigten Energie einsparen!

Das Nutzen der Wärme funktioniert leider bei Großkraftwerken nicht, da Wärme nicht über große Distanzen transportiert werden kann. Bei kleinen dezentralen Kraftwerken (zum Beispiel Biogas-BHKW) kann die Wärme aber an Ort und Stelle zum Heizen genutzt werden, und der Gesamtwirkungsgrad des Kraftwerks steigt auf über 80%! Die Wärmeverluste können also genutzt werden. Ein solches dezentrales Netz hat, neben einer Halbierung der benötigten Primärenergie, weitere Vorteile gegenüber einem Netz mit Großkraftwerken. Das Netz wird flexibler, ausfallsicherer und die Verluste durch lange Transportwege (5% beim Strom) wesentlich geringer.

Die Politik muss also die Inbetriebnahme kleiner dezentraler Kraftwerke viel stärker unterstützen.

Die Betreiber von Großkraftwerken sind natürlich mit einem solchen Umbau der Energieversorgung nicht einverstanden und verstehen es, durch gezielte Lobbyarbeit, bei den Politikern die Energiewende zu verhindern. Auch den Netzbetreibern kommt eine dezentrale Energieversorgung nicht gelegen. Durch hohe Netzdurchleitungsgebühren, hohe Zählerkosten und

niedrige Einspeisevergütungen blockieren sie dezentrale Energieversorger. Als Beispiel kann hier die Photovoltaik genannt werden, wo Spitzenstrom um die Mittagszeit an der Strombörse zwar bis zu 1 Euro/kWh gehandelt wird, der Erzeuger aber nur rund 4 Cent erhält.

## 2. Massiver Einsatz erneuerbarer Energien

Erneuerbare Energien sind überall lokal und in ausreichendem Masse verfügbar! Die Sonne strahlt täglich 15000mal mehr Energie auf die Erde wie von der Menschheit benötigt wird. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann viel schneller erfolgen als bei klassischen Kraftwerken, stabilisiert die Energiepreise und macht die Energieversorgung unabhängiger von Auslandsimporten. Die erneuerbaren Energien haben somit das Potenzial für eine dreifache Dividende: Sie tragen zum Schutz der Umwelt bei, schaffen lokale Arbeitsplätze besonders in Klein- und Mittelbetrieben und stärken die Wettbewerbsfähigkeit. Die globale Nachfrage nach Technologien und Verfahren, die zur Einsparung von Ressourcen und Emissionen beitragen, wird langfristig stark wachsen. Dies aus ökologischen, aber auch aus ökonomischen Gründen.

Die erneuerbaren Energien können, wie viele Studien beweisen, die klassischen Energien zu 100% ersetzen. Die Vollversorgung eines stark besiedelten und hoch industrialisierten Landes ist mit heutiger Technik schon möglich ([www.energyrichjapan.info](http://www.energyrichjapan.info)). Durch den richtigen Energiemix der erneuerbaren Energieformen (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Geothermie) lässt sich zu jeder Tages- und

Nachtzeit der Bedarf in einem europaweiten Netz decken.

Erneuerbare Energien sind überall auf der Welt in ausreichendem Maße verfügbar, so dass alle Länder Zugang zur Energie haben können. Weniger entwickelte Länder erhalten so eine reelle Chance, ihrer Armut zu entkommen.

Erneuerbare Energien schaffen lokale Arbeitsplätze (170.000 in wenigen Jahren in Deutschland!). Dies besonders in Klein- und Mittelbetrieben, genau dort wo Luxemburg auf Arbeitsplätze angewiesen ist. Großkraftwerke dagegen können mit einem Minimum an Personal betrieben werden. Der Großteil der Kosten entfällt auf den Rohstoff. Bei den erneuerbaren Energien wird das Geld für den Energiepreis an Menschen weitergegeben. Dies ist möglich, da diese Energien unerschöpflich und kostenlos sind.

Da unweigerlich in Zukunft erneuerbare Energien eingesetzt werden müssen, bietet sich hier der Europäischen Union eine einmalige Chance, sich einen technologischen Vorsprung in einem Hauptwirtschaftszweig zu sichern.

Wenn wir erneuerbare Energien haben wollen, so müssen wir heute investieren. Aufgabe einer innovationsorientierten Politik muss es daher sein, diese Technologien mit den geeigneten Instrumenten bei der Marktdurchdringung zu unterstützen. Mittelfristig und langfristig sind erneuerbare Energien wirtschaftlicher als die konventionellen Energien. Dies wurde durch unterschiedliche Institute im Bericht "Nachhaltige Energieversorgung" der Enquête-Kommission des deutschen Bundestages bestätigt.



Ohne feste Laufzeit für eine Einspeisevergütung im Reglement des Wirtschaftsministeriums wurde der Boom in der Photovoltaik innerhalb weniger Monate abgewürgt

Es müssen daher alle erneuerbare Energien gefördert werden, auch die Photovoltaik. Photovoltaik bietet die Möglichkeit mehr als 25% des luxemburgischen Stromverbrauchs zu decken! Es ist ohne weiteres möglich mit der Dachfläche eines Einfamilienhauses den gesamten Strombedarf eines Haushalts mit Photovoltaik zu decken, und zusätzlich auch noch 30% der Heizenergie mit Solarthermie zu erwirtschaften. Dachflächen von Einfamilienhäusern müssen für Solarthermie genutzt werden, andere Dachflächen (z.B. Hallen und Industriegebäude) für Photovoltaik. Windmühlen im Binnenland sind nötig und auch ökologisch sinnvoll. Zudem müssen die brach liegenden Potenziale der Bioenergie mobilisiert werden.

Diese Öko-Innovation für eine zukunfts-trächtige Energieversorgung Luxemburgs kann aber nur dann gelingen, wenn gleichzeitig Maßnahmen zum Sparen von Energie und zur Steigerung der Energieeffizienz ergriffen werden. Nur so ist es möglich, längerfristig eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien zu erreichen.

Leider führte die von der Regierung ausgelöste Debatte über die erneuerbaren Energien im Allgemeinen und über die Photovoltaik im Speziellen anlässlich der Überarbeitung der Förderinstrumente zu einem starken Einbruch in diesem noch sehr jungen Wirtschaftssektor. Neben dem Vertrauensverlust wurden viele neue Arbeitsplätze im Handwerk zerstört.

## 5,7% erneuerbare Energie für Luxemburg

1997 hat sich Luxemburg verpflichtet 5,7% seiner elektrischen Energie selbst mit erneuerbaren Energien zu erzeugen. Wir werden dieses Ziel verfehlen obschon es der geringste Prozentsatz aller 15 Euländer war und obschon Luxemburg eines der reichsten Länder der Erde und einer der höchsten Pro-Kopf-Energieverbraucher weltweit ist!!

Zum Erreichen dieser Ziele fordert Eurosolar Lëtzebuerg die Regierung auf:

- Sich ein neues Ziel für erneuerbare Energien zu setzen und dies gezielt umzusetzen (z.B. 10% bis 2015!).
- Auf Basis einer Potenzialstudie über erneuerbare Energien die zu erreichende Ziele in den jeweiligen Technologien festzulegen.
- Nach dem Beispiel von Schweden eine klimaverträgliche Energiestrategie – weg von Öl, und Atom – für Luxemburg auszuarbeiten.
- Die noch nicht ausgereiften Reglemente zur Förderung der erneuerbaren Energien schnellstens zu überarbeiten (Solarthermie und Kleinst-BHKWs) und zudem eine differenzierte und den jeweiligen erneuerbaren Energien angepasste Einspeisevergütung festzulegen, mit festgeschriebenen Laufzeiten.

- Eine unabhängige, dezentrale nationale Energieagentur zu gründen und mit gezielten Informationskampagnen die Bevölkerung aufzuklären über Energieeinsparungen sowie erneuerbare Energien.
- Sich an der Gründung einer Internationalen Agentur für erneuerbare Energien zu beteiligen, als Gegengewicht zur Internationalen Atomenergie-Agentur und zur einseitig die Atomenergie und fossilen Energien fördernden Internationalen Energieagentur (IEA).
- Kein Geld mehr für den Ausbau der Atomkraft auszugeben und die durch den EURATOM-Vertrag privilegierte Sonderstellung der Atomenergie in der EU zu beenden.

Ein aktueller Artikel von Eurosolar zur Atomkraft kann auf [www.eurosolar.lu](http://www.eurosolar.lu) nachgelesen werden.

*Henri Kox, Guy Weiler  
Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l.*







*Ein mit administrativen Hürden und technischen Schikanen gespicktes Förderreglement im Umweltministerium hat die Aussicht auf saubere Heizenergie durch Solarthermie zerstört. 2005 wurden nur 4 Anlagen bezuschusst!*

## Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l.

Nationale Vereinigung zur Förderung von erneuerbaren Energien.

Das Ziel von Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l. ist das **vollständige Ersetzen fossiler und atomarer Energien durch erneuerbare Energien.**

Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l.

- sieht ihre Aufgabe insbesondere in der Förderung der Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Dies wird u.a. wahrgenommen durch: Veranstaltungen von Kongressen, Arbeitstagen, Seminaren und Ausstellungen, die Einrichtung von fachbezogenen Arbeitskreisen und der Publikation von Informationsmaterial.
- sieht in einer solaren Energieversorgung die zentrale Voraussetzung für die Erhaltung der Lebensgrundlage der Menschheit und eine nachhaltige Wirtschaftsweise. Es ist die Verantwortung der industrialisierten Gesellschaften, das solare Energiezeitalter weltweit einzuleiten und damit auch einen zentralen Beitrag zum friedlichen Ausgleich zwischen Nord und Süd zu leisten.
- ist eine Sektion von Eurosolar e.V. (Europäische Vereinigung für erneuerbare Energien). Eurosolar e.V. wurde 1988 als gemeinnützige europäische Vereinigung für erneuerbare Energien ([www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)) gegründet unabhängig von Parteien, Institutionen, Unternehmen und Interessengruppen.

Die Mitgliedschaft steht jeder natürlichen und juristischen Person offen. Der Jahresbeitrag beträgt 20€. Mitglieder ohne Einkommen und Studenten zahlen 5€. Juristische Personen (z.B. Firmen) zahlen nach Selbsteinschätzung, jedoch mindestens 100€.

Weitere Informationen auf [www.eurosolar.lu](http://www.eurosolar.lu)

## Die Luxemburgischen und Europäischen Solarpreise 2006

Unter der Schirmherrschaft des Umweltministeriums und der Handwerkskammer werden zum vierten Mal die Luxemburgischen Solarpreise durch Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l. in Luxemburg ausgeschrieben. Die Luxemburgischen und Europäischen Solarpreise werden von EUROSOLAR an Gemeinden, kommunale Unternehmen, Privatpersonen, Ingenieure, Architekten, Eigentümer von Anlagen sowie an Organisationen und Journalisten vergeben, die sich besonders um die Nutzung der Solarenergie verdient gemacht haben.

Mit der Verleihung ist das Ziel verbunden, die Solarenergie intensiver zu fördern und neue Anstöße zur Breitereinführung zu geben. In sieben Preiskategorien werden wieder herausragende innovative Projekte und Initiativen für die Anwendung aller Arten von erneuerbaren Energien (passive Solarenergienutzung, Solarthermik, Photovoltaik, Wind, Biomasse, usw.) ausgezeichnet.

Alle Anmeldungen und Vorschläge für die Luxemburgischen und Europäischen Solarpreise 2006 müssen bis spätestens **21. Juni 2006** (Stichtag) bei Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l. eingegangen sein. Das Anmeldeformular ist unter der Internetadresse [www.eurosolar.lu](http://www.eurosolar.lu) abrufbar.

Die Ermittlung der luxemburgischen Preisträger erfolgt im **Herbst 2006** durch eine von Eurosolar Lëtzebuerg a.s.b.l. einberufene neutrale Jury. Unter allen beteiligten europäischen Ländern werden im Anschluss daran die Preisträger der Europäischen Solarpreise 2006 ermittelt.





# Die Reise in die Zukunft

## Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen

*"Fantasiereisen sind kleine Schritte auf der Reise nach Innen. Die Landschaft, durch die gereist wird, ist das Land der inneren Bilder", so beschreibt Monika Walinsky (1) eine pädagogische Methode, die vielfach auch in der Umweltbildung eingesetzt werden kann. "De Kéisécker" berichtet, wie solche Fantasiereisen in der Umweltbildung zum Einsatz gelangen können.*

### Bewusstmachen der eigenen Vorstellungen und Gefühle

*"Bei Fantasiereisen handelt es sich um gelenkte Tagträume, in denen sowohl Erwachsene als auch Kinder lernen, in ihrer Fantasie Vorstellungen zu assoziieren und zu entwickeln, mitunter auch um Probleme zu lösen und Ziele zu erreichen. Oft sollen sie helfen, Stress abzubauen, ein inneres Gleichgewicht herzustellen und Fantasie und Kreativität zu fördern."(2) : so lautet eine Definition die-*

ser eher unkonventionellen Methode, die, pädagogisch eingesetzt, keinen therapeutischen Zweck erfüllen, sondern oft zur Entspannung, aber auch zum Bewusstmachen der eigenen Vorstellungswelt und der darin enthaltenen Normen und Werte eingesetzt werden kann.

Fantasiereisen eignen sich u.a. um Visionen für die Zukunft zu entwickeln oder um die Welt aus einem anderen Blickwinkel zu sehen. Indem Menschen sich in die Welt z.B. eines Baumes oder eines anderen Menschen versetzen, so M. Walinsky, machen sie automatisch

einen Perspektivwechsel. Dieser Perspektivwechsel könne helfen, neue Vorstellungen und Gefühle zu entdecken bzw. zu entfalten bzw. über die eigenen Empfindungen, Gefühle und Einstellungen nachzudenken.

Wichtig ist dabei, dass die Fantasiereisen in einem vertrauensvollen und geschützten Rahmen stattfinden und der "Reiseleiter" die verschiedenen Phasen auf einfühlsame Art und Weise (siehe Kasten S.37) berücksichtigt.

(1) Walinsky M: Umweltbildung unter dem Anspruch der nachhaltigen Entwicklung Bd. 1; BUND – Umweltbehörde Hamburg  
(2) Methodenpool der konstruktivistischen Didaktik: [www.uni-koeln.de/ew-fak/konstrukt/didaktik/download.html](http://www.uni-koeln.de/ew-fak/konstrukt/didaktik/download.html)



## Fantasiereisen in der Praxis

### 1. Die Entspannungsphase

Damit sich die Teilnehmer vollständig entspannen können, sollten sie die Augen schließen und gleichmäßig tief ein- und ausatmen. Die Gedanken an den Alltag sollten losgelassen werden, damit man sich völlig auf die Reise in eine andere Welt einlassen kann.

### 2. Die Reise

Sind diese Voraussetzungen geschaffen, wird dem Reisenden eine Geschichte vorgelesen. In dieser wird ihm ein Ort beschrieben, an dem sich der Zuhörer besonders wohl fühlen soll. Der Reisende sollte versuchen, sich den Ort in seiner Fantasie so lebhaft auszumalen, dass er sich kleinste Details der Umgebung sowie seiner Gefühle und seines Verhaltens an diesem Fantasieort vorstellen kann. An diesem Platz wird der Reisende nun ermutigt, seine Vorstellungen zu assoziieren, zu entwickeln, ggf. Probleme zu lösen und seine Ziele zu erreichen.

### 3. Rückkehr in die Realität

Am Ende einer Fantasiereise ist es wichtig, die Bilder langsam ausklingen zu lassen, die Beteiligten behutsam in die Alltagswelt zurück zu führen. Der "Reiseleiter" hilft hier bei den langsamen Übergängen und gedanklichen Wegen. Hierbei muss auch der Körper den Weg zurück in die Realität finden. Dies kann durch tiefes Durchatmen und zum Beispiel mit Hilfe von Räkeln und Strecken des gesamten Körpers geschehen. Wenn der Teilnehmer die Augen wieder öffnet, sollte er mit Körper und Seele wieder in dem Raum, in dem er sich befindet, ankommen.

Um nicht ganz allein mit seinen Empfindungen dazustehen, kann man sich mit den anderen Fantasiereisenden austauschen, sofern dies erwünscht ist. Die Erfahrungen aus der Fantasiereise können aufgeschrieben und anschließend vorgelesen werden. Auch das Malen ist eine Form der Darstellung, wobei es nicht auf den künstlerischen Ausdruck ankommt; dies gilt auch für das Modellieren oder die körperliche Darstellung eines Aspektes aus der Fantasiereise.

Auch unterdrückte Gefühle und Bedürfnisse können durch Fantasiereisen intensiver erlebt und visualisiert werden. Durch eine dann immer notwendige Nachbereitung besteht die Möglichkeit, sie in die Gegenwart zu projizieren und später in den Alltag mit einfließen zu lassen.

Bei solchem Austausch ist aber zu beachten, dass die Fantasiereisen keinesfalls moralisch oder lenkend zu bewerten sind. In der Fantasie sind wir oft mit verworrenen, irrational erscheinenden, uneindeutigen usw. Bildern konfrontiert, die wir erst einmal auf uns wirken lassen sollten. Sofern dabei Ängste auftreten, dann können und sollten wir fragen, was uns Angst macht und was gegen die Angst wirken mag. Auf keinen Fall aber sollten wir Erlebnisse und Bilder eines anderen bestreiten oder bewerten, wenn wir über die möglichen Fantasien sprechen.

Einfache Auswertungsfragen können sein:

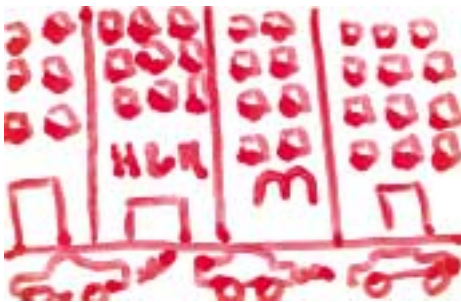
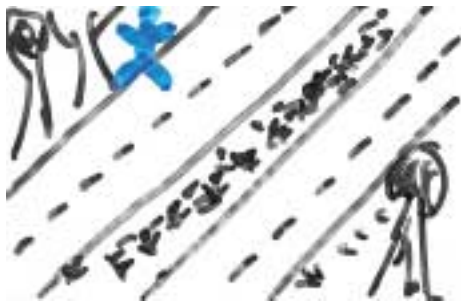
- Wie hat dir die Fantasiereise gefallen?
- Was hast du gesehen und erlebt?
- Was hast du dabei gefühlt und gedacht?
- Was war für dich wichtig, angenehm oder weniger gut?
- Was hast du beim Zeichnen (Malen, Formen....) erlebt?
- Erinnerst dich etwas an dein wirkliches Leben?
- Was lernst du aus dieser Erfahrung?

Auf Formen der Interpretation von außen sollte verzichtet werden. Sinnvoller ist die Frage, was es für den Einzelnen bedeutet. Möglichst alle Teilnehmer sollten sich artikulieren können.

Quelle: [www.uni-koeln.de/ew-fak/konstrukt/didaktik/download.html](http://www.uni-koeln.de/ew-fak/konstrukt/didaktik/download.html)



*Ein sehr großer Teil der Zukunftsvorstellungen ist negativ geprägt von einer ausufernden Urbanisierung und Zersiedlung der Landschaft sowie von bildfüllenden Hochhäusern. Die Kommentare zu den Zeichnungen machen deutlich, dass viele StudentInnen flächensparende Bauweisen u.a. aufgrund des Drucks auf dem Wohnungsmarkt zwar als sinnvoll werten, sie jedoch vielfach als unpersönlich, architektonisch einfaltslos und als nicht integriert in das Wohnumfeld empfinden.*



In einer Reihe von Zeichnungen kommt auch auf sehr krasse Art und Weise die Zerschneidung der Landschaft bzw. des Wohn- und Lebensraumes durch die Straßeninfrastrukturen und den Individualverkehr zum Ausdruck.



Einige wenige Darstellungen machen eine Art "Spagat" zwischen einer anonymen Urbanisierung mit Hochhäusern und Inseln mit intakter Natur.

## Die Reise in die Zukunft

Setze dich bequem hin! Schliesse deine Augen! Atme ein paar Male kräftig aus, dann lass deinen Atem ruhiger werden!...

Du stehst jetzt in deiner Phantasie auf, gehst hinaus aus dem Klassenzimmer und hinaus aus der Schule. Du findest einen Weg, den du einfach entlang gehst. Plötzlich entdeckst du in der Ferne ein Tor. Du gehst auf dieses Tor zu... Nun stehst du vor dem Tor. Schau es dir an: Woraus besteht es? Welche Farbe hat es? Wie kannst du es öffnen?... Und während du so dastehst und schaust, weißt du plötzlich, dass hinter diesem Tor die Zeit eine andere ist. 20 Jahre sind dort schon vergangen. 20 Jahre ist die Zeit hinter dem Tor schon voraus... Öffne nun das Tor und geh hinein in diese Welt... Schau Dich da nun einfach um. Vielleicht bist du in der Stadt oder auf dem Land. Vielleicht begegnest du Menschen oder vielleicht auch nicht. Vielleicht kannst du auch etwas hören oder riechen... (2 Minuten Stille)... Denke nun allmählich wieder ans Zurückkehren aber lass dir Zeit... Geh zum Tor zurück, schau dich noch einmal um. Dann geh durch das Tor durch und schliesse es fest hinter dir zu. Wenn die Welt angenehm war, die du gesehen hast, kannst du jederzeit wieder zurück. Wenn dir diese Welt unangenehm war, bleibt das Tor ganz fest verschlossen.... Und dann gehe den Weg, den du gekommen bist, wieder zur Schule zurück, ins Klassenzimmer zurück und wenn du wieder hier bist, mache die Augen auf und strecke dich.

## Zukunftsängste und Umweltbildung

Ulrike Unterbruner hat in ihrer Veröffentlichung "Umweltangst – Umwelterziehung" (3) vor nunmehr 15 Jahren die Resultate eines Forschungsberichtes vorgestellt, im Rahmen dessen 1100 Jugendliche im Alter von 13 bis 18 Jahren zur ihren Zukunftsvorstellungen befragt wurden. Dabei wandte sie die Methode der Fantasiereise in eine zukünftige Welt (in 20 Jahren) an mit anschließendem Malen von Bildern aus dieser Welt, die Erläuterungen wurden einer inhaltlichen Analyse unterzogen. Daneben wurde ein Fragebogen zu Zukunftswünschen und –ängsten eingesetzt.

Ziel der Vorgehensweise war u.a. herauszufinden, wie Jugendliche sich die Zukunft vorstellen. Ist Ihr Bild von der zukünftigen Welt optimistisch oder pessimistisch? Mit welchem gefühlsmäßigen Hintergrund blicken sie in die Zukunft: mit freudiger Erwartung, Skepsis, Angst? Spielen Natur und Umwelt dabei eine Rolle? Wie sehen sie in ihren Zukunftsbildern aus: intakt, gestört, zerstört? Kommen Industrie und Technik in dieser zukünftigen Welt vor? Wenn ja, wie werden sie bewertet?

Die Ergebnisse waren ernüchternd: mehr als die Hälfte der Jugendlichen, nämlich 55% hatten in ihrer Fantasiereise eine Welt gesehen, die sie pessimistisch

stimmte. Lediglich ein Viertel äußerte optimistische Zukunftsvisionen, bei den restlichen 20 % der Jugendlichen war die Welt teils positiv, teils negativ. 80 % bezogen Natur und Umwelt in ihre Zukunftsvisionen ein. Knapp 60 % sahen diese gestört oder zerstört, wobei besonders Luft- und Wasserverschmutzung eine Rolle spielten; ein Viertel der Jugendlichen zeichnete ein "heiles" Bild der Natur, bei den restlichen 17 % waren wiederum beide Aspekte vorhanden.

Diese Ergebnisse wurden auch durch eine Reihe anderer Studien bestätigt, in neueren Studien jedoch z.T. widerlegt. So z.B. in der 14. SHELL-Jugendstudie in Deutschland, in welcher ein wachsender Anteil von Jugendlichen im Vergleich zu vorhergehenden Studien zumindest ihre persönliche Zukunft positiv sehen. "Die ideologisch unterfütterte Protest- und 'Null-Bock'-Stimmung früherer Generationen, die seinerzeit besonders von Studenten und Abiturienten kultiviert wurde, ist passé. Die Mentalität der Jugendlichen hat sich insgesamt von einer eher gesellschaftskritischen Gruppe in Richtung der gesellschaftlichen Mitte verschoben.", so der bekannte Wissenschaftler Klaus Hurrelmann (4) in einem Kommentar dazu.

Diese z.T. widersprüchlichen Ergebnisse veranschaulichen exemplarisch die Bedeutung empirischer Untersuchungen zu den Zukunftsvorstellungen von Kindern und Jugendlichen in Zusammenhang mit der Umweltbildung.

(3) Unterbruner U.: Umweltangst – Umwelterziehung; Vorschläge zur Bewältigung der Ängste Jugendlicher vor Umweltzerstörung; Veritas Verlag

(4) Hurrelmann Klaus in: Familienbuch online: [www.familienhandbuch.de/cmain/f\\_Fachbeitrag/a\\_Jugendforschung/s\\_748.html](http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Jugendforschung/s_748.html)





## Vorstellungen und Erfahrungen als Ausgangspunkt für Umweltbildung

Bedenkt man in der Tat (so wie es die Theorie des Konstruktivismus besagt), dass der Mensch die Welt nicht (nur) erkennt, wie sie wirklich ist, sondern wie er sie auf der Grundlage seiner Erfahrungen deutet, so wird einem die Bedeutung des Bewußtmachens der eigenen Vorstellungen – z.B. mittels Fantasiereisen – deutlich: gelernt wird in der Tat das, was für den Einzelnen subjektiv bedeutungsvoll und passend ist.

Die Illustrationen dieses Beitrages zeigen eine Reihe von Bildern, die im Anschluss an eine Fantasiereise in die Zukunft von StudentInnen an der Universität Luxemburg gezeichnet wurden. Als Grundlage diente die Anleitung "Reise in die Zukunft" von Ulrike Unterbruner (siehe Kasten S.38). Die Zeichnungen sollen beispielhaft – und ohne den Anspruch einer repräsentativen Er-

hebung – den pädagogischen Nutzen aufzeigen, den Fantasiereisen z.B. als Einstieg in einen Unterricht oder eine Gruppendiskussion zum Thema "Bildung für nachhaltige Entwicklung" haben.

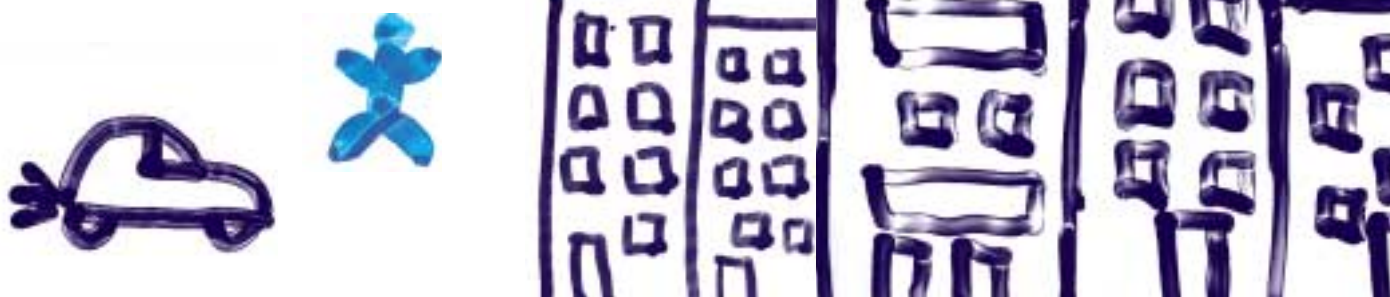
Die Gefühle (oder Ängste), die im Rahmen einer solchen Fantasiereise zum Ausdruck kommen, müssen selbstverständlich Gegenstand eines anschließenden gemeinsamen Gespräches sein. Es gilt über diese Gefühle miteinander zu reden und... gemeinsam auch nach Lösungen zu suchen. Was kann getan werden, um angesprochene Zukunftsprobleme zu vermeiden bzw. zu bewältigen? Können wir als Einzelne etwas dazu beitragen? Was kann die Politik bewirken? Unter welchen Voraussetzungen?

Zukunftsvorstellungen äußern zu lassen, ohne die Ergebnisse gemeinsam zu hinterfragen, ohne über deren Bedeutung nachzudenken, wäre in der Tat kontraproduktiv. Umweltbildung hat als prioritäres Ziel, konkrete Handlungskompetenz bei jedem Einzelnen bzw. einer

Gruppe zu fördern und nicht (nur) eine allgemeine Sensibilisierung zu bewirken, die mit der Zeit ihre Wirkung verfehlt.

Letztlich wird es aber darauf ankommen, an einem geeigneten Beispiel auch konkrete Handlungsmöglichkeiten zu überlegen und wenn nur möglich, gemeinsam zu versuchen, ein bestimmtes Problem einer Lösung zuzuführen: von der kinderfreundlichen Gestaltung eines Schulhofes, der Verkehrsberuhigung des Schulweges bis hin zur Einführung umweltschonender Schulmaterialien oder eines Energiesparkonzeptes in einer Schule.

*Théid Faber*



# Die Naturschutzpolitik wird "salonfähig"

## Auf dem Weg zum "Nationalen Plan für Naturschutz"

*Zur Zeit laufen die Vorarbeiten am nationalen Plan "Naturschutz", dies unter Federführung des Umweltministeriums. Zu diesem Zweck wurden vier Gruppen eingesetzt, an deren Arbeit sich alle Akteure des Naturschutzbereiches bzw. der davon betroffenen Berufskreise beteiligen. Im Rahmen von Rundtischgesprächen wird versucht, zu Schlüsselfragen der zukünftigen Naturschutzpolitik einen Konsens herzustellen.*

*"De Kéisécker" berichtet über Atmosphärisches und Zwischenergebnisse eines bemerkenswerten Prozesses, der im Herbst mit dem Entwurf des nationalen Planes seinen Abschluss finden soll.*

### Naturschutz:

#### Primat für die Politik

In seiner Veröffentlichung "Aktionsplang fir eng nohalteg Entwecklung – Virschléi fir d'Legislativperiod 2004-2009" (1) wurde die damalige Politik wie folgt charakterisiert: "Der Mouvement Ecologique stellt fest, dass in den letzten Jahren der Naturschutz im Begriff ist, zunehmend an Akzeptanz u.a. in den von Naturschutzarbeiten betroffenen Berufskreisen zu verlieren. Dies liegt auch daran, dass anstatt einer nachvollziehbaren Prioritätenliste und einer wissenschaftlich begründeten Vorgehensweise ein punktuell ausgerichtet und vielfach amateurhafter Aktionismus seitens der Forstverwaltung erfolgt."

Eine zentrale Forderung an die politischen Parteien vor dem Wahltermin bestand deshalb in dem Festlegen kurz- und mittelfristiger Prioritäten der Naturschutzpolitik.

Umweltminister Lucien Lux hat den Ball aufgegriffen und beschlossen, den vom reformierten Naturschutzgesetz vom 19. Januar 2004 in Artikel 51 und 52 vorgesehenen nationalen Plan für Naturschutz kurzfristig erstellen zu lassen. Der Plan, der in Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungen, Gemeinden, Gemeindeförderern und allen betroffenen Kreisen zu erstellen ist, soll den Rahmen für die zukünftige Politik darstellen und begreift folgende Elemente:

- die prioritären Maßnahmen im Naturschutzbereich;
- die Gebiete, die prioritär als nationale Schutzzonen ausgewiesen werden sollen;
- die Sensibilisierung der Öffentlichkeit;
- eine Kostenabschätzung für die Umsetzung der genannten Maßnahmen.

Dieser Plan wird nach 5 Jahren einer Überprüfung unterzogen und kann durch großherzogliches Reglement als obligatorisch erklärt werden; seine Umsetzung hätte dann den Charakter eines öffentlichen Nutzens (utilité publique).

Läuft alles so wie vom Umweltminister beabsichtigt, dann wird nach langen Jahren einer z.T. ziellosen und äußerst umstrittenen Naturschutzpolitik endlich wieder das Primat der Politik gelten. Dann dürfte Schluss sein mit solch unsäglichen Projekten à la "Galloway" und diskutablen "Besucherzentren" (wie Manternach), in deren Bau oder Umbau die Bautenverwaltung viel Geld stecken musste, die aber dennoch niemand zur Kenntnis nimmt. Schluss sein dürfte dann auch endlich mit der kontraproduktiven Polarisierung zwischen Naturschutz und Landwirtschaft, die mit der 136-seitigen Interpretation von Artikel 17 seitens der Forstverwaltung ihren Höhepunkt erreichte.

Denn: in Zeiten, wo Geld eine knappe Ware ist, dürften in Zukunft staatliche Budgetposten ausschließlich für solche Projekte zur Verfügung gestellt werden, die den Prioritäten des Naturschutzplanes entsprechen und wissenschaftlichen Ansprüchen genügen.





Zur Zeit ist fast die Hälfte der Gemeinden Mitglied in einem Naturpark- oder Naturschutzsyndikat. Eine effiziente und finanzierbare Naturschutzpolitik setzt aber eine flächendeckende Präsenz der Syndikate voraus. Die Karte zeigt wie sich aus der aktuellen Situation heraus, eine flächendeckende Lösung entwickeln könnte.



*Auch in Luxemburg : durch die schleichende Zerstörung unserer natürlichen Umwelt: ein Rückgang von Arten und Lebensräumen*

## Der Anspruch: Biodiversität erhalten – Landschaften schützen

Erklärtes Ziel der Politik des Umweltministeriums ist einerseits dem Anspruch der EU-Nachhaltigkeitspolitik zu entsprechen, d.h. dem Verlust der Biodiversität, also der Arten und natürlichen Lebensräume bis 2010 Einhalt zu gebieten (2). Andererseits sollen, entsprechend der Europäischen Landschaftskonvention, die ökologische und kulturelle Bedeutung der Landschaften erhalten bzw. wiederhergestellt werden (3). Ziel dieser, der Öffentlichkeit weniger bekannten Konvention (die noch nicht von Luxemburg ratifiziert wurde), ist u.a. die rechtliche Verankerung des Begriffes Landschaft, die Entwicklung einer Landschaftspolitik mit Schutzmaßnahmen, eine Beteiligung der Öffentlichkeit beim Landschaftsschutz sowie die Integration des Landschaftsschutzes als Bestandteil in die Raum- und Städteplanung sowie andere Planungen.

Nach einem ersten Rundtischgespräch am 11. Juli 2005 wurden vier thematische Arbeitsgruppen zur Erstellung der prioritären Maßnahmen eingesetzt, dies zu folgenden Themenbereichen: Schutz von Arten und Lebensräumen, Schutz der Landschaften, Naturschutz und Landwirtschaft sowie Sensibilisierung im Naturschutzbereich.

Ziel der Arbeitsgruppen war, dringende Maßnahmen zu definieren, die innerhalb der nächsten 5 Jahre (also 2007-2011) umzusetzen sind. Dieser begrenzte Zeitrahmen dürfte entscheidend mit dazu beitragen, dass die Maßnahmen des Aktionsplanes möglichst konkret umsetzbar ausfallen. Die schon erwähnte Abschätzung der Kosten soll dem Umweltministerium auch erlauben, im Rahmen der mit-

telfristigen Finanzplanung dem Naturschutz die notwendigen Mittel zu verschaffen.

## Die Diagnose: Erschreckender Rückgang von Arten und Lebensräumen

Laut dem Audit der Naturschutzpolitik, der 1998 von Basler / ERSA erstellt wurde (4) sind 54,8% der Säugetierarten, 47,1% der Vogelarten, 100% der Reptilien, 78,6% der Amphibienarten und 63,2% der Fischarten in Luxemburg bedroht.

Diese besorgniserregende Entwicklung geht natürlich einher mit den Veränderungen in unseren Landschaften, so u.a. veränderten landwirtschaftlichen Nutzungsformen und weiterschreitender Urbanisierung. Dabei spielt natürlich auch die zunehmende Zerschneidung der Landschaft u.a. durch den Straßenbau bzw. Aktivitätsszonen eine Rolle.

Eine Studie von Hansa Luftbild, die im Laufe des Jahres 2006 vom Umweltministerium vorgestellt wird, zeigt diese Veränderung der Landschaft zwischen 1962 und 1999 auf einer Probefläche von 640 km<sup>2</sup> auf: so sind auf dieser Fläche 55% der Einzelbäume (arbres solitaires) verschwunden (insgesamt über 4000), 28% der Hecken und Baumreihen, 82% der Feuchtwiesen und -flächen, 35% der Trockenrasen sowie 58% der Obstgärten (Bongerten).

Weshalb wehren sich die Bürger nicht in weitaus stärkerem Ausmaß gegen diese Banalisierung unserer Landschaft? Das Problem dürfte darin bestehen, dass es sich um einen "schleichenden" Vorgang handelt, der sich in der Zeit aus vielen kleinen, fast unbemerkten Veränderungen zusammensetzt und nur selten solche brutalen

Ausmaße annimmt, wie z.B. die Zerschneidung des "Grengeval"-Waldkomplexes.

## Die Maßnahmen: ein Gleichgewicht zwischen staatlichen Regelungen, Kooperation und Sensibilisierung

Die Tatsache, dass bei den Arbeiten zum Aktionsplan "Naturschutz" neben den Umweltorganisationen und Stiftungen sowie den Gemeindeförderern, auch die anderen betroffenen Ministerien und Verwaltungen (u.a. Bauten, Landwirtschaft, Landesplanung) sowie die Berufskreise (Land- und Forstwirtschaft) am "Runden Tisch" sitzen, stellt einen regelrechten Paradigmenwechsel in der Vorgehensweise des Umweltministeriums dar. Statt einer Polarisierung eine Zusammenarbeit zwischen Ministerien sowie mit Berufsorganisationen und Zivilgesellschaft.

Dieses begrüßenswerte Vorgehen ist ein gutes Omen für den weiteren Verlauf der Diskussionen, auch wenn besonders zwischen Landwirtschaft und Naturschutz noch so manche Brücken gebaut werden müssen. Ein in Jahren gewachsenes und besonders durch die Forstverwaltung durch die Interpretation des Naturschutzgesetzes (Art.17) regelrecht geschürtes Misstrauen kann nicht innerhalb einiger Sitzungen abgebaut werden. Dennoch: es wird miteinander diskutiert, es werden Argumente ausgetauscht und ein Mindestkonsens über eine Reihe wesentlicher Punkte dürfte zustande kommen. Grundlage für ein erneuertes Verhältnis zwischen Naturschutz und Landwirtschaft ist ohne Zweifel das Prinzip repressives Vorgehen nur dort anzuwenden, wo es nicht anders geht, und ansonsten der Kooperation auf freiwilliger Basis mit den Landwirten eine absolute Priorität einzuräumen.

Gerade diese Vorgehensweise hat überzeugende Resultate auf der Ebene der regionalen Naturschutzsyndikate (u.a. SICONA) hervorgebracht. Es gilt diesen Weg weiter zu gehen und dabei eben auch der Gemeindeebene bzw. den biologischen Stationen der Naturschutzsyndikate ihre spezifische Rolle in der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft zu belassen. Die Ausweitung der sog. Biodiversitätskontrakte (im Moment laufen Kontrakte mit Landwirten über rund 3000 Hektar) bietet in diesem Zusammenhang eine gute Chance.

Dennoch: eine staatliche Regulierung ist auf anderen Ebenen unerlässlich. So z.B. was die kurzfristige Ausweisung nationaler Schutzzonen oder die Erstellung des längst überfälligen sektoriellen Planes der geschützten Landschaften angeht.



## Die Voraussetzung: Glaubwürdigkeit durch fachlich- wissenschaftliche Grundlagen

Eine der wesentlichen Kritiken des Mouvement Ecologique an der Naturschutzpolitik betraf die ungenügenden wissenschaftlichen Grundlagen, die letztlich zu äußerst diffusen und z.T. amateurhaften Aktionen in der Vergangenheit geführt haben.

Das Gesetz vom 3. August 2005 betreffend die Zusammenarbeit zwischen Gemeindegremien und Staat sowie die Restrukturierung der wissenschaftlichen Vorgehensweise hat in dieser Hinsicht eine entscheidende Neuerung eingeführt: So wurde ein "observatoire de l'environnement naturel" geschaffen, das alle zwei Jahre einen Bericht über den Zustand der natürlichen Umwelt veröffentlicht, Vorschläge von Forschungsarbeiten erarbeiten, eine Evaluation der Naturschutzpolitik durchführen und die Umsetzung des nationalen Planes begleiten soll. Diesem Gremium gehören zwei Vertreter des Umweltministeriums, der Forstverwaltung bzw. des Naturhistorischen Museums an, je ein Vertreter der Universität Luxemburg bzw. der Naturschutzsyndikate, drei Vertreter der Umweltschutzorganisationen und drei unabhängige Wissenschaftler.

Im Rahmen des nationalen Aktionsplanes wurde sehr deutlich, dass der Forschung in Bezug auf die natürliche Umwelt (besonders was die Biodiversität anbelangt) auch in Luxemburg eine größere Bedeutung zukommt. Ein Anspruch, der auch bei der Neudefinierung des Mehrjahresprogrammes des "Fonds National de la Recherche" berücksichtigt werden müsste.

## Das Problem: die fehlenden Naturschutz-Strukturen

Seit vielen Jahren wird vom Mouvement Ecologique die Schaffung einer unabhängigen Natur- und Umweltschutzverwaltung und die Loslösung des Naturschutzes aus der Forstverwaltung gefordert.

Diese jahrelange Forderung ist mehr denn je aktuell: die rigide und einseitige Vorgehensweise der Direktion des Naturschutzdienstes hat dazu geführt, dass sogar manche engagierte Förster und Forstingenieure völlig demotiviert sind. Innerhalb der Forstverwaltung selbst ist somit ein Nachdenken über das eigene Selbstverständnis entstanden. Daran hat auch die Umsetzung des Audits der Forstverwaltung (was die administrative Struktur anbelangt) bis dato nichts zu verändern vermocht. Ob die seit längerem geplante Zusammenlegung der Forstbezirke (cantonnements forestiers)

und der Naturschutzbezirke (arrondissement "protection de la nature") die Lösung des Strukturproblems darstellen wird, ist mehr denn fraglich.

Die Umsetzung des nationalen Aktionsplanes kann jedoch nicht losgelöst von den administrativen Strukturen gesehen werden. Die Tatsache, dass das Umweltministerium selbst eine stärkere politische Federführung übernimmt, ist sicher positiv zu werten – weil unerlässlich. Der Umweltminister wird jedoch nicht umhin kommen, auch die administrative Reform anzugehen, wenn seine Naturschutzstrategie kein Stückwerk bleiben soll.

## Die Hoffnung: Akzeptanz für einen wesentlichen Pfeiler der Nachhaltigkeit

Das Image des Naturschutzes aus politischer Sicht dürfte in den letzten Jahrzehnten in erster Linie negativ "besetzt" gewesen sein. Politisch war Naturschutz hauptsächlich dann auf der Tagesordnung, wenn es im Rahmen von gesetzlich festgelegten Prozeduren darum ging, Eingriffe in die Natur (in der Regel in die "zone verte") zu genehmigen oder zu verweigern. Die Überbetonung der repressiven Vorgehensweise, wie bei Art. 17 des Naturschutzgesetzes, sowie die Vernachlässigung der wissenschaftlichen Grundlagen des Naturschutzes trugen zu einer progressiven Polarisierung mit Berufskreisen bei.

Doch das Aschenputtel-Dasein des Naturschutzes in den letzten Jahrzehnten erklärt sich auch aus der Tatsache, dass auf der Ebene des Umweltministeriums in der Vergangenheit keine Bezugsperson dafür verantwortlich war und dieser Bereich ganz einfach der Forstverwaltung überlassen wurde.

Die Arbeiten am nationalen Aktionsplan zeigen, dass Naturschutz ein Politikbereich ist, wie andere auch. Ein Politikbereich, der umso mehr Bedeutung haben wird, als darin auch Chancen für die Zukunft gesehen werden: als unentbehrliche Grundlage z.B. für einen Qualitätstourismus, die Naherholung der Menschen in ihrer Region, regionale Qualitätsprodukte der Land- und Forstwirtschaft und als Gestalter des Lebensraumes unserer Kinder.

So gesehen, ist es weniger eine diffuse, allgemeine Sensibilisierungsarbeit, die den Naturschutz voran bringt, sondern vielmehr eine konkrete Integration des Schutzes der natürlichen Umwelt in die anderen Lebensbereiche, in die Politik der anderen Ministerien sowie in die kommunale und regionale Entwicklung.

*Théid Faber*

(1) Mouvement Ecologique: Aktionsplan für nachhaltige Entwicklung – Virschléi vum Mouvement Ecologique fir d'Legislativperiod 2004 – 2009; Spezialnummer der Zeitschrift "De Kéisécker" (1/2004)

(2) <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/s15006.htm>: Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt auf EU-Ebene

(3) [http://www.coe.int/T/F/Coop%20E9ration\\_culturelle/Environnement/Paysage/](http://www.coe.int/T/F/Coop%20E9ration_culturelle/Environnement/Paysage/): La convention européenne du paysage (Conseil de l'Europe)

(4) Ministère de l'Environnement: Management der natürlichen Umwelt – Schlussbericht zum Audit; Ernst Basler + Partner / ERSÄ (April 1998)

(5) <http://www.legilux.public.lu/leg/a/archives/2005/1352308/1352308.pdf>: Partenariat en matière de protection de la nature



*Die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz bringt Vorteile für beide Seiten. Sowohl der Vertragsnaturschutz als auch die Durchführung von Landschaftspflegearbeiten (im Bild ein Landwirt beim Ausbringen einer Mulchdecke an einer neuangepflanzten Hecke) bringen den Bauern zusätzliche Einkünfte und sind wichtig für die Erhaltung der Biodiversität*





d'Fangeren  
eweck vum  
Grünewald!

Ein paar bitterböse Kommentare zu den  
Kompensierungsmaßnahmen  
für die **Zerstörung des  
Grünewaldes**





Es ist kein besonders gutes Gefühl feststellen zu müssen, dass man Recht hatte und alle befürchteten Folgen eingetreten sind. Eigentlich widerstrebt es mir hier noch mal auf diese unsäglichen Diskussionen zur Kompensierung der Schäden am Grünewald durch die Autobahn zurückkommen zu müssen. Eigentlich war bereits 1996 alles zum Thema gesagt. Es hatte sich damals zum xten Mal bestätigt, diesmal durch eine Studio des Büros Basler (pikanterweise vom luxemburger Staat beauftragt), dass die zu erwartenden Schäden am Grünewald nicht zu kompensieren seien. Im Anschluss an eine perfide Kampagne seitens einiger Journalisten, welche die berechtigten Einwände der Naturschützer gegen die geplante Trassierung mit Hass Tiraden grüner Fundamentalisten, Ökoterroren u.ä. gleichsetzten, mussten die Grünewaldfürsprecher aufgeben.

Wo sind sie nun all diese einfältigen Schreiberlinge, Mobilitätsverkäufer und sonstigen Kulturirrlichter aus den Nordkantonen, welche den nahenden Untergang des Öslings nur durch den möglichst raschen Bau der Nordautobahn abzuwehren glaubten? Wer von diesen rot-weiss-blau gegürteten Würdenbolde und anderen "local heroes" möchte noch an ihren "Heemechtauftritt" vor der Abgeordnetenversammlung erinnert werden?

Vergessen all die Trickereien eines R.G., ehemaliger Bautenminister, dessen Namen hier nicht genannt werden wird, da er als typischer Vertreter seiner Gilde, bereits einen schlechten Leumund einer Nichterwähnung vorzieht. Vergessen, dass dieser sogenannte Verantwortliche nie die Verantwortung für diese Fehlinvestitionen übernehmen wird, es sei denn, er erführe die Abschiebung ins reich besoldete Strasburger Exil als Sondermüllentsorgung. Vergessen das Versprechen, gleichzeitig mit dem Bau der Nordautobahn einen leistungsfähigen öffentlichen Transport zu entwickeln.

Geblichen ist nur ein ein irrsinniges Bauprojekt dessen Fertigstellung vorerst nicht zu erwarten ist, eine riesige Staatsverschuldung für ein erwiesenermaßen unsinniges Verkehrsprojekt, ungelöste Verkehrsprobleme mit den üblichen Staumeldungen, ein zerstörter Grünewald...

Wie in einer absurden Endlosschleife erheben sich dann auch wieder neue Herolde für neue (die üblichen!!!) Umgehungsstraßen, mit Erweiterung der Kampfzone, sprich West-Tangente und Schließen des Autobahnringes rundum Luxemburg-Stadt.

## Aus ein 1 mach 2!

Ironischerweise wurde der Grünewald mittlerweile zur Habitatzone als schützenswerter Lebensraum deklariert. Eigentlich sind es gleich 2 Schutzgebiete geworden, eines östlich und eines westlich der Autobahn. So lässt sich die Zahl der Schutzgebiete einfacherweise erhöhen. Außerdem wurden zur Beruhigung des schlechten Gewissens eine ganze Menge von sogenannten Kompensierungsmaßnahmen abgesegnet ("eng Ploscheer op en hólzent Been") (siehe Kasten).

Diese Maßnahmen sollten bis 2007 umgesetzt sein. Blöderweise schreiben wir jetzt bereits 2006 und nichts ist geschehen. Keine Sorge, eine winzige Gesetzesänderung, so auf die Schnelle, und dann ist man wieder auf der gewonnenen Seite. Irgendwann in den nächsten Jahren sollen sie realisiert werden. Sollte man es jedoch nicht schaffen, na wie wärs mal wieder mit einer neuen Gesetzesänderung. Bereits jetzt ist bekannt, dass der Staat nicht die Flächen zur Verfügung hat um die laut Gesetz vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Hier sind nicht mal die zusätzlich gerodeten Flächen eingerechnet, welche man für den Bau des Autobahnzubringers Kirchberg-Waldhof "vergessen" hatte.



## Auszüge aus dem Gesetz vom 27 Juli 1997 "autorisant le Gouvernement à procéder à la construction d'une route reliant Luxembourg à Ettelbruck" betreffend die Kompensierungsmaßnahmen

"Art. 5. Les mesures compensatoires comprennent:

a) des mesures relatives à la prévention des dangers ou inconvénients pouvant résulter de la construction et de l'exploitation de cette route par rapport au public, au voisinage, au personnel et à l'environnement naturel et humain, dont notamment les mesures de gestion des déchets inertes résultant de la construction de la route ainsi que les mesures de protection phonique, en particulier au lieu-dit "Kleck";

b) des mesures relatives à la protection de la nature et des ressources naturelles, à savoir:

- la compensation par de nouvelles plantations forestières de toutes les surfaces forestières supprimées par la nouvelle route;
- l'aménagement d'une zone humide dans la Vallée de l'Alzette;
- un programme de restitution d'habitats naturels pour la Vallée de la Mamer;
- l'intégration de la nouvelle route dans la Vallée de la Mamer par un réseau de haies et d'arbres;
- un passage à gibier sur la route nationale N11;
- un passage à gibier aux alentours du lieu-dit "Rengelbuer";
- 14 passages souterrains pour petit gibier.

Les détails de ces mesures compensatoires, à l'exception de celles concernant la protection de la santé et le repos des travailleurs, sont arrêtés par un ou plusieurs règlements grand-ducaux, le comité interministériel prévu à l'article 8 de la présente loi demandé en son avis."







Dabei könnte manch einer auf die Idee kommen ganz "originelle Wege" zu beschreiten, als da wären:

- extensive Beweidungsprogramme in den benachbarten, landwirtschaftlich genutzten Flächen
- Visiting-Zentren mit all möglichem Schnick-Schnack ("Bambi-Park") im Grünwald als Ersatz für die Zerschneidung und Zerstörung des größten zusammenhängenden Waldgebietes Luxemburgs.

Deshalb hier noch mal kurz die grundlegenden Überlegungen des Mouvement Ecologique zum Thema Kompensierung des Grünwaldes.

- Zerschneidungseffekte lassen sich, wenn überhaupt, nur durch Auflösung bestehender Barrieren kompensieren. Erinnern wir an unsere diesbezügliche Forderung, die Straßen Dommeldange-Staffelter bzw. Senningerberg-Waldhof, zu renaturieren und nur mehr für den Forstbetrieb zuzulassen.
- Kompensierungen dürfen nicht auf Kosten von landwirtschaftlichen Betrieben gehen. Ausgenommen sind hier langfristig ökonomisch abgesicherte Betriebspläne auf freiwilliger Basis, schließlich sind Waldökosysteme auch auf Jahrhunderte ausgelegt.

- Ein Managementplan für das zukünftige FFH-Gebiet Grünwald ist keine Kompensierungsmaßnahme für den Autobahnbau.
- Es gilt bestehenden Kompensierungsmaßnahmen, z.B. Anzahl der Wildbrücken, Unterführungen... , zu überprüfen.
- Überprüft werden sollten ebenfalls die zu kompensierenden Schäden. Erinnern wir nochmal an die bereits erwähnten "Verdrängten" Waldflächen für den Zubringer ab Kirchberg zur Nordautobahn. Was für ein Pech, nicht wahr! Nie käme hier jemand auf die Idee den "Verantwortlichen" eine böse Absicht oder Inkompetenz zu unterstellen. Aber vielleicht wurde noch so manches vergessen?

Bleibt nicht mal der Trost, dass die im voraus angekündigten Probleme der Naturschützer bislang alle eingetroffenen sind. Dies ist nun wirklich keine Kompensation für die Zerstörung eines wertvollen Waldökosystems. Genauso wenig wie die Tatsache, dass leider anscheinend nur die Vertrauensseligkeit der Wähler in die Wahlversprechen der Politik und die Dummheit unendlich sind.

Rosch

P.S. Mittlerweile kursieren bereits Überlegungen bei so manchen dieser vermeintlichen Verantwortlichen, der Autobahnbau durch den Grünwald sei ja eigentlich bereits kompensiert um nicht zu sagen überkompensiert. Schließlich wurden all diese Tunnel der Nordautobahn, der sogenannten Ökovariante (dixit Tricky Dicky in seinen Glanzstunden) extra zu dem Zweck gewählt, damit die Schmetterlinge ungestört in freier Wildbahn herumtaumeln dürfen. Dabei stehen jedoch ausschließlich technische Überlegungen für die Untertunnelierung an, schließlich sind hier enorme Höhenunterschiede zu bewältigen und dies sowohl bei der Querung des Steinseler Plateau, wie auch beim Anstieg zum Grünwald. Dies sind die wahren Gründe weshalb sich die Autofahrer tief unten im Dunkel des Berges ihrem Ziel entgegen quälen müssen, derweil an der sonnigen Oberfläche schleimige Kröten sich in den Pfützen wälzen. Auch Wildbrücken sind im eigentlichen Sinn keine Kompensierungsmaßnahme für die Durchtrennung der Wildwechsel, sondern ein Schutz der Autofahrer vor Unfällen und entsprechend aufzulisten.





# IVL und Landesplanung: Vom Papiertiger Grundlage für

*Derzeit werden die wichtigen sektoriellen Pläne – welche die Entwicklung in den Bereichen "Mobilität" – Wohnen – Aktivitätszonen – bestimmen sollen, im "stillen Kämmerlein" von den Ministerien erstellt. Hier ist mehr Transparenz und Beteiligung erforderlich – nur so werden die Pläne Akzeptanz bei allen Akteuren finden, nur so können sie auch eine ausgewogene Orientierung erhalten.*

Im März 2004 hat die vorherige Regierung das "integrative Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept" (IVL) vorgestellt.

Die Aufgabe des IVL bestand bekanntlich darin "zu untersuchen wie in Zukunft die Siedlungsstruktur, das Pendleraufkommen und die Verkehrsinfrastruktur entwickelt und gut aufeinander abgestimmt werden können". Ziel dabei war u.a. auch "den Anteil des öffentlichen Transports von heute 12 Prozent auf 25 Prozent im Jahre 2020 zu steigern, die Siedlungsstruktur so weiterzuentwickeln, dass sie zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung beiträgt und den Landschaftsverbrauch zu reduzieren." (IVL-Kurzfassung)

Die jetzige Regierung ist mit einem äußerst hohen Anspruch an die Landesplanung bzw. die Umsetzung des IVL-Konzeptes angetreten. Neben einer breiten öffentlichen Diskussion über das Konzept, sieht das Koalitionsabkommen im Hinblick auf dessen Konkretisierung u.a. folgende Instrumente vor:

- Regionalpläne (d.h. Entwicklungskonzepte für die verschiedenen Regionen);
- sektorielle Pläne in den Bereichen Wohnen und Bauen, geschützte Landschaften, Transport bzw. Aktivitätszonen sowie
- Schlüsselprojekte wie z.B. den Entwicklungsplan "Nordstad", neuen Wohnraum im Süden in Abstimmung mit dem öffentlichen Transport, einen "Regionalpark" zur Gestaltung der "zone verte interurbaine" u.a.m.

Nach knapp 2 Jahren lohnt es sich – im Vorfeld der Debatte in der Abgeordnetenkammer über die Umsetzung des IVL – eine Zwischenbilanz zu ziehen, was erreicht wurde und was nicht, sowie aus der Sicht des Mouvement Ecologique konkrete Vorschläge auf den Tisch zu legen.

Reichen die heutigen Initiativen um den Zielen der Landesplanung bzw. des IVL-Konzeptes gerecht zu werden?

## 1. Durch konkrete gemeinsame Projekte Akzeptanz für neue Wege und Strukturen schaffen

Das Innen- und Landesplanungsministerium wirbt derzeit vor allem für neue Gemeindefusionen: von Gemeindefusionen über die sog. "communauté de communes" (die obligatorisch für Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohner würde und fakultativ für die anderen) sowie die "communauté urbaine" (die obligatorisch für die Agglomerationen Luxemburg, Esch sowie "Nordstad" würde) als Instrumente einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit.

In diesem Zusammenhang geht die Rede von Einrichtungen öffentlichen Nutzens, den sog. EPCI ("établissements publics de coopération intercommunale") bzw. ECPR ("établissements publics de coordination régionale").

Der Mouvement Ecologique unterstützt grundsätzlich die Idee einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit, dies umso mehr als es der Mouvement Ecologique war, der

- vor Jahren die Schaffung der Naturparke als Entwicklungsinstrument der Landesplanung konkret mitbegleitete;
- zu Zeiten, als nur am Rande von der "Nordstad" gesprochen wurde, in diesem Bereich aktiv war bzw. für eine Struktur wie den "ProSud" eintrat;
- eine Harmonisierung der Bebauungspläne auf regionaler Ebene z.B. im Alzettetal forderte.

Und doch: neue Gemeindefusionen können nur dann gelingen, wenn die notwendige Akzeptanz dafür vorhanden ist. Dies scheint im Moment – quer durch alle politischen Parteien hindurch, aber auch in einem "conseil supérieur de l'aménagement du territoire" – nicht der Fall zu sein, dies u.a. wohl auch wegen der fehlenden demokratischen Legitimität der neuen Strukturen.

Angesichts dieser Tatsache und auch der drängenden Probleme vor Ort, erscheint die Prioritätensetzung somit eher problematisch und kann dazu führen, dass angesichts begrenzter Mittel des Innen- und Landesplanungsministeriums die wirklich wichtigen Dossiers nicht mit der notwendigen Schlagkraft angegangen werden können.



Der Begriff "IVL" wird z.T. regelrecht missbraucht: jeder interpretiert dieses Dokument nach seinem "gusto". Überdimensionierte Siedlungen? IVL-konform! Nicht angepasste Bauweise an den ländlichen Raum? IVL-konform! Dieser Missbrauch, der letztlich die Glaubwürdigkeit des Dokumentes untergräbt, kann nur durch objektive Kriterien verhindert werden.



**Les jardins de Roeserbann – Références IVL**

**Références IVL**

Le projet - Les jardins du Roeserbann - a été élaboré suivant recommandations de IVL.

- "Die Ausweisung neuer Flächen sollte in erster Linie entlang des Büfens erfolgen, um die Siedlungsentwicklung besser auf den öffentlichen Verkehr abzustimmen."
- "Um die bestehenden Infrastrukturen besser zu nutzen, ist es wichtig, wo die bestehenden Infrastrukturen des Landes im Sinne des IVL, neu zu planen. Dies bedeutet im Bereich der Siedlungsentwicklung im Wesentlichen eine höhere Verdichtung der Siedlung, eine verstärkte Innenentwicklung und eine höhere Mobilität ausbauen: Flächenentwässerung ist geeigneter Standort. Die Entwicklung der Siedlungsflächen ist dabei in Vögelung mit landschaftlichen ÖPNV-Achsen zu betreiben."

**IVL** | Un concept intégré des transports et du développement spatial pour le Luxembourg

- Ministère de l'Énergie - DATRI
- Ministère des transports
- Ministère des travaux publics
- Ministère de l'agriculture

© Les jardins de Roeserbann - <http://www.lesjardinsroeserbann.lu/>

# zur politischen Zukunftsgestaltung

Statt mittels immer neuer theoretischer Konzepte und Absichtserklärungen Gemeinden und Gemeindeverantwortliche für eine stärkere Zusammenarbeit gewinnen zu wollen, gilt es vielmehr mittels konkreter Projekte Gemeinden und Regionen an eine verstärkte Zusammenarbeit heranzuführen und somit ggf. auch neuen Strukturen eine Chance zu geben.

Statt einer "Politik von oben herab" müsste das Motto vielmehr lauten:

**Regionale Zusammenarbeit Schritt für Schritt entstehen und wachsen lassen durch eine Kooperation in konkreten Projekten oder: Statt zu erwarten, aus neuen Gemeindestrukturen würde eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit erwachsen – sich durch konkrete gemeinsame Projekte auf neue Strukturen hinbewegen.**

Diese Vorgehensweise hätte zudem den nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass derart auch aktuelle Probleme weitaus effizienter gehandhabt werden könnten. Immerhin würden über diesen Prozess die Gemeinden offensiver in die Planung eingebunden – bei heute anstehenden Projekten könnte man bereits im Konsens langfristige Konzepte vorwegnehmen.

"Akzeptanz schaffen mittels konkreter Projekte" statt immer neuer "theoretischer Konstrukte": dies ist die Kernthese des vorliegenden Dokumentes, konkrete Instrumente in diesem Sinne werden benannt.

## 2. Zukunftsplanung: pragmatisch und demokratisch angehen

### 2.1. "Sektorielle" Planung in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Aktivitätszonen und Landschaftsschutz: statt "im stillen Kämmerlein", Zusammenarbeit mit Akteuren!

Von besonderer Bedeutung für die zukünftige Landesplanung sind die bereits erwähnten "sektoriellen Pläne". Derzeit werden diese – abgesehen von jenem betreffend die geschützten Landschaften, wo eine gewisse Transparenz gegeben ist – de facto "im stillen Kämmerlein" erstellt. Dabei wäre es dringend geboten, dass die verschiedenen verantwortlichen Ministerien – Wohnungsbau-, Wirtschaft- und Transport- – gemeinsam mit dem Innen- und Landesplanungsministerium für die größtmögliche Transparenz sorgen würden.

Dies setzt folgende Vorgehensweise voraus:

#### Statt einer Planung "von oben herab"...

- Betroffene nationale Akteure, aber z.T. auch Gemeinden, werden nicht oder kaum eingebunden: so entsteht das Gefühl einer Landesplanung "von oben herab". So als ob der Staat zwar für eine Kooperation mit Akteuren eintreten würde, "vorher" aber noch schnell die wichtigsten Entscheidungen über die sektoriellen Pläne getroffen

werden sollen. Wie sollen Gemeinden für neue Wege gewonnen werden, wenn die heutige Planung in der Praxis vielfach ohne sie erfolgt? Wie sollen Gemeinden Vertrauen darin haben, dass der Staat sie auch tatsächlich als gleichberechtigte Partner erachtet?

- Ein anderes erhebliches Problem ist das heutige Auseinanderklaffen von theoretischen Ansprüchen und der Praxis. Während in Verwaltungen die schönsten Ideen entwickelt werden, geht die Entwicklung vor Ort weiter. Wenn noch Jahre an der Theorie gearbeitet wird, ist sie vor Ort längstens von der Realität überholt. So müssen aufgrund des neuen Gesetzes die kommunalen Bebauungspläne (PAG) überarbeitet werden, ohne dass der notwendige Rahmen auf regionaler Ebene vorliegt... Nur mittels einer verstärkten Partizipation aller Akteure kann gewährleistet werden, dass langfristige Konzepte bereits heute einen Niederschlag in der aktuellen Politik finden.

- Und nicht zu vergessen: Akzeptanz für Projekte schafft man nur durch Partizipation. D.h.: soll die Gefahr reduziert werden, dass die sektoriellen Pläne nachher von Akteuren in Frage gestellt werden resp. soll gewährleistet werden, dass sie auch wirklich breit getragen werden, so müssen sie in einem gewissen Konsens mit betroffenen Akteuren erstellt werden. Eine Erstellung "von oben" auf jeden Fall wird deren Akzeptanz massiv in Frage stellen.





*Statt den Schwerpunkt darauf zu legen, die Gemeinden über die Theorie für neue Wege der Zusammenarbeit gewinnen zu wollen, sollte das Innenministerium über konkrete Projekte und finanzielle Anreize die Gemeinden schrittweise an die Zusammenarbeit heranführen*

### ... Akzeptanz schaffen durch Beteiligung an Planungsprozessen

Der Staat hat selbstverständlich eine besondere Verantwortung bei der Planung in Bereichen wie Wohnen, Transport, Landschaft und Aktivitätszonen. Ihm obliegt es – in Zusammenarbeit mit nationalen Akteuren der entsprechenden Bereiche – einen Vorentwurf zu erstellen und diesen – im Vorfeld der vom Landesplanungsgesetz vorgesehenen Prozeduren – auf regionaler Ebene u.a. mit den Akteuren vor Ort zu diskutieren.

Dies bedeutet im Klartext:

- Die betroffenen **nationalen Akteure**, die das Konzept der Pläne mit tragen müssen, sollten von vornherein mit in die Erstellung eingebunden werden.
- Nur wer einen Prozess begleiten konnte, ist bereit nachher auch die Resultate mit zu tragen. Nur wenn die Akteure eingebunden werden, wird wohl auch ein "ausgewogenes" allen Überlegungen tragendes Dokument entstehen. Entsprechend sollten Interessenvertretungen (von Akteuren im ökonomischen Bereich für den sektoriellen Plan "Aktivitätszonen" bis zu Nicht-Regierungsorganisationen) den jeweiligen Begleitgruppen angehören, ebenso wie eine nationale Vertretung der Gemeinden.
- Gemeinsam mit den Akteuren gilt es dann die Ziele der diversen Pläne zu diskutieren: Was soll wie erreicht werden? Welche Vorgaben sollen im Plan einfließen? Beispiel: Welcher Anteil von

neuen Aktivitätszonen sollte an den schienengebundenen öffentlichen Transport angebunden werden? In welchen Regionen des Landes besteht welcher Bedarf nach weiteren Zonen?

- Leitbilder und wichtige Zwischenresultate der Planungen müssen mit den Akteuren besprochen werden.
- Und nicht zuletzt gälte es in einer Endphase die Pläne auch regional vorzustellen und den Gemeinden der verschiedenen Regionen zur Debatte vorzulegen (bzw. den bereits bestehenden Regionalsyndikaten, wie dem ProSud).

### Freihalten von "Korridoren" oder aktive Politikgestaltung?

Unklar und umstritten scheint derzeit auch die aktuelle Zielsetzung der sektoriellen Pläne: Geht es hier – am Bsp. des sektoriellen Planes "Transport"

- im Sinne einer eher klassischen Landesplanung – also rein räumlich gesehen – darum **Flächen für eine spätere Nutzung "frei zu halten"**, also um Korridore z.B. für Straßen oder Bahntrassen für die Zukunft oder
- im Sinne einer dynamischen Landesentwicklung über die rein räumlichen Aspekte hinaus um die **Organisation eines optimalen integrativen Transportkonzeptes** in Absprache mit der Entwicklung anderer Kernbereiche, wie der Siedlungsentwicklung, von Aktivitätszonen?

Für den **Mouvement Ecologique** kommt – im Sinne einer Umsetzung des IVL-Konzeptes – nur die zweite Variante in Frage.

### 2.2. In Stufen zu einer realitätsnahen regionalen Zusammenarbeit und Regionalentwicklung

Die gleichen Anmerkungen wie für die sektoriellen Pläne gelten – in leicht abgeänderter Form – ebenfalls für die Erstellung von Regionalplänen.

Es geht auch hier um die **politische Akzeptanz einer verstärkten Zusammenarbeit auf regionaler Ebene**. Regionalpläne sind dabei kein Selbstzweck, sondern ein Instrument in dieser Hinsicht.

Es geht deshalb letztlich nicht um enzyklopädische Planungsentwürfe, sondern um die Diskussion zentraler Weichenstellungen für die Zukunft einer Region, um Antworten auf die drängenden Probleme und um eine Identifizierung mit einer gemeinsamen regionalen "Zukunft" zu finden. Es gilt somit den Anspruch von vornherein klar zu definieren: dieser Anspruch kann sehr wohl von Region zu Region verschieden sein.



## Konkrete Beispiele zeigen den Weg

### Fallbeispiel "Kordall"

Die "Kordall"-Studie (Gemeinden Differdingen, Bascharage, Petingen und Sassenheim) zeigt, dass ein solches Vorgehen ggf. leichter und effizienter erfolgen kann, wenn es in einem überschaubaren regionalen Rahmen erfolgt, wo die einzelnen Akteure sozusagen eine spontane Tendenz haben zusammen zu arbeiten. Im Kordall-Projekt wurde u.a. der Entwurf einer gemeinsamen regionalen Gewerbezone erstellt.

### Fallbeispiel Agglo-Lux

Der "programme directeur" der Landesplanung sieht vor, dass die Region Zentrum sehr weiträumig gefasst ist. Da aber – wie bereits erwähnt – die Problemstellung eine ganz andere für z.B. Gemeinden im Alzettetal und jenen im Südwesten des Landes ist, bietet sich hier eine pragmatische Vorgehensweise an. Die Gemeinden im Süd-Westen haben in Absprache mit dem Innen- und Landesplanungsministerium festgelegt, dass sie an erster Stelle gemeinsame Lösungen für ihre Entwicklung, vor allem auch auf der Ebene der Parkraum-Bewirtschaftung, finden wollen. Hier erfolgt eine Zusammenarbeit orientiert an der Praxis, die sicherlich Früchte tragen wird.

### Statt einer Aktivitätszone "Grass" – eine regional sinnvolle Lösung!

Innen- und Landesplanungsminister J.M. Halsdorf hat deutlich zu verstehen gegeben, dass sowohl er als auch Umweltminister L.Lux nicht gewillt sind, ihr Einverständnis zu einer weiteren Zerschneidung der "zone verte interurbaine" bei Grass zu geben. Vielmehr soll aufgrund einer Untersuchung des Innen- und Landesplanungsministeriums eine regional sinnvolle Aktivitätszone z.B. auf "Wandhaff" entstehen.

Der Mouvement Ecologique begrüßt ausdrücklich die Konsequenz beider Minister in diesem Dossier. Dies ist gelebte Landesplanung, die sicherlich mittelfristig ihre Früchte in bezug auf die politische Bewußtseinsbildung tragen wird. Das Beispiel "Grass" unterstreicht jedoch auch die dringende Notwendigkeit neben einem sektoriellen Plan "Geschützte Landschaften" einen solchen für "Aktivitätszonen" zu erstellen. Letzterer muss auch das Problem von Handwerksbetrieben berücksichtigen, die sich z.T. an ihrem heutigen Standort nicht ausdehnen können. Ob dies tatsächlich beabsichtigt wird, ist derzeit noch unklar!

Der Mouvement Ecologique tritt dementsprechend für folgende Vorgehensweise ein:

#### - **Gemeinden über konkrete Projekte für die regionale Zusammenarbeit gewinnen**

Motto müßte es sein, in Stufen zu einer verstärkten gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit zu kommen. Deshalb sollten im Sinne eines schrittweisen Heranführens in einer ersten Phase gemeinsam Projekte definiert werden, die regional bedeutsam sind z.B. auf kantonal-er Ebene. Beispiel: Entwicklung der Bebauung bzw. des öffentlichen Transportes in der Region Nordstad – oder aber (wie derzeit der Fall) Parkraummanagement in der Region Süd-Westen... wobei letztere Initiative auch stärker auf die Bebauung und Siedlungsentwicklung ausgerichtet werden könnte.

#### - **Zusammenarbeit im kleinen Raum fördern**

Nachbargemeinden kennen häufig ähnliche Probleme. Sie sehen häufig sehr schnell den Nutzen einer gemeinsamen Absprache ein und tun dies sogar teilweise bereits.

Wäre es nicht sinnvoll, ähnlich wie im "Kordall-Projekt" (auf der Grundlage der Direktiven der Landesplanung, des IVL sowie der Vorgaben eines Regionalplanes Süden) Teilkonzepte für den Raum Esch und den Raum Düdelingen zu erstellen und diese anschließend zu einem Ganzen zusammen zu führen?

Sollte man nicht auch dort, wo augenscheinlich Probleme vorliegen, die Gemeinden in einem dynamischen Prozess zusammenführen: Beispiel "Wohnungsbau" innerhalb einer Region?

#### - **Anreize geben: neue Gelder für regionale Projekte vorsehen und bestehende Budgetposten umgestalten**

Es wäre wichtig, wenn spezifische Gelder für die Unterstützung der Gemeinden bei der Erstellung von gemeindeübergreifenden Projekten z.B. in der "Nordstad" zur Verfügung gestellt würden: Für die Erstellung der Studien u.a.m. In diesem Zusammenhang müßten z.T. sicherlich neue Budgetposten geschaffen werden – aber auch bestehende Budgetposten endlich überarbeitet werden: Gelder im touristischen Fünfjahresplan dürfen z.B. nicht länger fast gießkannenartig verteilt werden! Hier dürften spezifische Projekte nur noch dann unterstützt werden, wenn sie regional durchgeführt werden. Dies gilt aber auch für andere Ministerien: vom Transport bis zur Kultur.

Übrigens: ein recht rezentes positives Beispiel stellt die Kooperation zwischen Staat und Gemeinden im Naturschutz dar. Hier greift das Umweltministerium jenen Gemeinden, die gemeinsam mit anderen eine Initiative ergreifen, stärker finanziell unter die Arme.



*Warum bei der regionalen Zusammenarbeit nicht pragmatischer vorgehen: statt eines regionalen Planes für den gesamten Süden, zunächst jene Gemeinden, die gemeinsame Anliegen haben für eine gemeinsame Absprache ihrer Entwicklung gewinnen. Z.B. im Raum Kayl – Düdelingen bzw. Esch – Monnerich sowie Kordall.*



### - Akzeptanz für Regionalplanung durch Partizipation

Das Beispiel der Regionalkonferenz im Süden, die 1999 über die zukünftige Gestaltung der Süd-Region stattfand, hat das hohe Interesse von Politikern und Zivilgesellschaft aufgezeigt, das durch eine - professionell moderierte - Beteiligung erreicht werden kann. So gesehen, ist eine Diskussion über Zukunftsfragen mehr als (nur) die Erstellung eines technischen Planungsdokumentes durch ein Studienbüro, sondern eine Frage der Mobilisierung der "forces vives" einer Region. Hier steht sicherlich das SAUL-Projekt ("Stadtlandschaften") in der Region Süden z.T. beispielhaft für eine gelungene Kooperation zwischen Ministerium, Gemeinden und lokalen Akteuren.

Der Mouvement Ecologique ist überzeugt, dass diese Vorgehensweise als Win-Win-Strategie anzusehen ist, da einerseits eine gut funktionierende Kooperation das "gemeindeübergreifende / regionale Denken" fördert, somit eher zu Gemeindefusionen führen kann und andererseits durch eine effizientere Arbeitsweise öffentliche Gelder eingespart werden können.

### 3. Theorie und Praxis verknüpfen: Bewährungsprobe von IVL und Landesplanung am Fallbeispiel Wohnungsbau

Der anhaltende Druck auf dem Wohnungsmarkt und die Nachfrage nach sozial erschwinglichen Wohnungen stellen ohne Zweifel eine der größten politischen Herausforderungen der heutigen Politik dar.

Dies jedoch nicht nur aus der Sicht einer sozial ausgerichteten "politique de logement". Die Art und Weise, wo und wie neuer Siedlungsraum in den Gemeinden und Regionen mobilisiert wird, wird letztlich zur Nagelprobe des IVL-Konzeptes und der Landesplanung werden.

Die Probleme vor Ort in den Gemeinden sind in der Tat unverkennbar. In den vergangenen Jahren wird der Begriff "IVL" in fast inflationärer Form für äußerst problematische Projekte ge- oder vielmehr mißbraucht, so wie es scheinbar gerade passt. Nach dem Motto: irgendwie lässt sich schon eine Aussage des IVL im Sinne des Projektes auslegen. In Ermangelung einer Orientierung

durch regionale bzw. sektorielle Pläne scheint in der Tat das IVL einen Schlupfwinkel für jedwedes Projekt zu bieten...

#### Fallbeispiel "Les jardins du Roeserbann"

Bei diesem überdimensionierten Projekt wird von den Autoren angeführt, das Lotissement sei konform zum IVL u.a. aufgrund seiner Anbindung an einen Bahnhof, neuer Bauformen usw.. Außerdem stelle eine verdichtete Bauweise eines der Ziele des IVL dar.

Das Programm der Landesplanung geht jedoch davon aus, dass es sog. "zentrale Orte" (CDA) gibt, die sich stärker entwickeln sollen als andere. Dies macht in der Tat Sinn, weil an diesen Orten entsprechende soziale, kommerzielle und kulturelle Infrastrukturen vorhanden sind. Das Bevölkerungswachstum sollte in der Tat im Sinne einer "décentralisation concentrée" zu einem großen Teil auf diese Orte kanalisiert werden. Sonstige und vor allem ländliche Gemeinden, sollen - wie im IVL-Konzept vorgesehen - auf eine sog. Eigenentwicklung setzen d.h. nur mäßig in ihrer Bevölkerungszahl anwachsen, in einem für sie verträglichen Maß.

Ein Bevölkerungswachstum, wie es mit dem Roeser-Projekt angestrebt wird, widerspricht somit den Ansprüchen der Landesplanung und den IVL-Vorgaben - was aber die Autoren des Projektes nicht verhindert sich auf das IVL-Konzept zu berufen!

#### Schaffung neuen Wohnraumes - im Respekt von IVL und Landesplanung?

Die in der Rede des Premierministers zur Lage der Nation angekündigten Maßnahmen im Wohnungsbaubereich könnten ggf. dazu führen, dass das IVL-Konzept sogar weiter unterlaufen wird.

Wir zitieren: *"De Staat ass prett alle Gemengen eng substantiell finanziell Ënnerstetzung zoukommen ze lossen, déi sech duerch eng Konventioun mat him engagéieren, Wunnensbauentwécklungspläng opzestellen. Dës Wunnensbau-entwécklungspläng sollen et erméiglechen hir Awunnerzuel innerhalb vun 10 Joer ëm méi wéi 15 Prozent wuessen ze lossen. Si sollen et erméiglechen, datt d'Gemengen d'Baulanderschleissung méiglechst séier a méiglechst preisgënschteg realiséieren. Mécht eng Gemeng mat, am Kader vu sou engem Wunnensbauentwécklungspläng, da kritt se 4.500 Euro Kapitalhëllef vum Staat fir all supplementären Awunner.*

*Déi Gemengen, deenen hir Entwécklung laut IVL prioritär ass, an déi bereet si gréisser zesammenhängend Arealer z'erschleissen a méi dicht bebauen ze lossen, déi kréien eng staatlech Bähëllef déi 50% méi héich läit wéi déi virdu beschrivven."*

Das Primat der Landesplanung bzw. die Philosophie des IVL-Konzeptes den "zentralen Orten" in ihrer Entwicklung Vorrang zu geben, läuft Gefahr durch die angekündigte, eher gießkannenartige Verteilung von Geldern im Wohnungsbau-Bereich z.T. unterlaufen zu werden.

Auch der Anspruch der Landesplanung die Funktionen "Wohnen", "Arbeiten" und "Transport" aufeinander abzustimmen bzw. das "modal split", d.h. den Anteil des öffentlichen Verkehrs spürbar zu erhöhen, könnte durch diese Vorgehensweise in Frage gestellt werden.

Die sektoriellen bzw. regionale Pläne sollten theoretisch ein kohärentes Ineinandergreifen der verschiedenen Kernbereiche der Landesplanung gewährleisten: auf diese Weise wollte die Politik endlich Schluss machen mit einer unkoordinierten Siedlungsentwicklung. Die integrative Verkehrs- und Landesentwicklung könnte de facto durch die gewählte Form der Subventionspolitik im Wohnungsbau definitiv ad absurdum gebracht werden. Es ist für den Mouvement Ecologique unverständlich, wieso das Innen- und Landesplanungsministerium sein Einverständnis zu diesem Vorgehen geben konnte.

Die auf die Gemeinden bei neuen Einwohnern zukommenden Infrastrukturkosten, sind sicherlich ein Faktor, der eine Entwicklung der Gemeinden zum Teil hemmen kann. Doch bei weitem nicht der einzige und auch nicht unbedingt der wichtigste. Nach Ansicht des Mouvement Ecologique kann nur dann eine Entkrampfung der Situation gefunden werden, wenn ALLE Probleme angegangen werden, die derzeit einem verstärkten Wohnraumangebot zuwiderlaufen.

Und hier führt das IVL selbst Probleme an, die derzeit nicht oder nur ungenügend in Angriff genommen werden. Zitat:

*"Zusammenfassend betrachtet sind heute bereits 6300 Hektar Flächen für die Entwicklung in den PAG vorgesehen. Dies entspricht etwas 2,4% der Fläche Luxemburgs respektiv 31% der derzeitigen Siedlungsfläche. 60% der ausgewiesenen Flächen sind für Wohnen vorgesehen, 28% für Industrie, Gewerbe und Dienst-*





Es werden Menschen gebraucht um die Regionalentwicklung voranzubringen. Deshalb sollten die Regionen Gelder erhalten, wenn sie Personal für das Ergreifen von gemeinsamen Initiativen anstellen möchten.

leistung sowie 12% für sonstige Nutzungen. ...Man kann von einer Mobilisierungsrate von etwa 60% ausgehen. Untersuchungen der heutigen Siedlungsstrukturen haben gezeigt, dass im Bestand auch noch Reserven liegen: 8-12% der heute bebauten oder brachliegenden Wohn-, Misch- und Kernflächen könnten durch Umbau und Nachverdichtung intensiver genutzt werden." (Auszug Zusammenfassung IVL-Konzept)

Die Frage der Mobilisierung bestehenden Baulandes stellt somit eine der zentralen Herausforderungen dar; in der Rede zur Lage der Nation wurde diese jedoch nur begrenzt angesprochen! Im Gegenteil: es ist zu befürchten, dass nunmehr zwar teilweise neues Bauland erschlossen wird, dieses aber erneut nicht in dem wünschenswerten Ausmaß zur Bebauung freigegeben wird. Dies könnte bedeuten, dass aufgrund der angekündigten Maßnahmen die Bauperimeter ausgeweitet werden und so die IVL-Prinzipien (Innenverdichtung vor Außen-Entwicklung) missachtet würden.

Nur eine Konkretisierung des IVL-Konzeptes - im Sinne eines schnellen Erstellens des sektoriellen Planes "Logement" - kann verhindern, dass lobenswerte Initiativen auf dem Wohnungssektor landesplanerische Absichten in Frage stellen. Dies kann nur - neben den langfristigen Instrumenten der sektoriellen und regionalen Pläne - dadurch erfolgen, dass man sich überlegt, welche Hemmschwellen heute eine stärkere Entwicklung auf dem Wohnungsbauemarkt verhindert haben. Hier sieht der Mouvement Ecologique folgende Ansatzpunkte:

### Der Mouvement Ecologique plädiert für folgende Instrumente:

#### Wohnraum prioritär auf regionaler Ebene erschließen

Das Innen- und Landesplanungsministerium sieht nunmehr vor, Konventionen ("Wohnungsbauentwicklungs-Konzepte") zur Umsetzung der vom Premier angekündigten finanziellen Maßnahmen mit allen Gemeinden umzusetzen. Der Mouvement Ecologique ist hierbei der Überzeugung, dass:

- die Gelder nicht gießkannenartig verteilt werden dürfen, sondern in stärkerem Ausmaß an Landesplanungskriterien gekoppelt werden müssen. Dies bedeutet, dass
  - + ein IVL- und landesplanungskonformer Entwurf vorgelegt werden sollte, in welchem das Innen- und Landesplanungsministerium darlegt, welche weitere Bebauung in welchen Gemeinden / Ortschaften bzw. in welchem Zeitraum prozentual als sinnvoll erachtet wird;
  - + vor allem aber diese "Wohnungsbauentwicklungs-Konzepte" im regionalen Zusammenhang gesetzt werden müssen. Erfolgt dies nicht, so bedeutet dies letztlich das Ende jedweder Regionalplanung!

Die Verteilung der Gelder sollte dann auch an die Konformität mit diesen Kriterien gekoppelt sein.

- Zudem sollten die Grundelemente einer "Basis-Konvention" öffentlich diskutiert werden.

#### Akzeptanz für flächensparen des Bauen schaffen

Ebenso ist nach wie vor unklar, was "angepasstes" Bauen im ländlichen oder aber im städtischen Bereich bedeutet. Hier gilt es seitens der "commission d'aménagement" eine Liste mit objektiven Bewertungskriterien zu veröffentlichen.

Darüber hinaus ist es notwendig, modellhafte Pilotprojekte für wünschenswerte Bauformen von morgen durchzuführen. Denn nach wie vor wird flächensparendes Bauen noch häufig als weniger lebenswert erachtet, ein "Cliché", das in anderen Ländern längstens behoben werden konnte. Ja im Gegenteil: hier wurden die zahlreichen Vorteile dieser Bauformen sichtbar gemacht.

#### Instrumente zur Mobilisierung von Wohnraum entwickeln

Hier gilt es Nägel mit Köpfen zu machen und sich bewusster der Frage zu stellen, warum - obwohl in den Flächennutzungsplänen noch sehr erhebliches Bauland verfügbar ist - dieses nicht für die Bebauung mobilisierbar ist.

Es muss endlich geklärt werden, in wiefern die Einführung einer Spekulationssteuer, die Reform der Grundsteuer oder eine Reklassierung von nicht mobilisierbarem Bauland sinnvolle Instrumente in dieser Hinsicht darstellen und diese Instrumente - nachdem sie teilweise seit mehreren Legislaturperioden im Koalitionsabkommen auftauchen - auch endlich umsetzen. Dies gilt auch für die Vermeidung eines Missbrauches von Wohnraum für andere Zwecke bzw. für leer stehende Wohnungen bzw. die Umnutzung von Baubestand.

Die vom Wohnungsbauministerium angekündigten Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang begrüßenswert und sollten kurzfristig einer Umsetzung zugeführt werden.



## Landesplanung braucht auch eine Kommunikationsstrategie

Es ist offensichtlich, dass in der Bevölkerung ein großes Informationsdefizit hinsichtlich den Objektivitäten einer nachhaltigen Landesplanung besteht. Häufig überwiegt der Eindruck von Einschränkung oder Verzicht an Lebensqualität, wie z.B. durch kleinere Wohnungen, eingeschränkte (Auto) Mobilität usw.

Das Innenministerium hat es bis heute verpasst die positiven Aspekte einer nachhaltigen Landesplanung der breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Der Mouvement Ecologique schlägt vor, kurzfristig eine Kommunikationsstrategie mit den Kernthesen auszuarbeiten und diese gezielt an die Bevölkerung zu vermitteln sowie endlich partizipative Prozesse stärker zu fördern.

### 4. Demokratische Legitimität und Investition in Menschen: Voraussetzungen für eine Zukunftsdebatte

Initiativen im Bereich der Landesplanung stehen und fallen mit der Akzeptanz, die sie bei Gemeinden und BürgerInnen finden.

Für den Mouvement Ecologique bleiben folgende Elemente von vorrangiger Bedeutung:

#### Neue Strukturen brauchen eine demokratische Legitimierung

Die vom Innen- und Landesplanungsministerium im Dokument "Concept intégratif pour une réforme territoriale et administrative du Grand Duché de Luxembourg" in Vorschlag gebrachten Strukturen sehen bei Gemeinden unter 3000 Einwohnern u.a. eine Delegation von Kompetenzen der Gemeinden an eine "communauté de communes" vor. Dazu würde in obligatorischer Weise die Raumplanung gehören ("l'aménagement de l'espace avec transfert des services techniques correspondants et de la gestion des zones d'activités économiques") sowie zwei von vier weiteren Kompetenzen (Schulorganisation und -infrastruktur, Sportsinfrastruktur, Unterhalt des Wegenetzes sowie Versorgungsinfrastrukturen). Des Weiteren wird auf regionaler Ebene sogar ein "établissement public" vorgeschlagen.

Diese Vorgehensweise würde ohne Zweifel zu einem erheblichen Defizit führen, besonders in einem so wesentlichen Bereich wie der Siedlungsentwicklung.

Die Rolle der Gemeinderäte würde letztlich auf z.T. nebensächliche Fragen reduziert werden, während wesentliche Fragestellungen aber auf der Ebene der regionalen Strukturen diskutiert und entschieden würden – wobei die Rückkopplung mit der rein kommunalen Ebene unklar bleibt.

Dabei zeigte eine rezente Umfrage des Mouvement Ecologique bei Mitgliedern von Gemeinderäten auf, dass sogar jene Gemeinderäte, die der Majorität im Gemeinderat angehören – jedoch nicht Mitglied im Schöffenrat sind – recht frustriert von ihrer Arbeit waren. Sie hatten den Eindruck, sich nicht genug einbringen zu können. Mit den nunmehr vorgeschlagenen Strukturen würde diese Situation verschärft.

Wesentliche Entscheidungen – so wie im Papier des Innen- und Landesplanungsministeriums angeführt – in ein de facto nicht regional gewähltes und nicht von den Gemeinden kontrolliertes Gremium zu verlagern, wäre nicht hinnehmbar. Hier gilt es andere Wege zu gehen, in denen die demokratische Legitimierung derartiger Strukturen gegeben ist, auch wenn diese ggf. auf den ersten Blick vielleicht etwas langsamer funktionieren. Wäre nicht eine Reform der Syndikatsgesetzgebung ein besserer Weg?

#### Regionalentwicklung braucht Investitionen in Menschen

Das Beispiel der Naturparke – wie auch dasjenige der Leader-Initiativen – zeigt, dass für eine verstärkte Zusammenarbeit auf interkommunaler Ebene, Menschen gebraucht werden, welche diese Prozesse konkret in die Wege leiten, begleiten, moderieren und koordinieren.

- Es ist schlicht undenkbar, dass mit den aktuellen personellen Kapazitäten des Innen- und Landesplanungsministeriums eine solche Zukunftsaufgabe bewältigt werden kann.
- Es ist aber auch nicht hinnehmbar – so wie im Dokument des Innen- und Landesplanungsministeriums skizziert – dass die regionalen Strukturen nicht mit Personal ausgestattet werden sollen, da sie nur Grundsatzentscheidungen treffen sollen.

- Dass die sog. "députés-maires" sowohl kommunal, regional und national aktiv sein können, erscheint im übrigen ebenfalls nicht real.

- Ebenso blauäugig wäre es zu meinen, Bürgermeister könnten ihre Arbeit mit der begrenzten Freistellung noch wahrnehmen.

Deshalb gilt es hier endlich "Nägel mit Köpfen" zu machen, ansonsten riskieren die besten Landesplanungskonzepte zu scheitern: **Es gilt die politischen Strukturen personell aufzuwerten:**

- Das Innen- und Landesplanungsministerium muss personell massiv mit hoch qualifizierten und erfahrenen Fachleuten verstärkt werden.
- Unabhängig von den Entscheidungen, die in Bezug auf zukünftige Gemeindestrukturen getroffen werden, gilt es jetzt schon bestehende Strukturen, z.B. regionale Gemeindefunktionen "à vocation multiple", mit den notwendigen Finanzmitteln zu versehen, um regionale Identität zu schaffen.
- Das Mandat des "député-maire" gehört endlich bei größeren Gemeinden abgeschafft – die Freistellung Gemeindeverantwortlicher muss erhöht werden.



### Information und Beteiligung der BürgerInnen gewährleisten

Regionalentwicklung hat aber auch nur dann eine Chance, wenn Akteure und BürgerInnen eingebunden werden, so u.a. mittels folgender Instrumente:

- Alle Akteure in der Erstellung der Pläne einbinden – größtmögliche Transparenz wahren. Dokumente und Analysen, die Planungsprozessen zu Grunde liegen, müssen in Zukunft allen Interessierten u.a. per Internet zugänglich gemacht werden. Dabei sollte neben den Originaldokumenten jeweils auch eine Kurzfassung vorhanden sein.
- Bürgerforen / Zukunftskonferenzen bei regionalen Planungsprozessen organisieren: Bei Planungsprozessen im Ausland (z.B. Schweiz) werden moderne Moderationsformen eingeführt, um auch die BürgerInnen einzubinden.

### 5. Landesplanung braucht eine klare Kompetenzeinteilung sowie nachhaltige Gemeindefinanzen

Eine Landesplanung ist unweigerlich auch mit der Frage der Kompetenzeinteilung sowie der Gemeindefinanzen verbunden.

Deshalb begrüßt der Mouvement Ecologique grundsätzlich, dass parallel zur IVL-Debatte eine Diskussion über die Kompetenzeinteilung in Gemeinden erfolgt. Hierzu ist aber folgendes anzumerken

- Die Debatte über die Kompetenzeinteilung müßte transparenter gestaltet werden. Warum nicht die Arbeits-Berichte der zuständigen Kommission veröffentlichen? Warum nicht auch die Vorschläge der unterschiedlichen Ministerien zur neuen Kompetenzaufteilung auf der Internet-Seite der Regierung zur Einsicht vorlegen? Warum nicht auch "workshops" organisieren, in denen die betroffenen Akteure eingebunden werden? Man kann sich doch schwerlich vorstellen, dass über eine Reorganisation der Verantwortlichkeiten z.B. im Schulwesen ohne die Betroffenen gesprochen wird? Für Nicht-Mitglieder der Kommission ist derzeit der Stand der Diskussionen nicht nachvollziehbar.
- Es mutet zudem etwas befremdend an, wenn das Innen- und Landesplanungsministerium Reformen für Strukturen vorlegt – neue regionale und interkommunale Ebenen festlegen will – bevor überhaupt die Frage geklärt ist, auf welcher Ebene welcher Bereich am sinnvollsten bearbeitet werden soll. Insofern wäre es dringend notwendig den Prozess über die Frage der Kompetenzen voranzutreiben. Diese Einteilung stellt de facto eine Basis auch für Entscheidungen betreffend neue Strukturen dar.
- Das gleiche gilt für die Gemeindefinanzen. Dass hier dringender Handlungsbedarf gegeben ist, ist wohl unumstritten. Dass aber das Innen- und Landesplanungsministerium – während die Kompetenzfrage nicht geklärt ist – den Obersten Rat von Gemeindefinanzen zusammenruft und diesem dann das Konzept einer Reform der Gemeindefinanzen vorstellt, ist von der Vorgehensweise her nicht nachvollziehbar...

## Gesunde Lebensführung für Haut und Haar

M. D. Buttek  
May  Dötsch  
Naturkosmetik an Naturfrisör  
Tel. 35 92 17

15, rue de Luxembourg  
L-5314 Contern Fax; 35 64 51

Ech sin op:  
Mittwochs: 8:30 - 12:00 14:00 - 20:00  
Donneschtes: 14:00 - 18:00  
Freides: 8:30 - 20:00  
Samschdes: 8:30 - 12:00

Kein Tag ohne wohltuende Düfte und gesunde Raumatmosphäre. 100 % naturreine ätherische Öle dienen Ihrem Wohlbefinden und entspannen. Sie pflegen Körper, Geist, Seele und den Gaumen.



*Ich arbeite mit natürlichen Produkten, Basisfetten und -ölen sowie mit Essenzen und Hydrolater. Ich färbe die Haare mit Pflanzenfarben und -extrakten.*

*Bei mir finden Sie Ruhe zum Stillen Ihres Babys sowie eine Spielecke für Ihre Kinder. In der giftfreien und entspannenden Atmosphäre können Sie sich wohlfühlen.*

**Große Auswahl an naturkosmetischen und Geschenkartikeln:**

Primavera, Martina Gebhard, CULUMNATURA, farfalla, Avalon, Alva, Sodasan, Himalya-Salz, Vielharmonie, Bücher, ODIN, Felge, Duftlampen, -brunnen, -steine, Bade- und Körperöle, Räucherstäbchen, -kräuter und Harze.

Bestellungen für Mischungen aus ätherischen Ölen nach Inge Stadelmann aus den Apotheken in Kempten und Karlsruhe sowie Rosenkugeln für Frauen von Nadja Meffert, Stadtapotheke Baden-Baden.



Sterpenich (B) und Grass (L):



# Fallbeispiele einer verfehlten Raumplanung im pulsierenden Dreiländereck

*"Beindruckend": IKEA direkt angrenzend an die kleine Ortschaft Sterpenich. Weitere Betriebe sollen hier angesiedelt werden. Sicherlich kein Konzept für eine kohärente Landesplanung!*





Der Standort IKEA vor der Bebauung: theoretisch müßte gemäss den Regeln der Landesplanung die Landschaft entlang der Grenze als Naherholung, als sogenannte "zone verte interurbaine" erhalten bleiben



Bekannt ist, dass sich der Mouvement Ecologique und die "Lokalinitiativ Kéinzeg" seit Oktober 2003 im Dossier "Ikea" engagiert haben. Dabei ging es, und dies wurde immer wieder hervorgehoben, nicht nur um den Standort IKEA, nein, es geht um viel mehr. Es geht um eine rücksichtslose überzogene Zersiedlung und Urbanisierung des ländlichen Raums entlang der gesamten belgischen Grenze, im Südwesten des Landes.

Und die schlimmsten Befürchtungen scheinen nunmehr einzutreten. "De Kéisécker" berichtet über die bedenkliche Entwicklung.

### IKEA und Aktivitätszone "Grass" auf Luxemburger Seite, nur die Spitze des Eisbergs

Die 2003 aus einem Zwiegespräch zwischen den Bürgermeistern der Gemeinden Arlon und Steinfort entstandene Idee, die Felder und Wiesen zwischen Sterpenich (B) und Grass (L) in ein mindestens 50 ha großes Gewerbegebiet umzugestalten, scheint nun zumindest teilweise nur allzu schnell Fuß zu fassen.

Während man in Luxemburg nach wie vor gespannt auf die ministeriellen Entscheidungen bezüglich der von der Gemeinde Steinfort in Grass geplanten 24 ha großen Gewerbezone wartet, peitscht die einflussreiche IDELUX<sup>1</sup> als belgische interkommunale Entwicklungsgesellschaft "pour un développement économique durable" ihr fragwürdiges Projekt im benachbarten Sterpenich resolut voran.

### Eine gründlich orchestrierte Entwicklung

Mit der Niederlassung des schwedischen Möbelgiganten an der belgisch-luxemburgischen Grenze, zwischen den Dörfern Sterpenich (B) und Grass (L), gelang dem Arloner Bürgermeister und IDELUX-Vizepräsidenten in der Tat ein wahrer Husarenritt. Obschon man von Anfang an bereits konkret plante, das unmittelbar an IKEA angrenzende und seit gut 30 Jahren brachliegende Flächenpotential kurzfristig für weitere Betriebsansiedlungen zu nutzen, weigerte die Gemeindeführung in Arlon sich hartnäckig, eine logischerweise für den gesamten Gewerbestandort geforderte, globale Impactstudie erstellen zu lassen. Nachdem der schwedische Möbelriese eiligst vollendete Tatsachen geschaffen hat, sorgt er nun für ungebremste Aufbruchstimmung in Arlon und in Stein-

<sup>1</sup> IDELUX: "constituée en 1962, l'Intercommunale pour le développement économique durable de la province de Luxembourg rassemble les institutions provinciales, les communes, les syndicats et plusieurs partenaires privés"

fort. So soll er selbstredend – nach wiederholt praktiziertem Muster im Ausland – als zugkräftige Lokomotive weitere potentielle Interessenten nach Sterpenich anlocken. Ergänzend hierzu versucht die belgische IDELUX [1] schon seit Monaten 8,3 ha angrenzendes Land als Gewerbeflächen zu vermarkten. Um überhaupt an sämtliche für das so geplante Gewerbegebiet benötigten Flächen zu gelangen, wurden bereits 1999 durch ministeriellen Beschluss [2] entsprechende Zwangsenteignungen "pour cause d'utilité publique" angeordnet und auch durchgezogen <sup>2</sup>.

### Die "loi Ikea" und ihre folgenschweren Konsequenzen

Stellvertretend für eine völlig einseitig betriebene Planung, stellt das strittige Gewerbegebiet in Sterpenich als frappantes Fallbeispiel einer rundweg misslungenen Landesplanung unmittelbar an der Landesgrenze sicherlich nur die Spitze des Eisbergs dar. Seit Jahren entsteht entlang der Grenze mit Luxemburg – von Arlon bis nach Mont-St-Martin – in atemberaubendem Tempo ein wahres Meer an Gewerbebezonen mit immer größeren Geschäftsöasen (Hydrion, Ikea, Cora, Factory Shopping, Auchan, usw.), welche allesamt vorrangig die Kaufkraft der in Luxemburg lebenden und dort arbeitenden Menschen anpeilen. Dieser hemmungslose Wildwuchs an unzähligen sich sogar teilweise gegenseitig konkurrenzierenden Geschäftszentren, dieses völlig abstruse Hochrüsten von Einkaufshäusern welche reihum an der Landesgrenze mit Luxemburg andocken, wird spätestens seit 2004 durch ein neues belgisches Gesetz, die so genannte "loi Ikea", sogar noch zusätzlich stimuliert.

Das übrigens auch in Belgien heftig umstrittene Gesetz öffnet den Bürgermeistern in diesem spezifischen Bereich Tor und Angel zu einer weiteren, äußerst bedenklichen Ausdehnung ihrer ohnedies schon weit reichenden Befugnisse. Fern jeglichen Nachhaltigkeitsprinzips werden demnach weiterhin Gewerbebezonen wie Pilze aus dem Boden schießen und allmählich die doch stagnierende Nachfrage sowie die arg strapazierte Kaufkraft in der Grenzregion um das Vielfache übertreffen. Ein irreparabler Zustand, der sich auf die Dauer nicht halten wird, zumal hierzulande die Regierung ein Aufheben des vor wenigen Jahren verhängten 10.000m<sup>2</sup>-Moratori-



Das Gebiet um "Messancy" mit einer Vielzahl an Großgeschäften: soll sich die gesamte Region um die belgische Grenze derart entwickeln?



Standort PED ("Pôle Européen de Développement") in Rodange: vom Prinzip her (auch wenn mit diesen Betrieben her auch noch z.T. erhebliche Umweltbelastungen verbunden sind) das gleiche Bild wie in Messancy... Zersiedlung, Verlust des Charakters der Landschaft, weniger Lebensqualität...

ums angekündigt hat, um eben gerade dieser doch sehr bedenklichen Fehlentwicklung einigermaßen entgegen zu steuern.

Erste Vorboten einer missglückten Planung an der belgisch-luxemburgischen Grenze gibt es bereits in der belgischen Provinz: manche Großprojekte erreichen auch Monate nach ihrer pompösen Eröffnung noch immer nicht die zum Überleben benötigte Kundenfrequenz – manche Läden bleiben leer, vereinzelt Gebäude sind bereits dem Verfall preisgegeben, große Geschäftszentren wechseln ihr Konzept, den Namen und die Eigentümer.

### Die Gewerbezone Sterpenich als naturverträgliches Vorzeigemodell der IDELUX?

Eine von der belgischen IDELUX in Auftrag gegebene und von der "Université de Liège" Anfangs 2005 erstellte Studie <sup>3</sup> lüftet den Schleier um die in Sterpenich geplante "zone d'activité économique mixte" und übertrifft dabei wohl die schlimmsten Befürchtungen. Das kontroverse Papier befürwortet unumwunden an besagtem Standort die Ansiedlung einer Reihe von Geschäfts-, Dienstleistungs- und sonstigen Mittelstandsbetrieben und fußt ironi-

<sup>2</sup> 1<sup>er</sup> mars 1999. – Arrêté ministériel décidant d'affecter à l'usage d'activité économique mixte certains terrains situés sur le territoire de la commune d'Arlon, zone dite "de Sterpenich"

<sup>3</sup> "Expertise en vue de la définition d'un mix fonctionnel optimal pour la mise en oeuvre de zones d'Activité Economique situées en zone transfrontalière dans le sud de la Province de Luxembourg – cas de Sterpenich"



scherweise auf folgendem Leitsatz: "valoriser le cadre naturel et l'image 'verte' du site". Ungenierter geht's wohl nimmer!

Einerseits weist das Universitätsgutachten darauf hin, dass es zum Erreichen des Gewerbestandes Sterpenich leider keine Alternative zum Auto gibt, andererseits warnt es jedoch gleichzeitig vor einer problematischen Sättigung der beachtlichen Verkehrsflüsse vor Ort!

Des Weiteren will man ausgerechnet im Gewerbegebiet Sterpenich ein dem Nachhaltigkeitsgedanken verpflichtetes Konzept thematisieren: "concept de communauté de travail pour les techniques de construction alternatives et écologiques (énergie solaire, biomasse, énergie éolienne, géothermie, pompe à chaleur, cellules photovoltaïques)".

Die IDELUX gibt also Vollgas: neben der regelmäßigen Teilnahme am MIPIM <sup>4</sup> "Marché international des professionnels de l'immobilier" in Cannes, wurde kürzlich ein noch bis zum 1. Juni 2006 geltender "Appel à candidatures de partenariat" <sup>5</sup> gestartet. Mit diesem öffentlichen Aufruf sucht die IDELUX bewirksam nach finanzkräftigen Investoren um die 8,3 ha zurzeit noch brachliegenden Grünflächen ihren Vorstellungen entsprechend zu aktivieren und zu beleben.

Die IDELUX – mit Sitz in Arlon – verwaltet im Übrigen eine Vielzahl an bereits angebrochenen Industrie- und Gewerbezone im durchwegs ländlich geprägten belgisch-luxemburgischen Grenzgebiet. Obschon zahlreiche dieser Aktivitätszonen bisher nur zum Teil ausgelastet sind – freie Flächen dort also noch reichlich verfügbar sind – scheut die kämpferisch und dynamisch agierende IDELUX nicht davor zurück, in Sterpenich und somit unmittelbar an der Landesgrenze mit Luxemburg wiederum neue Flächen im Alleingang aufzubrechen.

Wenngleich sich Wallonien an dem immerhin mit 24,5 Millionen Euro opulent dotierten europäischen Interreg-Förderprogrammen <sup>6</sup> beteiligt und die IDELUX ihre Vertreter u.a. in das grenzübergreifend wirkende Planungsgremium A.T.A.P.E.D. <sup>7</sup> entsandt hat – sich also durchaus in interregionaler Zusammenarbeit zu üben weiß – denkt die IDELUX kei-

neswegs daran die Planung von belgischen Aktivitätszonen außerhalb des eigentlichen A.T.A.P.E.D.-Einzugsbereichs in eine grenzüberschreitende Regionalplanung mit einzubinden. Dabei stellt doch aber ausgerechnet die IDELUX das permanente Sekretariat des finanzkräftigen Interreg III-Programmes an dem sich Wallonien, Lothringen und Luxemburg gemeinschaftlich beteiligen (siehe nebenstehenden Kasten).

### Eine grenzüberschreitende Regionalplanung tut bitter Not!

Aufgabe einer dem Nachhaltigkeitsprinzip verbindliche und nur deshalb auf die Dauer sinnvolle Regionalplanung ist es prinzipiell übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Pläne oder Programme aufzustellen und gemeinsam umzusetzen, sowie alle raumbedeutsamen Planungen aufeinander abzustimmen. Dabei handelt es sich dies- und jenseits der Landesgrenzen sehr wohl um die Gesamtheit der auf das jeweilige Einzugsgebiet bezogenen Planung entsprechend den ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sonstigen infrastrukturellen Erfordernissen. Besonders im ländlichen Raum gilt es dabei auch die ökologische Situation zu verbessern, anstatt ausschließlich nur rein ökonomische Aspekte zu berücksichtigen.

In Luxemburg hüllen sich die für Landesplanung zuständigen Instanzen in Bezug auf die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Regionalplanung in betretenem Schweigen, und dies obwohl sie beispielsweise – man denke nur an das Fallbeispiel Sterpenich – völlig überdimensioniert geplante Gewerbezone an der Landesgrenze, inmitten schützenswerter Naturlandschaften und erlebnisreicher Naherholungsgebiete – landesplanerisch betrachtet – generell als eine regelrechte Katastrophe für Luxemburg empfinden. An ihnen wäre es doch umgehend und engagiert aktiv zu werden um im Verbund mit den politischen Entscheidungsträgern der Grenzregionen und im Einklang mit den entsprechenden Vorgaben des I.V.L. <sup>8</sup>, eine regionalpolitisch folgerichtige Zusammenarbeit zu erwirken.

Interreg est une initiative communautaire visant à promouvoir la coopération transfrontalière afin d'assurer le développement harmonieux des régions frontalières. Le programme Interreg III Wallonie-Lorraine-Luxembourg, doté par la Commission européenne de 24.471.704 euros Feder (Fonds européen de développement régional), permet ainsi de financer des projets de partenariat transfrontalier dans différents domaines sur une zone géographique couvrant la Province de Luxembourg en Région wallonne, le Grand-Duché de Luxembourg et les départements de Meuse, Moselle et Meurthe-et-Moselle en Région lorraine.

Im I.V.L.- Konzeptpapier heißt es hierzu wörtlich (S.123):

#### Vorschläge zur Umsetzung des IVL – Grenzübergreifende Planungen und Maßnahmen

*"Die räumlichen Entwicklungsprozesse, die im Zusammenhang mit der Umsetzung des IVL eintreten werden und zielgerecht zu steuern sind, wirken über die Grenzen Luxemburgs hinaus bzw. werden teilweise von dort induziert. Die Inhalte und Ziele des IVL sollten in einer grenzübergreifenden Planung auf der Saar-Lor-Lux-Ebene aufgegriffen und weitergeführt werden. Eine solche grenzübergreifende Kooperation kann möglicherweise im Rahmen von Interreg III gefördert werden.*

*Aus fachlicher Sicht ist eine Ausweitung der Überlegungen und konzeptionellen Ansätze des IVL auf die Ebene von Saar-Lor-Lux anzustreben, wodurch eine integrative Raumentwicklung im funktionalen Zusammenhang unterstützt würde."*

Nur ein beherzt koordiniertes Vorgehen aller Beteiligten würde endlich richtungweisend eine für die Fachplanung der grenzüberschreitenden Regionen unabdingbare Feinabstimmung ermöglichen und wäre demnach sicherlich auch ein wichtiges Stück konkret gelebtes Europa!

Jeannot Muller

<sup>4</sup> Marché International des Professionnels de l'Immobilier ([www.mipim.com](http://www.mipim.com))

<sup>5</sup> [www.idelux.be/pdf/sterpenich\\_fr.pdf](http://www.idelux.be/pdf/sterpenich_fr.pdf)

<sup>6</sup> [www.interreg-wll.org](http://www.interreg-wll.org)

<sup>7</sup> Association transfrontalière de l'agglomération du Pôle Européen de Développement ([www.agglo-ped.org](http://www.agglo-ped.org))

<sup>8</sup> Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept ([www.ivl.lu](http://www.ivl.lu))



verkeiers  
verbond

ibisfeld



## 1. Rôle et mission

### Une politique dynamique des transports publics

Le 1<sup>er</sup> février 2006, le Verkeiersverbond (la Communauté des Transports), établissement public sous la tutelle du Ministère des Transports, succédera à la Règle Générale des Transports Publics (RGTP).

Expression de la stratégie gouvernementale destinée à atteindre à l'horizon 2020 le modal-split 25-75%, le Verkeiersverbond (CdT) a pour principale mission l'amélioration de la coordination du réseau des transports publics. Pour cela, il définit des actions et propose des projets en étroite collaboration avec ses partenaires: les Autobus de la Ville de Luxembourg (AVL), la Société Nationale des Chemins de Fer Luxembourgeois (SNCF), la Fédération Luxembourgeoise des Exploitants d'Autobus et d'Autocars (FLEAA), le Ministère des Transports-Régime Général des Transports Routiers (MT-RGTR) et les Tramways Intercommunaux dans le Canton d'Esch (TICE).

En matière de transport public, répertorier les besoins, organiser les liaisons, soumettre des propositions d'horaires, de lignes et de tarifs, relèvent concrètement des attributions du Verkeiersverbond. Afin de communiquer largement auprès du public sur l'offre de transport, il se dotera d'une Centrale de Mobilité (Mobilitétszentral) chargée d'informer les voyageurs sur les nombreuses possibilités qui leur sont offertes pour se déplacer.



initiateur



MINISTÈRE  
DES TRANSPORTS

Les partenaires du Verkeiersverbond



[www.verkeiersverbond.lu](http://www.verkeiersverbond.lu)





Die Geistlichen auf ihrem Marsch



Traditionelle Fischerboote an der Küste

FoE Korea

# Sieg für Saemangeum?

*Der Mouvement Ecologique ist Mitglied in "Friends of the Earth". "Friends of the Earth" ist ein Bündnis von Umweltorganisation aus der ganzen Welt, die sich für gemeinsame Ziele einsetzen.*

*Ein Blick, auf die Aktivitäten unserer Freunde in anderen Ländern lohnt sich. Deshalb führen wir eine neue Rubrik ein, in der jetzt regelmäßig über Organisationen von FoE in anderen Ländern berichtet wird. Begonnen wird die neue Serie mit einem Bericht über FoE aus Korea. Entnommen sind die Beiträge dem "Bund-Magazin", Zeitschrift unserer deutschen Schwesterorganisation.*

Vor der Küste Süd-Koreas ist das derzeit größte Deichprojekt der Welt geplant. FoE Korea kämpft gegen das illegale und sinnlose Vorhaben – und für das zweitgrößte Wattenmeer der Welt, das höchste Bedeutung für den Vogelzug hat.

Am 4. Februar 2005 entschied das Verwaltungsgericht in Seoul – wie schon andere Gerichte zuvor – zu Gunsten der Natur. Umweltgruppen und Anlieger hatten gegen die Kultivierung des Marschlandes "Saemangeum" prozessiert. Die Richter bestätigten: Die negativen Folgen des Projekts – Wasserverschmutzung und irreversible Zerstörung des Watts – würden die angeblichen Vorteile deutlich überwiegen. Das Land sei landwirtschaftlich kaum zu nutzen – anders lautende Studien der Gegenseite seien fehlerhaft.

Die Pläne reichen zurück bis ins Jahr 1991. Ein 33 km langer Damm soll über 40000 ha Wattfläche für die Landwirtschaft abtrennen; weitere 17000 ha sind für ein Reservoir zur Landbewässerung gedacht. Ein existierender Damm grenzt Saemangeum bereits vom Meer ab. Doch auf 2,7 km Länge ist der Zugang zum Meer noch offen – und soll es auch künftig bleiben. Das umstrittene und groß angelegte Projekt entlang der Südwestküste der Provinz Nord-Jeolla ist

damit ein weiteres Mal vor Gericht gescheitert. Zuvor hatte das Gericht der Regierung geraten, erst die potenziellen ökonomischen und ökologischen Folgen der Kultivierung zu überprüfen. Doch die Regierungspartei Uri lehnte öffentlich ab – und zieht nach der jüngsten Schlappe nun vor Seouls obersten Gerichtshof.

Das Projekt stieß früh auf heftige Kritik, in Korea wie auch im Ausland. Gewarnt wurde vor den Folgen des Dammbaus und der späteren Landnutzung für den Fischfang und das sensible Wattenmeer. Umweltgruppen in Korea zogen Vergleiche zu ähnlichen Projekten, die nach der Fertigstellung an der schlechten Wasserqualität scheiterten. Der vielstimmige Protest führte schließlich zu mehreren – erfolgreichen – Klagen.

Die internationale Kritik hob die Bedeutung des Watts für ziehende Wasservögel hervor. Süd-Korea sei durch die Ramsar- und die Biodiversitätskonvention verpflichtet, das Gebiet zu erhalten. Saemangeum gilt als wichtigstes Gebiet für Wasservögel im Gelben Meer. An der Flugroute Ostasien-Australasien gelegen, rasten hier 27 Vogelarten in international bedeutsamen Mengen. Zugleich ist es der bekannteste Rastplatz des global gefährdeten Löffelstrandläufers (*Calidris pygmaea*).

## Protestmarsch nach Seoul

Als die Pfarrer Gyu-Hyun und Hee-Un sowie die buddhistischen Mönche Su-Kyung und Gyung-Il erfuhren, dass die Eindeichung von Saemangeum unzählige Lebewesen bedroht, beschlossen sie etwas zu tun. Sie machten sich auf einen 320 km langen Marsch von Saemangeum nach Seoul. Die ganze Strecke legten sie zurück, indem sie drei Schritte gingen, sich hinknieten und zur Erde beugten; und wieder drei Schritte gingen, sich hinknieten und verbeugten... Die drei Schritte symbolisieren die Gier, die Wut und die Dummheit – und die Verbeugung die tief empfundene Reue darüber. 65 Tage waren die vier unterwegs, bei Wind und Wetter.

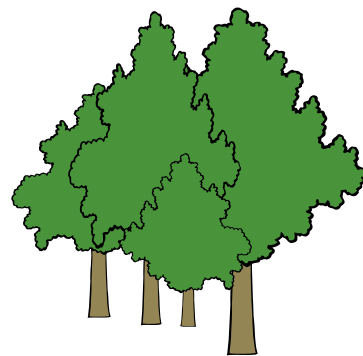
In Seoul angekommen, begleiteten über 8000 Menschen die Zeremonie. Der Marsch der Geistlichen für das Leben und für den Frieden berührte Koreas Öffentlichkeit. Die meisten Koreaner unterstützten heute den Schutz des wertvollen Wattenmeers.

*Ma Yong-Un*

Ma Yong-Un ist "International Campaigner" von FoE Korea; mehr zum Projekt: <http://english.kfem.or.kr>



# Fir de Bësch, fir de Mënsch, fir fairen Holzhandel – den FSC Label



*Viru kuerzem ass d'asbl "FSC Lëtzebuerg" gegrënnt ginn an et goufe national Kriterien fir de Besch an den FSC-Label ausgeschafft. Iwwert d'Zieler vum Label, séng Stärkten an d'Ennerscheeder zu anere Labelen huet de Kéisécker en Interview mam Präident vun der neier Vereenegung, Pit Mischo, gefouert.*

*Den FSC-Label berücksichtegt déi ekonomesch Interessen, grad esou wéi d'Ekologi a sozial Aspekter*



*Pit Mischo, Präident  
vun der asbl 'FSC Lëtzebuerg'*



Här Mischo, Dir sidd Präsident a Grënnungsmitglied vum der asbl "FSC Lëtzebuerg". Dës Organisatioun setzt sech a fir d'Zertifizéierung vun de Bëscher nom internationale Label FSC. Wat zeechent dëse Label besonnesch aus?

De Label vum "Forest Stewardship Council" ass eng weltwäit Äntwert op d'Zerstéierung vun den grouse Bëschregiounen an eng konkret Propose fir op fräiwëlleger Basis eng besser Bëschbewirtschaftung an alle Länner op der Welt, och bei eis an Europa an zu Lëtzebuerg, erbäi ze féieren. Et gouf mat Zäit festgestallt, datt de Boykott vun Tropenholz aus de siwenzeger Joren net zum Erhale vun de grouse Bëschmassiver bäigedroen huet. Mir mussen de Mënschen, déi an de Bëschregiounen wunnen, eng Chance ginn, fir d'Ressource Holz ze notzen, esou datt et wirtschaftlech rentabel ass, mee datt de Bësch seng aner Fonktiounen behält, z.B. d'Biodiversitéit, de sozialen Aspekt asw.

D'Akzenter hunn am Détail natierlech eng aner Gewiichtung op Sumatra wéi a Finnland oder zu Lëtzebuerg, mee d'Grondprinzipie bleiwen déi selwecht: déi dräi Piliere vum sustainable development wéi en um Ëmweltgipfel zu Rio definéiert gouf, sinn duerch dëse Label bis an de leschten Détail garantéiert.



De Bësch zu Lëtzebuerg: nët nëmme wichteg fir d'Holzwirtschaft... D'Stärkten vum FSC-Label leien an der gleichwärtiger Unerkennung vun Ökonomie, Ökologie a Sozialem

**Wéi stellt FSC sécher, datt de Prinzip vun der Nohaltegkeet respektéiert gëtt, d.h. wéi ginn déi 3 Interessengruppen – Ökonomie, Ökologie a Soziales – berücksichtegt?**

Den Opbau vun FSC ass e System, wou déi dräi Gruppen e gläichberechtigt Matusproochrecht hunn. Et ginn dräi Kummeren:

- eng ökonomesch, wou d'Bëschbesëtzer, d'Händler an d'Fabrikante vertruete sinn (z.B. Eaux et Forêts, Chambre du Travail, Ministère du Travail...)
- eng ökologesch, wou de Musée d'Histoire Naturelle, verschidden Naturschutzorganisatiounen oder Naturschutzsyndikater, de Centre Ecologique vun Huelmes dra sinn

- eng sozial Kummer, wou Gewerkschaften, den SNJ (wéinst de Fräizäitaktivitéit vum der Jugend), d'Juegd, de Lycée technique agricole, d'Fédération du Cheval de Trait) asw. vertruete sinn

Déi dräi Kummere sinn an der Stëmmenzuel gläich an der Zuel an am Matusproochrecht. Si hunn zesummen d'Kriterie fir de Label hei zu Lëtzebuerg ausgeschafft. Eng Kummer eleng ka keng Décisiounen huelen. D'Versammlung ass ëmmer öffentlech.

Déi dräi Kummere hunn déi gleich Zuel vun Verrieder am Comité vum der asbl "FSC Lëtzebuerg", déi fir déi deeglech Gestiouen verantwortlech ass.

FSC huet och e Schlichtungsgremium, deen am Fall vu Problemer agräift an och hei sinn déi dräi Kummere paritéitesch vertrueten.

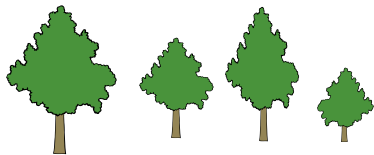
**Wat sinn d'Stärkte vun dësem Label betreffend d'Gestioun vum Bësch no FSC-Kriterien?**

D'Kriterie sinn no internationale Prinzipien zesummegeallt a ginn och kontrolléiert duerch agréiert, extern Büroen no de genannte Kritären. Dat heescht d'Gestioun vum Bësch ass net just um Pabeier niddergeluecht, mee gëtt kontrolléiert.

Konkret ass de Bësch d'Bild vu senger Regioun, muss also aus Beem zesummegeallt sinn, déi einheimesch sinn, net genmanipuléiert, an eng ähnlech Aart däerf och net agefuert sinn vun engem ähnlechen Standuert wäit ewech am Ausland. D'Landschaftsbild muss passen, Kahlschlag muss ersat ginn duerch natierlech Verjüngung, mir leeën also grouse Wäert op d'Ästhetik (z.B. Erhale vun historeschen



Zu Lëtzebuerg hunn eng ganz Rei Geschäfte a Baumäert FSC-Holzproduiten an hirem Sortiment



Ensembles, Naturdenkmäler asw.). De Waasserhaushalt spillt eng wichtig Roll (z.B. Schütze vu Quellen a Fichtbiotopen).

D'Bëschweeër müssen och no ganz bestëmmte Kriterien ugeluecht ginn an d'Érhale vun der Buedemstruktur steet am Méttelpunkt vun der ganzer Gestiou.

D'Personal muss natierlech iwwer de Prozess vum Label informéiert ginn a wësse wat konkret op et waart, et muss also och Weiterbildung maachen, well d'Uspréck haut méi héich si wi jee.

**Kënnst Dir e puer konkret Beispiller vun der Gestiou ginn?**

E Beispill fir d'Gestaltung vum Bësch ass de Bëschrand. Et muss een heiansdo de Kapp rëselen, wann ee gesäit wéi e Bësch opgerappt ass duerch e Bauprojet oder duerch e Kahlschlag a joerzëngelaang net an d'Form vum "Ensemble Bësch" kënn, well d'Konzept net am viraus definéiert war. Mir kennen och genug Beispiller, wou Bësch an de Koup trëllen well se um falsche Buedem stinn, oder wou se flott Wisendäller mat falsche Bamaarten zoumaachen.

Op den Asaz vun Flëssegkeeten an de Maschinne gëtt opgepasst, sou datt no an no just nach biologesch ofbaubaren Uelech an Hydraulikflëssegkeet gebraucht gëtt.

Pestizide si verbueden, et sief e Gesetz géif dat am Katastrophefall virschreien; Biodiversitéit soll zesumme mat Fachleit an ONGen analyséiert, kartéiert a geschützt ginn.

Mee et ginn eng Hällewull vun anere konkrete Kritären, déi mer hei net kënnen nopzielen.

**Wou sinn déi Haaptënnerscheeder zu deem anere Label PEFC?**

Den FSC-Label ass basisdemokratesch am leschten Détail. Beim PEFC gesäit ee scho bei der Zesummesetzung vun den Décideuren, datt dat besonnesch Besëtzer a Produzente sinn. Hei gëllen also haaptsächlech ökonomesch Interessen. Et ass ni gutt wann de Produzent selwer seng Kriterien ausschafft.

Wéi soll am PEFC d'Biodiversitéit garantéiert ginn, wann um Terrain d'Spezialisten aus den Naturschutzorganisatiounen net gläich mat agebonne ginn; ech denken an d'Avifauna, Moosen a Farnen, Champignonën, Insekten asw.



*Fir datt dës Situatioun ka verhënnert ginn, brauch ee gutt Gesetzter an den FSC-Label*

D'Fräizäit spillt och eng wichtig Roll. Et ginn nun eemol Problemer an der Nutzung vun de Bësch. Mee da muss mer mat deenen Organisatioune schwätzen, déi déi Sportart verrieden an am Virfeld e Konsens fannen.

Och d'Kontroll léisst ze wënschen iwwreg beim PEFC. Beim FSC ginn d'Eenzelzertifikater all Joer op d'mannst kontrolléiert, bei Gruppe gëtt all Betrieb eemol a 5 Joër gekuckt.

Beim PEFC ginn an 10 Joër 20% vun de Bëschbesëtzer kontrolléiert. Dat geet net duer! De gréissten Deel vu Propriétaire kritt also de Label ouni am Virfeld kontrolléiert ze sinn. Dat ass net korrekt! Ausserdeem gëtt den Zertifikat fir d'ganz Land opgesat. Wéi kann een dann do eng speziell Ausrichtung an e spezielle Bëschtyp erakreien?

Wichtig ass fir mech och d'Solidaritéit mat de schwächste Matbierger vun eise Globus. Den FSC-Label gëtt den indigène Vëlker op alle Kontinenten eng reell Chance an hirer Heemecht ze iwwerliewen.

**Ass dese Label besonnesch fir öffentlech Bësch – d.h. fir Staat a Gemengen – gëeigent?**

De Label ass fir all Bëschbesëtzer gëeigent, mee et ass kloer, datt déi sozial Funktioun (Sport am Bësch, Reiden, Mountain-Bike...) am öffentleche Bësch manner Problemer duerstellt. Den öffentleche Bësch huet och déi gréisste Flächen an et ass hei méi einfach den Zertifikat séier duerchezéien. Dat geet awer och mat kleng Privatbësch, wou FSC eng Gruppenzertifizéierung proposéiert, wat eng grouss Hëllef fir de Propriétaire ass.

De Staatsbësch kritt deemnächst den FSC-Label a vill Gemengen, besonnesch déi, déi sech zum Klimabündnis bekennen, hunn den FSC-Label och schon ugefrot.

**Wat fir eng Virdeeler kënnen duerch dese Label fir d'Bëschbesëtzer entstoen oder anescht gefrot, wat huet de Bëschbesëtzer vun deem Label?**

E Label muss ëmmer vun zwou Säite gekuckt ginn. Eemol vum Verkeefer an eemol vum Keefer. De Verkeefer, deen e gutt a proppert Produkt verkeeft, wëll sech domat vum mander gudden Produkt ofhiewen an hätt och gären duerfir e Beweis, an deem Fall den FSC-Label. Domat schreift e sech an de weltwäite Grupp vun alle Leit an, déi all Kaarten op den Dësch leeën, wat hire Betrieb betrëfft, also eng Image-Saach. Dann huet e sécher an den nächste Joren e Präisavantage. Dat sinn elo schon e puer Cents an dat wäert sech weider ausprägen. De Präis hänkt vum Client of. Mee mir gesinn elo schon am "Fair-Trade"-Marché, datt de Konsument matspillt, an dës Produkter stänneg zouhuelen, och wa se e wéineg méi deier sinn. Nët zertifizéiert Holz wäert lues awer sécher vum Maart verschwannen.



*Kaft FSC-Produiten: Holzproduiten (Gaardemiwwel...), Pabier*





Den Ëmweltministère ënnerstëtzt d'Gemengen bei der FSC-Zertifizéierung vun hieer Bëschter (50% Zouschoss)

### Als private Verbraucher von Holzprodukten, wat bedeit fir mech dës Label?

Wann ech e Produkt mat engem Label kafen, dann duerchkucken ech domat de ganze Rateschwanz, deen hannert der Wuer stécht an deen heinansdo verwuerelten an obskure Wee, deen dat Produkt duerchlaf huet. Mam Kaf vum FSC-Label ënnerstëtzen ech de Produzent a senger Virgoensweis, ech bekenne mech zum Erhale vun der Biodiversitéit an ech si bereet fir dem Aarbechter am Bësch e faire Loun ze ginn. Dat gëllt besonnesch de Moment wou de ganze Marché globaliséiert ass. Mir dierfen eis keng Illusioun maachen, datt mer eist Holz nach zu Lëtzebuerg verkaaft kréien. Et gëtt bei eis keng Scierie méi déi nach Eechen a Biche schneit, just Nolenholz gëtt nach bei eis geseet. Duerfir liwwere mir Lëtzebuerger awer Eechen a China a kafe Sumatraholz fir de Pabeier vun den Zäitschrëften. Wann also e Label weltwäit an Aktioun trëtt, dann hu mer eng Chance de grouse weltwäite Konzernen an de ville Politiker, déi hinne fräi Hand loossen, fir op Käschte vum zweetgréisste Réserve dat grousst Geld ze maachen, eng Brems ze setzen.

An deem Kontext muss ech och erwähnen, datt de Label de Beweis fir seng Effizienz bruecht huet, well en och schon am wichtigste Reservoir op der Welt, de Weltmierer, funktionnéiert ënner dem Numm MSC (Marine Stewardship Council) an dat no den absolut selwechte Prinzipien.

### Wat fir Produkter mat dësem Label ginn et zur Zäit um Lëtzebuerger Marché a wou kritt ee se?

All grouss Verkaufshaiser (Hoffmann-Schwall, Biotop, Colling ETS, Hornbach, Parquet Böhm, Batiself...) bidden de Moment FSC-Produkter un: Miwwelen, Bauholz, Fënsteren, Diren, Parquet, Bicher aus FSC-Pabeier (well och am recycélierte Pabeier stécht neit Holz) asw. Et muss ee just nofroen. Dat ass wichteg, well wat méi zertifizéiert Produkte kaf ginn, wat de Prinzip vun dem fairen, ekologeschen an nohaltege Wirtschafte sech besser duerchsetzt. Dat gëllt besonnesch bei de grouse Projeten am Bausektor a beim Equipement vu Gebaier. Eng Gemeng an de Staat sollte kucken, datt ökologescht Bauen zum Prinzip gëtt, a sech och beim Akaf vu Materialie zum Label bekenne, soss si

se net glafwierdeg an hirer Ëmweltpolitik. Hei denken ech net nëmmen un d'Bauholz, mee och z.B. u Schoulbänken, Bürosmiwwelen, Spillplazen asw.

Ze erwähnen ass och dass den FSC-Label als eenzege Label fir de Bësch an der Zäitschrëft Öko-Test d'Prädikat "sehr gut" kritt huet.

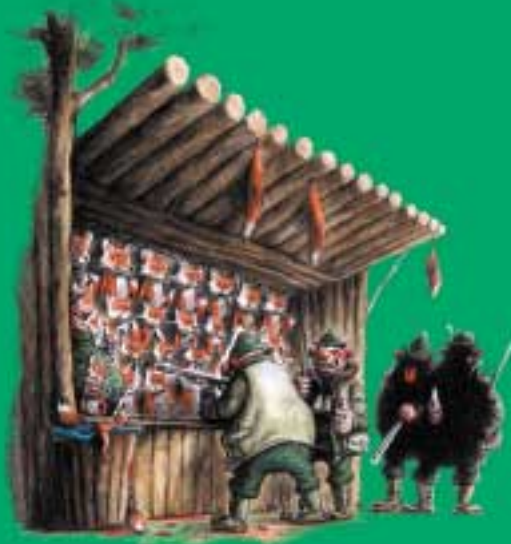
### Wat soll eng Gemeng oder e private Bëschbesëtzer maache, wann e sech fir dës Label interesséiert?

Jiddereen deen interesséiert ass kann den Internetsite vun FSC kucken, bei [www.klimabuendnis.lu](http://www.klimabuendnis.lu)

An uruffe fir präzis Renseignementer um Tel: 43903026

Merci fir den Interview





# "Stoppt d'Juegd op de Renert!"



*"Den neie Feierkrop" sowie die "A.L.P.A." haben eine Kampagne "Stoppt d'Juegd op de Renert!" gestartet. Auch ein Mouvement Ecologique erachtet die Jagd auf den Fuchs als sinnlos, so dass der "Kéisécker" einen Beitrag der Verantwortlichen der Kampagne veröffentlicht.*

Er ist der schlaue Titelheld aus dem Epos von Michel Rodange und neben dem "Roten Löwen" zweifellos das luxemburger Nationaltier schlechthin. Nach seinem Schöpfer werden Straßen, Plätze und Schulen benannt, und auf dem Knuedler steht er seit über sechzig Jahren als Monument in Stein gehauen.

Aber wie immer hat die Kunst wenig oder gar nichts mit der Wirklichkeit zu tun.

Die "Bekämpfung und Vernichtung des Schädlings Fuchs", wie es in Jägerkreisen heißt, hat landesweit viele begeisterte Anhänger.

Der Fuchs richtet weder wirtschaftliche noch ökologische Schäden an, sondern er erfüllt im Gegenteil eine wichtige Rolle als Gesundheitspolizist in der Natur. So ernährt er sich vorwiegend von Mäusen (ein einziger Fuchs kann bis zu 10.000 Mäuse pro Jahr fressen), von Fallobst, Schnecken, Insekten, Aas und von kleineren, kranken und somit nicht überlebensfähigen Tierarten, so etwa von jenen halbzahmen Hasen, die von den Jägern als Flintenfutter gezüchtet werden.

Der Fuchs kann nicht für die Abnahme des Niederwildes (Hasen, Kaninchen, Rebhühner, Fasane usw.) verantwortlich gemacht werden.

## Mythos Fuchsbandwurm

Kaum ein Wildtier hat unter einer derart massiven Hetzkampagne, unter Verfolgung und übler Tierquälerei zu leiden wie der letzte natürliche Beutegreifer, der Fuchs. "Er ist ein Schädling, der bekämpft und vernichtet werden muss" – so tönt es seit Jahrzehnten aus dem jägerischen Lager. "Außerdem ist er der Überträger des Leberkrebses beim Menschen, er rötet das Niederwild aus, verbreitet Seuchen und Krankheiten, und überhaupt: es gibt viel zu viele Füchse!"

Was den "Überträger des Leberkrebses" anbelangt, so handelt es sich hier um den so genannten Fuchsbandwurm, der sich bei allen Mäuse fressenden Säugetieren entwickeln kann. Seriöse wissenschaftliche Studien indes beweisen, dass der Mensch eine Sackgasse und somit ein Fehlwirt für diesen Parasiten ist. Wäre das nicht so, müsste jeder Katzenhalter ein potenzieller Leckerbissen für den "Fuchsbandwurm" sein. Laut Statec wurde der letzte Fall eines Fuchsbandwurms beim Menschen hier zu Lande vor etwa einem halben Jahrhundert diagnostiziert.





Zeichnungen: Romain Lenerts

## STOPPT D'JUEGD OP DE RENERT



"Et schläift duerch Heck a Bëscher,  
't geet lussseg duerch de Flouer,  
't ka blosen aus ons d'Liewen  
vu färe mat em Rouer.

't as staark als wi der Jomer  
an huerteg wi der Donner:  
Sollt Renert him entwëschen,  
't wir eppes wi e Wonner!"

Michel Rodange (1872)

### Fuchs und Niederwildbestand

Der Fuchs kann nicht für die Abnahme des Niederwildes (Hasen, Kaninchen, Rebhühner, Fasane usw.) verantwortlich gemacht werden. Hinsichtlich der Niederwildmisere sind sich jagdunabhängige Wildbiologen längst einig, dass deren Hauptursache die dramatischen Veränderungen in der Landschaft, also vor allem Monokulturen, sind. Dazu kommt noch, dass die Freizeitjagd zu einer Übernutzung der Niederwildpopulation geführt hat, weil der Bestand jener Tiere, die aus dem natürlichen Selektionsprozess als tauglich hervorgegangen sind, nicht zuletzt durch die intensive Bejagung unzureichende Zuwachsraten erfährt.

Seit nunmehr dreiBig Jahren werden deshalb Hasen, Fasane, Rebhühner und neuerdings auch Kaninchen von Jägern gezüchtet, die dann sozusagen handzahn als Flintenfutter ausgesetzt werden. Dem Hasen z.B. wurden auf diese Weise seine wirksamsten Waffen weggezüchtet: Feindvermeidung und Fluchtinstinkt. Alle diese Zuchttiere sind den natürlichen Beutegreifern wehrlos ausgeliefert, und somit

mutiert der Fuchs, dank seiner natürlichen Funktion, kranke und schwache Tiere zu eliminieren, zum direkten Beutekonkurrenten des Jägers und wird dann auch aus dieser seltsamen Logik heraus verfolgt und getötet. Hätten die Jäger tatsächlich ein Interesse am Schutz und am Erhalt eines überlebensfähigen Niederwildbestandes, müsste deren Bejagung unverzüglich eingestellt werden.

### Beispiel Schweizer Kanton Genf

Nach einem zehnjährigen Stopp der Freizeitjagd im Schweizer Kanton Genf hat das Département de l'intérieur et de l'agriculture" die folgende Bilanz gezogen: "Ainsi Genève abrite aujourd'hui l'une des rares colonies européennes de lièvres qui soit forte et profilique, si bien que nos voisins ont fait des propositions de captures de lièvres genevois pour repeupler les territoires des chasses où le lièvre se fait rare. Propositions rejetées par le Service des forêts, de la faune et de la protection de la nature..."

# Gesang vun de Fiiss fir d'Jeeër

Dem Renert hu se an der Stad  
En herrlecht Monument gesat  
An d'Fiiss am Bambësch musse béissen  
Wann se voll Freed rëm op se schéissen

De Renert, so'n se, hätt e Frack  
An huet héich literaresch Éieren  
Do fro' mer eis, wat fir eng Brütt  
Lo mengt, si misst eis reguléieren?

Fiiss wëlle net wéi d'Mënsche ginn  
A Freed drun hunn, mam Doud ze spillen  
Mär friesse, wa mer hongreg sinn  
Mär hu kee blöde Spaas um Killen

Mär friesse gären Hingerfleisch  
Dann hetzt der d'Honn op eis, wéi wëll  
O mammomamm, sidd der lo queesch?  
Friesst där net och emol eng Pëll ?

Fir jiddwer Fiisschen deen der kritt  
Werft d'Fuussemamm iech flott zwee neier  
Fir een dee fällt, stinn zwee der op  
An d'Munitioun gëtt iech eng deier

Och Gas a Klappjuegd ass guer näischt  
Mat deem ee géint de Fiissche kënnt  
Well mär si vu Natur méi schlau  
Wéi all domm Sau mat enger Flënt

*De klenge Renert*

Bereits nach einem dreijährigen Jagdstopp im Kanton Genf wurde übrigens ein Rückgang der Fuchspopulation von 12 Familien mit 48 Welpen auf 6 Familien mit 23 Welpen festgestellt.

## Tollwut

Was dieses Thema angeht, so sei daran erinnert, dass die rigorose Bejagung mittels Flinte, Falle, Hund, Gift und Bejagung in der Vergangenheit nie in der Lage war, diese Seuche einzudämmen. Die Tollwut wurde durch all diese Maßnahmen im Gegenteil jahrelang landesweit immer mehr verbreitet – genau so wie die Jäger auch die rezente Schweinepest immer mehr ausdehnten.

Erst mit dem systematischen Einsatz von Impfködern konnte die Tollwut gestoppt werden. Diese Methode hat den großen Vorteil, dass dabei die Sozialstrukturen der Füchse intakt bleiben. Zudem ist Impfen billiger als Prämienzahlungen an die Jäger, vom ethischen und tierschützerischen Standpunkt mal ganz zu schweigen.

## Die Mär von der Überzahl der Füchse

Dass es zu viele Füchse gäbe, das behaupten eigentlich nur die Jäger, die ja auch ein Interesse daran haben, den Bestand als möglichst hoch anzugeben, damit ja keiner auf die Idee kommt, die Bejagung der stets schrumpfenden Population zu verbieten. Als die Flintenmänner 1997 angaben, bloß 500 Füchse geschossen zu haben, da liefen die Tierschützer Sturm und verlangten einen Jagdstopp zumindest während der Aufzucht der Welpen.

Flugs erfanden die Waidmänner eine neue Zahl: Seit 1998 wird jetzt keck behauptet – und wer kontrolliert das eigentlich? – jedes Jahr würden in Luxemburg 5 000 bis 6 000 Füchse abgeschossen. Dies, um den (durch keinerlei wildbiologische Statistik getrübbten) Beweis anzutreten, der Fuchs würde sich unbotmäßig vermehren.

Luxemburgs Jäger haben nämlich ein klares Ziel vor dem Fernrohr ihrer Büchsen. Künftig soll nur noch "ein einziger Fuchs pro 1 000 Hektar" sein Unwesen treiben, was im Klartext die Ausrottung eines der letzten natürlichen Beutegreifer bedeuten würde. Dieses Ziel wird mit großer Leidenschaft angestrebt. Die Füchse werden nämlich hauptsächlich während der Paarungszeit (Januar/Februar) und während der Aufzucht des Nachwuchses (März bis August) ausgerottet.

Und der Mordsspaß beginnt wieder am kommenden 15. Mai.

## Fazit: Jagdstopp!

Das systematische Töten der Füchse ist nicht notwendig, sondern dient einzig und allein dem Vergnügen der Grünröcke. Dazu wendet diese Hobbyvereingung Methoden an, die jeder vernunftbegabte Mensch als Tierquälerei einstuft.

Deshalb die Aktion "Stoppt d'Juegd op de Renert", die "Den neie Feierkrop" in enger Zusammenarbeit mit der A.L.P.A. (*Association luxembourgeoise pour la protection des animaux*) im ganzen Land gestartet hat. Zeichner, Texter und Grafiker haben ein Faltblatt und zwei farbige Plakate gestaltet, die zusammen mit einer Petitionsliste dem zum Freiwild erklärten Fuchs hier zu Lande ein bisschen Öffentlichkeit verschaffen wollen.

Wer will, kann die Petitionsliste hier schon unterschreiben und an die A.L.P.A. senden. Einsendeschluss ist der 15. Juni 2006. Die gesammelten Unterschriften sollen dann an Umweltminister Lucien Lux überreicht werden.

*René Clesse / Yvette Wirth*







# Investitionen ins Fahrrad haben eine bessere Rendite als jene in den Autoverkehr

Interview mit Bernhard Ensink  
Fietserbond Nederland

La  
mobilité  
douce





**De Kéisécker: Können Sie uns kurz erläutern, was der "Masterplan Fiets" ist?**

**Bernard Ensink:** Der "Masterplan Fiets" war ein Prozess in den Jahren 1990-1997. Er hatte zum Ziel, die erschreckende Prognose eines erheblichen Zuwachses des Autoverkehrs nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Zwischen den Jahren 1986 und 2010 sollte der Autoverkehr um nicht mehr als 35% anwachsen. Deshalb sollte das Radfahren attraktiver gestaltet werden.

**Holland ist als fahrradfreundliches Land bekannt. Mussten trotzdem zusätzliche Anstrengungen unternommen werden?**

Ja, Holland hat eine gute Fahrradtradition. 1975 zeigte sich aber bereits, dass der Anteil des Fahrrads im Verkehrswesen sehr stark zurückgegangen war. Zu diesem Zeitpunkt haben sich Umweltschutzorganisationen und Fahrradfahrer stärker organisiert und gemeinsam eingesetzt. Das Signal an die Politik war: Wir wollen eine Gesellschaft mit Lebensqualität, da kann es nicht so sein, dass die negativen Folgen der Automobilität zunehmen. Wir brauchen eine bessere Fahrradpolitik. Die Politik hat dies aufgegriffen.

**Welche Resultate hat der Masterplan Fiets gebracht?**

Er ist eigentlich 1997 als Projekt abgeschlossen worden. Meiner Meinung nach war er ein Riesenerfolg und hat Dinge in Gang gesetzt, die heute noch weiter geführt werden und zu neuen Innovationen und Investitionen führen. Warum war er ein Erfolg? Weil es messbare Ziele gab, z.B. Steigerung des Anteils des Fahrrades im Personenverkehr um 30% bis 2010. Wenn wir so weiter machen wie bisher, könnten wir das schaffen.

Zielsetzung war ebenfalls, verstärkt auf die Kombination Fahrrad und öffentlicher Personenverkehr zu setzen, hauptsächlich Fahrrad und Zug. Hier war das Ziel: 15% mehr Bahnkilometer. Jetzt sind wir bereits bei einer Steige-

rung von über 40%. Das hat zwar mehrere Ursachen, hat aber auch damit zu tun, dass aufgrund des "Masterplan Fiets" in den letzten Jahren sehr viel, z.B. in Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen, investiert wurde. Diese sind gut modernisiert worden, jetzt gibt es ausreichend und qualitativ gute Stellplätze sowie überwachte Parkanlagen.

Eine weitere Zielsetzung, neben anderen, war die Verkehrssicherheit der Fahrradfahrer zu erhöhen. Das Ziel "Halbierung der getöteten Radfahrer bis 2010 gegenüber 1986" ist fast erreicht. Holland ist fast zum verkehrssichersten Land in Europa geworden.

**Wer soll an einem derartigen Plan beteiligt werden?**

Zuerst braucht man den politischen Willen einer Landesregierung in diese Richtung gehen zu wollen. Wichtig ist dann aber eine starke und gute aktive Projektgruppe. In Holland wurde sie aus den Mitarbeitern des Verkehrsministeriums zusammengestellt, 40% waren aber auch "gemietete" Experten der Fahrradpolitik. Diese Gruppe, 15 Leute, haben mehrjährig Projekte initiiert, Subventionen für konkrete Projekte verteilt, die Projekte analysiert und diese hauptsächlich bei Kommunen und lokalen Verwaltungen bekannt gemacht, kommuniziert, verglichen. So ist überall – bei den Kommunen, den Planungsbüros... – etwas in Gang gesetzt worden.

**Welche Rolle hatte ein Fietserbond in so einer Projektgruppe?**

Wir waren als Fietserbond einer der Akteure, die den Masterplan gefordert haben. Wir waren Mitglied in einer sogenannten "Resonanzgruppe". Die Gruppe war aus verschiedenen Organisationen zusammengesetzt und diente der staatlichen Gruppe als Gesprächspartner oder beteiligte sich an verschiedenen konkreten Projekten.

Ich glaube, auch in Luxemburg wäre es entscheidend, dass die konkreten Erfahrungen von Fahrradfahrern, wie z.B. auch der LVI, frühzeitig auf den Tisch kommen, damit man Fehlinvestitionen verhindert und wirklich die größten Probleme angeht.

**In Luxemburg sind sichere Parkplätze immer noch kein richtiges Thema. Warum sind diese so wichtig?**

Untersuchungen in Holland haben die Motive untersucht, warum Personen nicht mit dem Rad fahren. Da wurden immer wieder die Fahrraddiebstähle genannt, und der Vandalismus. An bestimmte Stellen am Bahnhof fuhren die Leute nicht mit dem Rad, da diese dort häufig gestohlen wurden. Dies hat dazu geführt, dass ein wirklich gutes Netz von überwachten Fahrradabstellanlagen entstanden ist. Es ist aber auch wichtig zu schauen, was eine gute Fahrradabstellanlage ist: Wie weit müssen Fahrräder auseinander stehen? Wie kann man das Fahrrad gut anketten, dass es nicht in einem Transporter verschwindet? Dafür haben wir ein Zertifikat entwickelt und die 20 Systeme von Abstellanlagen, die es in Holland auf dem Markt gibt, getestet.

**In Holland regnet es nicht mehr oder weniger als in Luxemburg.**

**In Luxemburg wird aber immer wieder als Gegenargument für das Fahrrad, der Regen genannt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?**

Statistisch ist bewiesen, dass es nur 6,5% der Zeit regnet. Meistens regnet es also nicht und man kann ohne Regen Rad fahren. Das zweite ist: Es gibt gute Fahrradkleidung. In Städten und Ländern wie Holland, wo praktisch jeder ein Rad hat und viele auch täglich mit dem Rad fahren, gibt es wirklich gute Utensilien, gute Kleidung und gute Accessoires für die Fahrräder zu kaufen.



Gute Haltestellen: das "A" und "O" einer effizienten Fahrradpolitik



**Welche Rolle spielt eine gute Infrastruktur?**

Eine gute Infrastruktur ist die Basis für eine gute Fahrradpolitik. Auch in Holland kann man das Image des Fahrrads noch weiter erhöhen und den Leuten bewusst machen, dass sie sich über das Fahrradfahren fit halten können, Fahrrad emissionslos ist und die Luft nicht belastet. Man kann die Arbeitgeber davon überzeugen, dass Radfahrer fittere Mitarbeiter sind, die weniger krank sind.

Aber der große Erfolg vom Fahrradland Holland basiert auf der Fahrradinfrastruktur. Ohne diese würden die Leute nicht so viel Fahrrad fahren.

Ich möchte aber betonen, dass Luxemburg es nicht genau so machen muss wie Holland. Es gibt nie 100% kopierbare Lösungen von einem Land zum anderen. Es wäre sinnvoll zu schauen, welche Erfahrungen aus Holland für Luxemburg wichtig sind. Aber man ist in Luxemburg in einer anderen Situation, einer anderen kulturellen Situation, mit vielen Pendlern usw.. Luxemburg braucht seinen eigenen Masterplan Fiets. Ich würde alles daran setzen den Minister aufzufordern Wort zu halten, denn er hat neulich versprochen einen derartigen Plan zu erstellen. Luxemburg braucht eine eigene Radverkehrspolitik, die mit den Umweltschutzorganisationen, der LVI... gemeinsam entwickelt werden soll.

**Welche finanziellen Mittel sind erforderlich?**

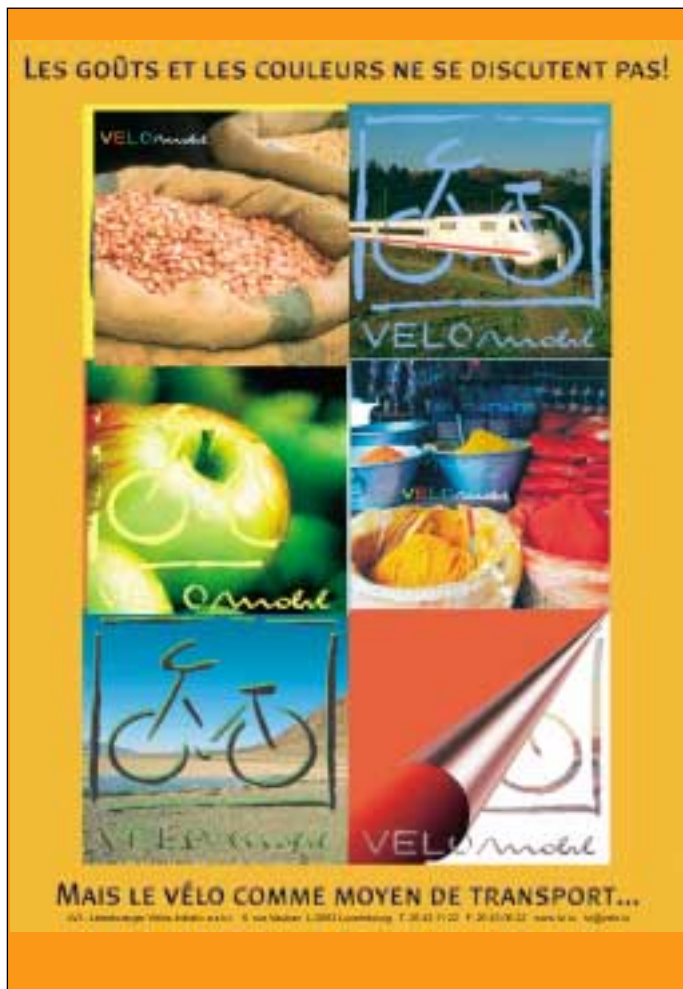
Der "Masterplan Fiets" war auch deshalb ein Erfolg, weil die Projektgruppe Projekte finanzieren konnte und den Gemeinden Gelder zur Verfügung gestellt wurden. Das Land übernahm bis zu 90% der Kosten. Das stellt natürlich einen enormen Anreiz für Kommunen dar.

Auch eine gute Fahrradpolitik kostet Geld, aber zahlreiche weltweite Untersuchungen haben ergeben, dass Investitionen ins Fahrrad eine bessere Rendite haben, als jene z.B. in den Autoverkehr. Wenn der Haushaltsplan knapp ist, würde ich sagen: Kuckt in das Gesamtbudget für den Verkehr und analysiert, ob man nicht Gelder für den Fahrradverkehr freimachen kann, dessen gesellschaftlicher Nutzen höher ist, als der Autoverkehr.

*Danke für das Interview  
Monique Goldschmit*



Luxemburg braucht eine eigene Radverkehrspolitik





# Wohlfühlen in den eigenen vier Wänden...



## Biotop

Fachhandel für  
ökologisches Bauen  
und Wohnen

- Naturfarben
- Tapeten und Wandbeläge
- Naturdämmstoffe
- Parkett, Teppichböden
- Türen
- Innenausbau
- Maschinenverleih

### Öffnungszeiten:

Dienstag - Freitag  
9 - 12 Uhr 14 - 18 Uhr  
Samstag 9 - 12 Uhr 14 - 17 Uhr  
**Montag geschlossen**

98, rue de Bonnevoie L-1260 Luxembourg  
Tel. 49 65 51 Fax 40 23 03 [info@biotop.lu](mailto:info@biotop.lu) [www.biotop.lu](http://www.biotop.lu)

# OEKOTEC



ein Luxemburger Betrieb - Ihr Partner für:

- Solarstrom und Solarwärme • Regenwasser • Blockheizkraftwerke
- Windenergie • Wärmepumpen • Heizungsanlagen usw.

18 Jahren Erfahrung  
und über 350 Photovoltaik  
und Solarthermische Anlagen sprechen  
für unser Know How. Zu unseren Service-  
Leistungen gehört die Stellung sämtlicher  
Anträge, sowie Hilfe bei der Finanzierung.  
Gerne vermitteln oder mieten wir  
Dachflächen zum Bau von Solaranlagen.  
Auch können Ihre Anlagen  
von uns fernüberwacht  
werden.



e - mail : [info@oekotec.lu](mailto:info@oekotec.lu) • [www.oekotec.lu](http://www.oekotec.lu)  
13, Parc d'Activité Syrdall • L - 5365 Munsbach  
Tel : ++ 352 26 35 26 02 • Fax : ++ 352 26 35 26 04

**Komplette Energieberatung für  
landwirtschaftliche Betriebe**



Natierlech  
genéissen

# Band 2

123 neue Rezepte

Sonderpreis beim  
Mouvement Ecologique

20 €

176 Seiten  
Gebunden, harte Deckel, plastifiziert  
Format 21 x 29,7 cm

Kann auch bestellt werden durch  
Überweisen dieses Betrags an:  
Mouvement Ecologique  
CCP LU16 1111 0392 1729 0000

Sie können es auch abholen im  
Ökozentrum Luxemburg  
6, rue Vauban, Pfaffenthal

oder telefonisch bestellen 439030-1

## Natierlech genéissen 2

Nach dem großen Erfolg des ersten Kochbuchs "Natierlech genéissen" von Lydie Muller-Philippy, ist auch der zweite Band eine Fundgrube abwechslungsreicher und phantasievoller Rezepte der vegetarischen Vollwertküche. Wer ohne schlechtes Gewissen genießen will, findet hier eine Auswahl von Gerichten, die leicht nachzukochen sind, an denen man sich aber auch inspirieren kann um eigene Kochkreationen zu ersinnen. Raffiniert oder einfach, die gesunde Küche wird hier in ihrer Vielfalt präsentiert.

Würzen mit Kräutern – die Seele der Kochkunst – zum Verfeinern von Suppen, Saucen und Sonstigem ist einer der Schwerpunkte von Band 2.

Schon von Champagneressig gehört? Oder von Trüffelöl? Über diese und andere Essige, über deren Herstellung, Eigenschaften und Anwendung in der Küche des Alltags und in der "Fine cuisine" werden Sie alles erfahren.

Öle sind nicht nur Fett, sondern wertvolle Zutaten, die essentielle Fettsäuren und Vitamine enthalten. Ob Distel- Erdnuss- Kürbiskern- oder Olivenöl, die Wahl dieser oder anderer Öle beeinflusst maßgeblich die Geschmacksnuance Ihrer Gerichte. Hier können Sie nachlesen welches Öl sich am besten für Ihre Mahlzeit und ihre gesundheitliche Balance eignet.

Appetit anregende Farbaufnahmen von Guy Hoffmann illustrieren jedes der 123 Rezepte. Sämtliche Gerichte werden für eine bestimmte Jahreszeit empfohlen. Informationen über Schwierigkeitsgrad und Eignung für Veganer, Lakto- oder Ovolakto-Vegetarier vervollständigen dieses wertvolle Küchenbuch.

Die von einer Ernährungsberaterin erstellten Nährwertangaben und ein ABC der Vollwertküche vollenden das Ganze.

Guten Appetit!

Nebenstehend finden Sie den Abdruck einer Seite des Kochbuchs.







Lakto-vegetarisch  
Das kontrastreiche Dessert mit seinen prachtvollen roten Erdbeeren und der weißen Schokolade verspricht süßen Genuss

#### Nährwert

**Pro Portion** 1048 kJ (251 kcal)

**Eiweiß** 7,2 g

**Fett** 10,5 g

**Kohlenhydrate** 31,6 g

**Ballaststoffe** 3 g

#### Zutaten für 4 Personen

1 Limette

gut 500 g Erdbeeren

1 Esslöffel grüne,  
eingelegte Pfefferkörner

2 Esslöffel Ahornvollrohrzucker  
knapp 1/2 l Milch

1 Esslöffel Pfeilwurzelmehl

100 g weiße Schokolade

2 Esslöffel Birnenschnaps

Außerdem

einige Blätter frische Pfefferminze

**Zubereitungszeit** etwa 30 Minuten



## Erdbeeren in weißer Sauce

- 1 Die Limette waschen, die Schale abreiben und den Saft auspressen.
- 2 Die Erdbeeren waschen, putzen und vierteln.
- 3 Den Pfeffer abtropfen lassen und im Mörser zerkleinern.
- 4 Den Limettensaft mit dem Ahornvollrohrzucker glattrühren und mit den Erdbeeren, der Limettenschale und dem Pfeffer mischen.
- 5 Von der Milch 3 Esslöffel abnehmen und mit dem Pfeilwurzelmehl glattrühren.
- 6 Die restliche Milch aufkochen, das Pfeilwurzelmehl einrühren und während gut 1 Minute kochen.
- 7 Die Schokolade zerkleinern und unter Rühren in der Milch schmelzen lassen. Danach den Birnenschnaps unterrühren und abkühlen lassen.
- 8 Die Erdbeermischung abwechselnd mit der Schokosauce in Gläser schichten, mit einigen Pfefferminzblättchen garnieren und servieren.

#### Mein Tipp

Wenn Kinder mitessen, sollte man den Birnenschnaps durch Birnensaft ersetzen.

Dieses Dessert schmeckt auch sehr gut mit anderen Beerensorten, z.B. Himbeeren, Heidelbeeren, Johannisbeeren.

Wer keinen Ahornvollrohrzucker bei Hand hat, kann natürlich auch einfachen Vollrohrzucker oder Akazienhonig verwenden.

# ATELIER LIGNA

MENUISERIE-EBENISTERIE

Jang FEINEN

MENUISERIE INTERIEURE  
CREATION DE MEUBLES CONTEMPORAINS  
AMENAGEMENT D'INTERIEURS  
CUISINES SUR MESURE  
ESCALIERS

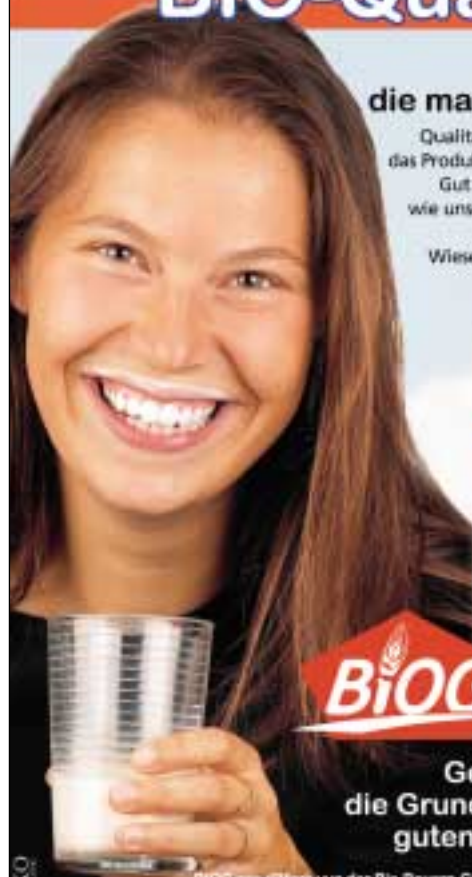


8, rue Goell L-5326 CONTERN  
TEL: 35 55 33 OU 71 96 76

## BIO-Qualität

**Qualität,  
die man schmeckt!**

Qualität in jeder Hinsicht, für  
das Produkt und die Produktion!  
Gut für Mensch und Natur,  
wie unsere durch biologischen  
Umgang artenreichen  
Wiesen und Weiden zeigen.



**BIOG**

**Gesunde Natur,  
die Grundlage unserer  
guten Biovollmilch!**

BIOG ein eWork von der Bio-Bauern-Genossenschaft Lëtzebuerg  
an van BIOGROS (Importateur an Distributeur van der BIOG.)

*Les Meilleurs Vignobles de France*  
**LE MEILLEUR DU "BIO"**

**Bordeaux, Bourgogne, Alsace, Champagne,  
Beaujolais, Jura, Côtes du Rhône,  
Baux de Provence, Cognac, Calvados**

**LES VINS DE CULTURE BIOLOGIQUE  
AU GRAND-DUCHE DE LUXEMBOURG**

Garanties "Nature et Progrès" - "Demeter"  
Appellations d'Origine Contrôlée  
Direct du Château



**FRANCIS FOURCADE**

F-33002 BORDEAUX - TEL. 0033 5 56 94 28 57  
L-9365 EPELDORF - FAX. 86 94 55

chaque mois au Grand-Duché - Livr. à domicile

## EMMER ENG BIO SPEZIALITEIT

[www.oswald.lu](http://www.oswald.lu)



Mir sin déi éischt unerkannten  
Demeter a BioLabel Metzerei am Land.  
All eis Produkter sin an eiem  
traditionellem an handwierklechen  
Familjebetrieb produzéiert

Controlle GEE BIO: Lu-04



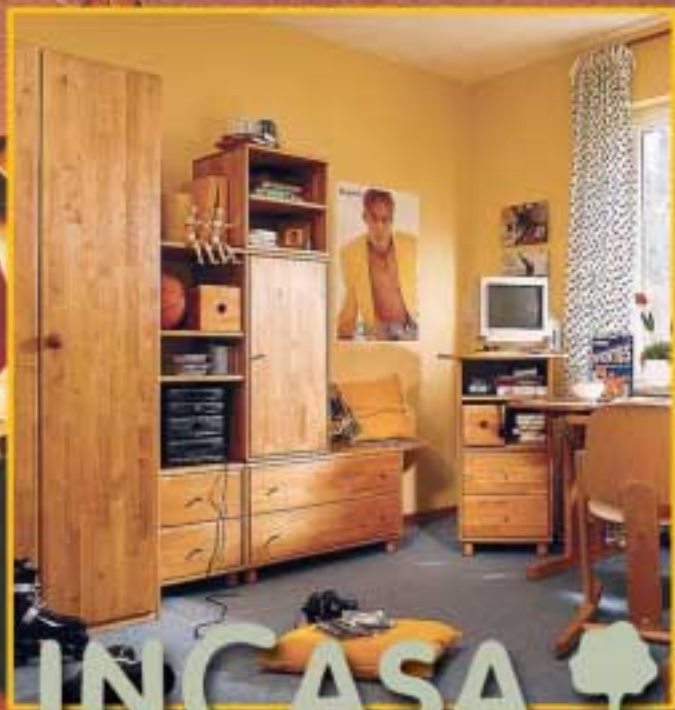
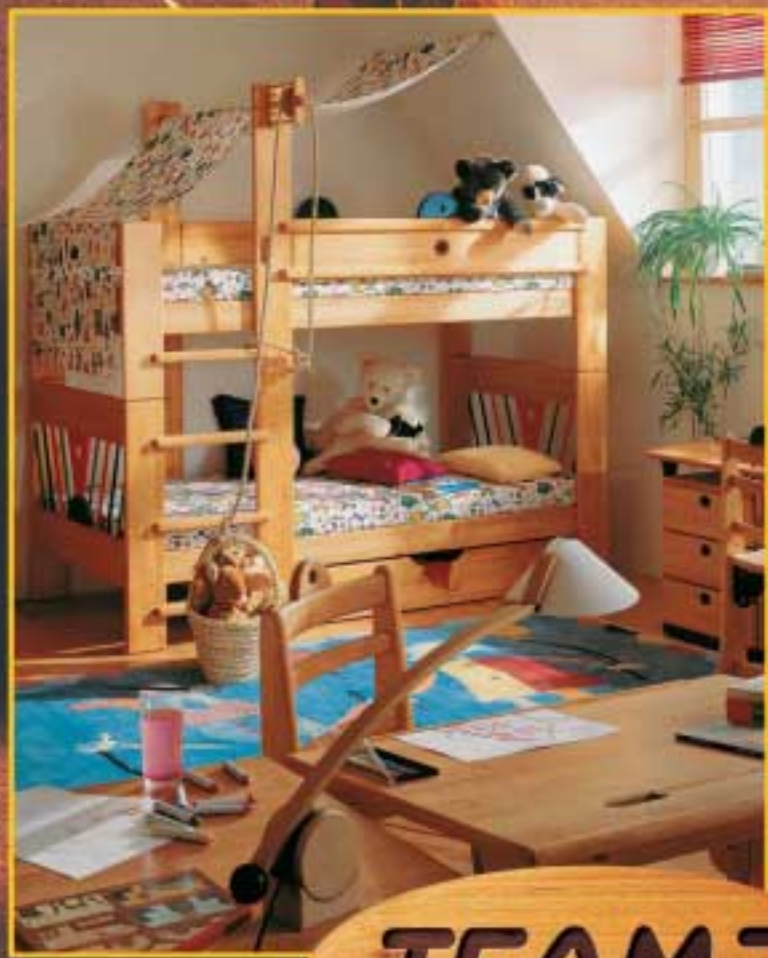
**FROT NO EISEM  
PARTY-SEVICE KATALOG**

Mir sin op all Dag vun 7.30-12.45 an 13.45-18.15  
Samstes vun 7.30-12.15  
Frot och no eisen Hausmacher Bio Wurscht  
a Produkter an den Biogeschäfte

137, avenue Gaston Diderich  
L-1420 LETZEBUERG-BELAIR  
Tel. : 44 65 45 Fax : 44 65 45 35



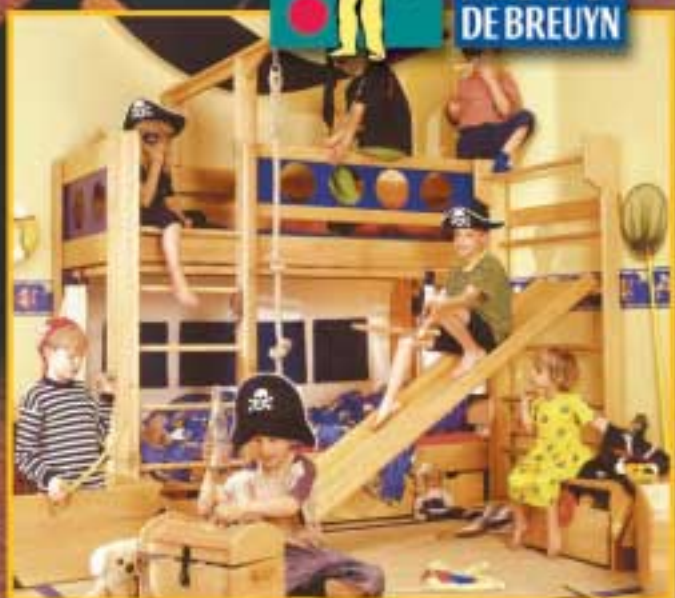
# Lieven & Wunnen an Harmonie met der Natuur



INCASA 

TEAM 7 

MIJWELHAUS  
KOEUNE





# PAIN



# OBERTIN

Säit 1983  
an de Biobutteker  
am ganze Land



[www.pain-obertin.lu](http://www.pain-obertin.lu)  
Remerschen  
tel/fax 23664590

